

Stenographischer Bericht

41. außerordentl. Sitzung des steierm. Landtages.

IV. Periode.

20. März 1933.

Inhalt:

Nachruf: Des Präsidenten für den verstorbenen ehemaligen Landeshauptmann Dr. Alfred Gürkler (709).

Personalien: Urlaubsbewilligung Hansmann (709); Abwesenheitsanzeige Machner (709).

Auflage: Die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 313, 314, 315 und 317 (710).

Zuweisungen: Die aufgelegten schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (710).

Anfragen: 1. Mayszner, Nr. 25, an den Landeshauptmann, wegen der Maßregelung der Angestellten der Bundesbahnen anlässlich der letzten Profestaktion, wegen der in letzter Zeit erlassenen Notverordnungen, sowie bezüglich der Erledigung des Abkommens mit den Creditanstaltsgläubigern und bezüglich der Führung der Geschäfte des Landeshauptmannes (709);

2. Dr. Hübler, Nr. 26, betreffend die Ausnahmsbestimmungen gegen die nationale Bewegung und zum Schutze des Dienstrechtes der Beamten (709);

3. Machold, Nr. 27, an den Landeshauptmann, wegen raschster Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Österreich (709);

4. Rosenwirth, Nr. 28, an den Landeshauptmann, wegen verfassungswidriger Anebelung der Presse (710).
Gemeinsame Behandlung der vier Anfragen (710).
Dringliche Behandlung (710). — Begründung:

Mayszner (710), Dr. Hübler (712), Machold (713), Rosenwirth (716). — Beantwortung Doktor Rintelens (718). — Redner: Mayszner (722), Reichl (726), Dr. Hübler (728), Praßl (729), Gjöller (730), Hornik (735), Dr. Rintelens (739), Hartleb (739), Machold (747), Kammerhofer (750). — Abstimmung über die Beschlussträge des Heimatsbundes, der Großdeutschen und der Sozialdemokraten (751 u. 752).

Schluss der außerordentlichen Tagung. — Annahme des Antrages (752).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 10 Minuten.

Präsident: Über Begehren der steiermärkischen Landesregierung wurde der steiermärkische Landtag gemäß § 13, Absatz 2, der Landesverfassung zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

Ich eröffne hiemit die 41. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

Vor Eingehen in die Tagesordnung habe ich einer traurigen Pflicht nachzukommen. (Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)

Hohes Haus! Wieder hat unser Heimatland einen schweren Verlust erlitten. Alfred Gürkler weil nicht mehr unter den Lebenden. Was der Verstorbene in seiner Eigenschaft als Universitätsprofessor auf wissenschaftlichem Gebiete geschaffen hat, was dem ehemaligen Finanzminister und späteren Nationalratspräsidenten zu danken ist, wurde bereits von berufener

Seite gewürdigt. Mir obliegt es vor allem, jener Tätigkeit zu gedenken, die Alfred Gürkler in der Landesverwaltung entfaltet hat. Der Landtag hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 1926 den damaligen Nationalrat Universitätsprofessor für Statistik und österreichisches Finanzrecht Dr. Alfred Gürkler zum Landeshauptmann gewählt. In diesem Wirkungskreise blieb Gürkler bis zum Ende der Funktionsperiode (Mai 1927). Seine hervorragenden Fähigkeiten, sein besonders tiefgründiges Fachwissen auf finanziellem Gebiete wie seinen eisernen Arbeitswillen stellte er während dieser Zeit der Landesverwaltung zur Verfügung und erwarb sich insbesondere in der Hinsicht des Ausbaues der Verfassung große Verdienste. Durch seine Initiative wurden die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die gegenwärtige Führung des steierischen Landeshaushaltes begründet; hiedurch war die Möglichkeit geboten, trotz der wirtschaftlich so schwierigen Verhältnisse den Landeshaushalt ohne wesentliche Störungen weiterzuführen.

Es ist daher nur eine selbstverständliche Pflicht für uns, dem hervorragenden Politiker, der speziell auch unserem Lande so wertvolle Dienste geleistet hat, ein ehrendes und dankbares Gedenken zu bewahren.

Ich stelle fest, daß sich die Mitglieder des hohen Hauses zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben haben.

Mitzuteilen habe ich:

Herr Abg. Hansmann hat wegen Krankheit um einen dreimonatigen Urlaub angefragt.

(Der Urlaub wird bewilligt.)

Herr Abg. Machner hat sich ebenfalls wegen Krankheit für die heutige Sitzung entschuldigt.

Eingebracht wurden heute folgende dringliche Anfragen, und zwar:

Dringliche Anfrage der Abg. Mayszner, Hornik und Kameraden wegen der Maßregelung der Angestellten der Bundesbahnen anlässlich der letzten Profestaktion, wegen der in letzter Zeit erlassenen Notverordnungen, sowie bezüglich der Erledigung des Abkommens mit den Creditanstaltsgläubigern und bezüglich der Führung der Geschäfte des Landeshauptmannes — an den Landeshauptmann.

Weiters eine dringliche Anfrage der Abg. Dr. Hübler und Reichl, betreffend die Ausnahmsbestimmungen gegen die nationale Bewegung und zum Schutze des Dienstrechtes der Beamten.

Weiters eine dringliche Anfrage der Abg. Machold, Oberzaucher, Regner, Leichin und Genossen an den Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelens wegen raschster Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Österreich.

Und endlich eine dringliche Anfrage der Abg. Rosenwirth, Auster, Elser, Operschall und Genossen an den Herrn Landeshauptmann wegen verfassungswidriger Knebelung der Presse.

Diese vier verlesenen Anfragen entsprechen den Anforderungen der Geschäftsordnung; ich werde sie in der heutigen Sitzung nach den Zuweisungen zur Verhandlung bringen.

Aufgelegt wurden heute die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 313, 314, 315 und 317.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

E.-Zl. 313 und 317 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse;

E.-Zl. 314 und 315 dem Finanzausschusse.

(Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Ich schreite nunmehr zur Behandlung der von mir verlesenen dringlichen Anfragen.

Dazu bemerke ich, daß über Beschluß der Obmännerkonferenz alle vier dringlichen Anfragen unter einem abgeführt werden. Da diese Anfragen mehrere verschiedene Gegenstände behandeln, ist beschlossen worden, von der Bestimmung der Geschäftsordnung, daß ein Redner nur 20 Minuten reden darf, für diesmal abzuweichen, so daß von den verschiedenen Parteien das erstemal ein Redner statt 20 Minuten 60 Minuten, während der zweite nur mehr 20 Minuten sprechen darf.

Ich ersuche, die Abänderung der Geschäftsordnung für heute zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Enge: Ich stelle diesen Antrag, denn es geht nicht an, daß die Obmännerkonferenz die Geschäftsordnung abändert.

Präsident: Es ist also beantragt, meinen Vorschlag von Seite des Hauses zum Beschluß zu erheben, natürlich nur für die heutige Sitzung.

Hartleb: Ich möchte mir nur eine Anregung erlauben, wie abgestimmt werden soll. Die Geschäftsordnung sieht vor, daß in der Wechselrede über einzelne Anfragen die Redezeit für jeden Redner 20 Minuten beträgt. Es soll nun, abweichend von diesem Vorgang, über alle vier Anfragen die Wechselrede auf einmal abgeführt werden und für die erste Wortmeldung die Redezeit 60 Minuten betragen. Es könnte da die Meinung auftauchen, daß diese Stunde Redezeit auch für diejenigen Redner gilt, die die Anfrage zu begründen haben. Soviel ich mich erinnere, ist für die Begründung eine bestimmte Redezeit festgesetzt.

Präsident: Ja, auch 20 Minuten.

Hartleb (fortfahrend): Nachdem hier jede einzelne Anfrage separat begründet werden wird, glaube ich nicht, daß dieser Antrag auch für die Begründung gelten soll, sondern nur für die Wechselrede, über die Antwort des Herrn Landeshauptmannes.

Präsident: Ich schreite nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Abg. Dr. Enge auf Änderung der Geschäftsordnung für den heutigen Tag.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Nunmehr schreite ich zur Verhandlung der Anfragen selbst.

Als erste Anfrage kommt zur Behandlung die dringliche Anfrage der Abg. Meyszner, Hornik und Kameraden wegen der Maßregelung der Angestellten der Bundesbahnen anlässlich der letzten Protestaktion, wegen der in letzter Zeit erlassenen Notverordnungen, sowie bezüglich der Erledigung des Abkommens mit den Creditanstaltsgläubigern und bezüglich der Führung der Geschäfte des Landeshauptmannes — an den Landeshauptmann.

Zur Begründung der Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. Meyszner das Wort und bemerke, daß nach dem soeben gefassten Beschluß zur Begründung nur 20 Minuten gesprochen werden darf.

Meyszner: Wir haben in der letzten Zeit in unserem Staate Dinge erlebt, die es notwendig machen, daß auch der Landtag dazu Stellung nimmt. Eine sonst verhältnismäßig geringe und von uns selbst nicht allzusehr gewollte Sache hat diese Dinge ausgelöst. Es war dies der Protest der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Bundesbahnen, weil sie ihre Bezüge nicht voll ausbezahlt bekommen sollten, weil sie ratenweise das Geld bekommen sollten, das ihnen gesetz- und vertragsmäßig zusteht. Wir sind sicherlich nicht so eingestellt, daß wir Streiks begrüßen, wir würden der Ansicht sein, daß in dem Staate, den wir uns wünschen, solche Streiks ausgeschlossen sind, aber auch Aussperrungen, weil wir diese erseht wissen wollen durch entsprechende Arbeitsgerichtsbarkeit.

In dem Staate, in dem wir leben, wird es selbstverständlich nicht ganz ausgeschlossen sein, daß im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf hier die Meinungen aufeinanderprallen, weil der Staat in seiner ideellen Einstellung nicht zu diesen Dingen die entsprechende Stellung nehmen braucht. Aber auch in unserem heutigen Staate begrüßen wir es keineswegs, wenn insbesondere bei Einrichtungen, die der Allgemeinheit dienen, sich allgemeine Schäden ergeben bei Eckpfeilern der Wirtschaft, bei den Bundesbahnen sich Streiks ereignen, und wir würden schon die Ansicht vertreten, daß die Bundesregierung alles vorkehren müßte, um den Beamten, Angestellten und Arbeitern das zukommen zu lassen, was ihnen gebührt, um solche Auseinandersetzungen überhaupt aus der Welt zu schaffen. Wenn man aber auf der anderen Seite sieht, daß die Bundesregierung, weil sie eigentlich über die Sache nicht orientiert war, für die Creditanstalt Hunderte von Millionen zur Verfügung hatte, und sieht, daß man auf die kleinen Leute deshalb losgeht, weil diese gleich in Unmut verfallen sind, noch dazu getrieben von der gewerkschaftlichen Organisation, so muß man hier wohl feststellen, daß man mit ungleichem Maße gemessen hat, daß man schließlich hier doch Rücksicht walten lassen müßte und nicht einfach dann hergeht und drakonische Mittel gegen solche Leute verlangt.

Wir haben uns daher erlaubt, in dieser Sache an den Herrn Landeshauptmann eine Anfrage zu richten, welche lautet (liest):

„Anlässlich der letzten Demonstration der Beamten und Angestellten der Bundesbahn wurde eine große Anzahl derselben in verschiedenster Form diszipliniert und viele sind heute noch vom Dienste enthoben. Wenn

wir auch der grundsätzlichen Ansicht sind, daß in dem von uns angestrebten Staate weder Streik noch Aussperrung möglich sein würden, weil es Aufgabe dieses Staates sein wird, durch Errichtung von unparteiischen Arbeitsgerichten dafür Sorge zu tragen, daß sowohl dem Arbeitgeber wie auch dem Arbeitnehmer volle Gerechtigkeit im Sinne der Gesamtwirtschaft und der Volksgemeinschaft gewährleistet wird, so sind wir doch auch überzeugt, daß Streik und Aussperrung als letztes Mittel im wirtschaftlichen Existenzkampf so lange werden angewendet werden, als es der Staat auf Grund seiner liberalen Einstellung ablehnt, in allen Wirtschaftsfragen als unparteiischer Richter im Interesse der Gesamtheit aufzutreten. Aber auch bei solchen Kämpfen im heutigen Staate sind wir der Ansicht, daß die Behinderung lebenswichtiger Betriebe zu unterbleiben habe, daß es aber Pflicht der Staatsführung ist, dafür zu sorgen, daß durch eine aufrechte Gebarung und rechtzeitige Beschaffung der Mittel zur Auszahlung der den Arbeitern und Angestellten solcher Betriebe rechtlich zustehenden Löhne und Gehälter die Ursachen zu solchen Protestaktionen genommen werden. Bisher sehen wir jedoch, daß der Staat nicht eingreift, wenn es sich um den Schutz der inländischen Wirtschaft handelt, wohl aber immer zur Stelle ist, wenn es gilt, der inländischen Wirtschaft die Früchte ihrer Arbeit zugunsten ausländischer Spekulanten abzupressen. Wenn man das Verhalten der Regierung bei der Behandlung der letzten Protestaktion der Bundesbahner dem Verhalten der Bundesregierung anlässlich der Creditanstaltsfrage gegenüberstellt, dann muß man ihr die Berechtigung absprechen, im Wege der Generaldirektion der Bundesbahnen mit solchen drakonischen Maßregelungen gegen die Beteiligten vorzugehen, dies umsomehr, da es sich in diesem Falle nicht um einen Streik im landläufigen Sinne, sondern lediglich um eine Demonstration gegen die Art der Wirtschaftsführung des Staates und seiner Betriebe handelte.“

Es hat sich aus dieser Sache dann auf parlamentarischem Boden etwas abgespielt, was sicherlich nicht aufzeigt, daß man sich auf diesem Boden so benimmt, wie man sich in einem geordneten Staate benehmen soll. Weil in diesem Augenblick die Regierung sich in der Minderheit gesehen hat, so hat sie bis zu einem gewissen Grad eine Lücke in der Geschäftsordnung benützt, um die Diktatur auszurufen und mit Notverordnungen weiter zu regieren. Unter diesen Notverordnungen sind auch solche enthalten, die sich nicht rein auf wirtschaftlichem Gebiete bewegen, wie zum Beispiel die, welche die Versammlungs- und Vereinsfreiheit in der schwersten Art und Weise beschränkt und die Presse knebelt, und auch da sehen wir uns veranlaßt, eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann zu richten, und zwar ist das folgende (liest):

„Die Bundesregierung hat auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, RGBl. Nr. 307, unter anderem am 13. März 1933 eine Verordnung, betreffend die Anzeigefrist für Versammlungen und die Untersagung von öffentlichen Versammlungen und Aufzügen erlassen, durch welche der in unsere Bundesverfassung übernommene Beschluß der provisorischen National-

versammlung vom 30. Oktober 1918, StGBI. Nr. 3, Punkt 3, verletzt wird, dem zufolge die Ausnahmeverfügungen, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht, aufgehoben sind und die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied des Geschlechtes hergestellt wurde. Da diese willkürliche Beschränkung verfassungsmäßiger, staatsbürgerlicher Rechte noch dazu in einem Augenblick erfolgte, in welchem der Bundesregierung klar wurde, daß sie im Nationalrat nicht mehr die Mehrheit hinter sich habe und auch im Volke den Boden immer mehr und mehr verliere, ist eben dann daraus dieser Zustand einer Diktatur erwachsen. In diesem ganzen Notverordnungsrecht, das man herangezogen hat, ist man nun bemüht, Dinge zu bereinigen, zumindestens habe ich die Vermutung, die man doch schließlich früher dem Volke bekanntgeben sollte. Es tauchen Vermutungen auf, daß man auch das ganze Abkommen mit den Gläubigern der Creditanstalt durch diesen dunklen Kanal durchschleifen will, um das Volk vor eine vollendete Tatsache zu stellen, weshalb es uns interessiert, ob man auch die Absicht hat, die ganze Creditanstaltsfrage zu bereinigen.“

Es ist auch in der heutigen Zeit der Zustand eingetreten, daß der Herr Landeshauptmann durch seine viele Beschäftigung in der Creditanstaltsangelegenheit und durch die Parteidiktatur, durch diese Scheindiktatur, die aufgerichtet wurde, sich sehr viel in Wien aufgehalten hat und hier die Geschäfte in Steiermark von einem marxistischen Landeshauptmann-Stellvertreter geführt werden. Das erscheint uns auf die Dauer unerträglich, weil Steiermark ein vorwiegend nicht marxistisches Land ist, weshalb wir die dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann richten (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, unverzüglich bei der Bundesregierung geeignete Schritte zu unternehmen, daß alle Strafverfolgungen eingestellt und alle, in welcher Form immer verhängten Strafen sofort aufgehoben werden.“

Weiters haben wir auch die dringliche Anfrage gestellt (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann gewillt, bei der Bundesregierung gegen diese Verordnung zur Versammlungs- und Presseknobelung Stellung zu nehmen und dahin zu wirken, daß diese Verordnung sofort aufgehoben wird.“

wie auch,

„ob der Herr Landeshauptmann als besonderer Kenner des Creditanstaltsabkommens und Vertreter der Bundesregierung in dieser Angelegenheit bereit ist, bekanntzugeben, wie dieses Abkommen lautet, ob er bereit ist, dahin zu wirken, daß dieses Abkommen nicht ohne Willensäußerung des Gesamtvolkes als Zahler abgeschlossen wird,“

und schließlich,

„was der Herr Landeshauptmann zu veranlassen gedenkt, daß in dem überwiegend nicht marxistischen Land Steiermark der unerträgliche Zustand nicht mehr eintritt, daß ein marxistischer Landeshauptmann-Stellvertreter die Geschäfte des Landeshauptmannes führt.“

(Beifall beim Heimatblock.)

Präsident: Nunmehr erteile ich zur Begründung der nächsten dringlichen Anfrage der Abg. Dr. Hübler und Reichl an den Herrn Landeshauptmann dem Herrn Abg. Dr. Hübler das Wort.

Dr. Hübler: Hoher Landtag! Zwei Landtagklubs und die Landesregierung haben die Einberufung des Landtages verlangt, weil eine Beruhigung der Öffentlichkeit unbedingt notwendig ist, da Beunruhigung über die Maßnahmen der gegenwärtigen Bundesregierung weite Kreise der Bevölkerung ergriffen hat. In der Öffentlichkeit wird von der Bundesregierung und der ihr zugehörigen Presse die Sache so dargestellt, als ob eine Parlamentskrise bestehen würde und die „autoritäre Regierung“ rechtzeitig mit Notverordnungen in die Bresche gesprungen wäre. Schauen wir uns diese „autoritäre Regierung“ näher an. Worauf kann sich eine solche gründen? Auf die überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung? Die gegenwärtige Regierung hat kaum die Mehrheit im Hause, geschweige denn in der Bevölkerung; diese Basis besteht also nicht! Sie könnte beruhen auf der Geschlossenheit in der Auffassung der politischen Ziele. Sehen wir da einmal näher! Da ist der Rücktritt des Ministers für soziale Verwaltung Resch, dann der Austritt des ehemaligen Bundesratspräsidenten Professors Dr. Hugelmann aus der christlichsozialen Partei mit einem bemerkenswerten Protest gegen den Rechtsbruch der Bundesregierung, der durch die in allen Kreisen und weit über die Grenzen unseres Vaterlandes bekannte Persönlichkeit des Professors Hugelmann an Bedeutung gewinnt. Wir sehen den Rücktritt des Polizeipräsidenten von Wien, Dr. Brandl, nach Unterdrückung einer Affäre, die einem Staatsstreik sehr nahekommt, wobei die Öffentlichkeit die Meinung haben muß, daß der Mann gegangen ist, weil er seine Pflicht tat. Wir sehen den Widerstreit der Landbundesvertreter mit dem legitimistischen Flügel der Bundesregierung, der Landbundesvertreter, die eine außerordentlich schwierige Situation haben. Ein Gesamtbild, das in dieser Zerrissenheit seine sichere Auswirkung auch auf die Bevölkerung haben muß. Das soll ein Spiegelbild einer autoritären Regierung sein und eine günstige Auswirkung und Rückstrahlung auf die Masse unserer Bevölkerung? Sehen wir irgendwo eine Sammlung der Kräfte durch diese autoritative Regierung?! Im Gegenteil, wir sehen eine völlige Verwirrung der Fronten. Es ist dem Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuß glücklich gelungen, eine Opposition von der äußersten Rechten bis zur Linken zusammenzubringen. Das ist das Ergebnis der Staatskunst des Dr. Dollfuß, den die christlichsoziale Partei in unbegreiflicher Bescheidenheit eine ihrer besten Köpfe genannt hat. Wenn man dem Dr. Dollfuß einen Stammbuchvers einschreiben wollte, so könnte man nur das Faustzitat anwenden: „Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis!“

Sehen wir uns die politischen Auswirkungen an! Soll diese Ausschaltung des Parlamentes nur eine Episode sein, so muß man sagen, daß es eine ungebührlich verlängerte Episode ist, die früher oder später ihren Abschluß finden wird. Aber gewisse Begleiterscheinungen sind bedenklich. Der legitimistische Flügel

der Bundesregierung, repräsentiert durch den Staatssekretär Fey, hat gewisse „anachronistische Vorstellungen“, die jeder Privatmann haben kann. Es ist die Privatsache jedes einzelnen, ob er seiner Gesinnung nach Legitimist ist. Man kann es ja verstehen, wenn jemand eine Pietät gegenüber früheren Verhältnissen hat, da es ihm und seinen Standesgenossen besser gegangen ist. Wenn aber diese Pietät sich in den politischen Willen umsetzt, vergangene Zeiten wieder zurückzurufen, also diesen Anachronismus wieder lebendig zu machen, so wird diese Pietät zum Verbrechen, weil es eine Tragödie, ja das Unglück eines Volkes bedeuten würde. Es ist doch ebenso, als wenn man die Zeit der Romantik oder die Biedermeierzeit, mit allen Kräften zurückrufen oder wenn man alle Errungenschaften der Technik wieder abschaffen wollte. Gegen den Fortgang und die unerbittliche Raison der Geschichte gibt es keinen anachronistischen Protest. Ein solcher Versuch könnte natürlich nur mit einer Katastrophe enden. Dazu kommt noch etwas, das bedenklich stimmt: daß solche Sonderaktionen der Vertreter eines kleinen Teiles der österreichischen Bevölkerung eine Förderung seitens einer Presse finden, von der es geradezu erstaunlich ist. Das ist die von der Tschechoslowakei finanziell gespeiste „Orbis-Presse“, die sonst linksdemokratisch ist, die aber gerade die Diktaturregierung Dollfuß außerordentlich zart behandelt. Derartige Symptome müssen wir bedenklich finden, weil schließlich bei Mitwirkung außenpolitischer und stärkerer Kräfte doch etwas Schlimmes aus solchen Affären herauskommen könnte.

Was ist die nun letzte Absicht bei der Ausschaltung des Parlamentes? Gegen wen richtet sie sich, gegen die Marxisten? „Die Botschaft hör' ich wohl, allein es fehlt der Glaube!“ Es scheint mehr eine antimarxistisch getarnte, aber gegen die nationale Volksbewegung gerichtete Aktion der Regierung zu sein. Es ist begreiflich, denn wenn wir uns die Ereignisse der letzten Zeit im Reiche vor Augen halten, so haben wir dort ein Ereignis von historischer Bedeutung zu verzeichnen, das Fallen der Mainlinie. Heute ist das Deutsche Reich eine nationale Bewegung, keine Bewegung einer politischen Partei oder etwa des protestantischen Nordens allein, sondern eine Bewegung, die sowohl den protestantischen Norden, als auch den katholischen Süden in gleicher Weise erfaßt hat. Man mag zu Hitler stehen, wie man will, aber diese Tat ist ein Faktum von weltgeschichtlicher Bedeutung. Diese eine große nationale Bewegung überspringt die Grenzen, die der Konfessionsstreit gesetzt hat. Wir sehen die Mainlinie überwunden, und wenn der bairische Zentrumsführer Held vor drei Wochen noch sagen konnte, ein Staatskommissär, der aus dem Reiche käme, würde an der Grenze Bayerns verhaftet werden, so mußte er nun selbst dem vom Willen der Bevölkerung Bayerns getragenen Plebiszite weichen. Glauben Sie, daß das „Ultramontanien“ des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß dem Hakenkreuz eine Schranke setzen könnte? Das ist zweifellos ein Versuch mit untauglichen Mitteln, und so hat sich die Regierung mit ihren Maßnahmen vollkommen isoliert, vom Parlament getrennt und sich so selbst das Todes-

urteil gesprochen. Wenn die Regierung erklärt, daß, nachdem die drei Präsidenten ihre Stellen niedergelegt haben, nun der letzte geschäftsführende Präsident nicht per analogiam berechtigt sei, die Kontinuität der parlamentarischen Geschäftsführung herzustellen, dann hat sie sich um die letzte Existenzmöglichkeit gebracht. Meine verehrten Damen und Herren, ich frage Sie, wenn die Regierung auf dem Standpunkte steht, daß in der Verfassung eine Lücke besteht, daß aber das Parlament, daß die gesetzgebende Körperschaft, die allein diese Lücke ausfüllen könnte, ausgeschaltet sei, kann dann eine Parteienvereinbarung diese Gesetzeslücke ausfüllen? Dann gäbe es also nur den einen Ausweg: Neuwahlen, ein neues Parlament, das sich selbstverständlich die Geschäftsordnung entsprechend ändern kann. So hat sich die Regierung Dollfuß von ihrer letzten Basis getrennt; als Schlussergebnis bleibt eine Entwicklung übrig im direkten Gegensatz zum Deutschen Reich, im Gegensatz zu dem Neuaufbau Europas. Wir hören gespannt von einer Konferenz Macdonalds mit Mussolini: Man plant, Europa mit den vier Großmächten neu aufzubauen, mit dem Deutschland Adolf Hitlers! Will sich die österreichische Bundesregierung entgegengekehrt einstellen der Entwicklung im Reiche, sollen sich die Ausnahmsbestimmungen gegen jene nationale Front richten, die sich nun im Reiche erhoben hat? Und in Österreich selbst ist diese Bundesregierung isoliert von der Bevölkerung, von den Vertretungskörpern des föderativen Aufbaues; denn der Bundesrat und die wichtigsten Landtage haben sich gegen die Regierung Dollfuß ausgesprochen.

Infolgedessen haben wir uns erlaubt, an den Herrn Landeshauptmann die beiden Anfragen zu richten, die der Herr Präsident bereits verlaublich hat. Ich wiederhole sie (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, vor allem in seiner Eigenschaft als Mitglied der Bundesregierung, dahin zu wirken, daß die Ausnahmsbestimmungen des Versammlungs- und Aufmarschverbotes sowie die Beschränkung der Pressefreiheit sich nicht einseitig gegen die nationale Volksbewegung und die nationale Presse richten und daß auf diesem Gebiete ehestens wieder verfassungsmäßige Zustände Platz greifen.“

Mit Rücksicht auf den Vorfall der Amtsniederlegung des Polizeipräsidenten Dr. Brandl stelle ich folgende Anfrage (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, seinen ganzen Einfluß bei der Bundesregierung dahin geltend zu machen, daß sich solche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen können und daß die Beamten in ihren dienstrechtlichen Belangen von Seite der Bundesregierung geschützt werden.“

Präsident: Zur Begründung der nächsten dringlichen Anfrage erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold das Wort.

Machold: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung haben in der letzten Sitzung einen Antrag eingebracht, der in der schärfsten Weise gegen

das verfassungswidrige Verhalten der Bundesregierung Stellung nimmt und die Bundesregierung auffordert, unverzüglich den verfassungsmäßigen Zustand in Österreich wieder herzustellen. Der Antrag ist etwas modifiziert mit Mehrheit angenommen worden und wurde der Bundesregierung auf telegraphischem Wege zur Kenntnis gebracht. Dieser Beschluß der Landesregierung hat in weiten Kreisen, in ganz Österreich, das größte Aufsehen erregt, zumal ja schon eine Reihe anderer Landesregierungen und Landtage in ähnlich scharfer Weise der Bundesregierung die gleiche Auffassung kundgetan hatten. Von der steiermärkischen Landesregierung hatte man aber eine solche Stellungnahme nicht erwartet. In der gleichen Sitzung hat die sozialdemokratische Partei den Antrag eingebracht, den Landtag zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Sowohl die großdeutsche Partei als auch der Heimatschutz haben dem Präsidenten vorher oder gleichzeitig den Wunsch zur Einberufung des Landtages kundgetan. Nach unserer Geschäftsordnung kann aber der Präsident, beziehungsweise muß der Präsident einer solchen Anregung nicht Folge leisten, wenn eine solche Anregung nicht mindestens von einem Fünftel der Landtagsmitglieder ausgeht. Nachdem beide Parteien diese Stimmenanzahl nicht aufbringen, hat die sozialdemokratische Partei durch ihre Stellungnahme in der Landesregierung herbeigeführt, daß der Landtag heute zusammengetreten ist.

Es ist notwendig, daß der steirische Landtag heute zu den außerordentlich schweren politischen Ereignissen in Österreich Stellung nimmt, es ist notwendig, daß der Landtag seiner Meinung Ausdruck verleiht, was er von dieser Regierung, die hier von meinem Vorredner treffend gekennzeichnet worden ist, hält. Nach unserer Geschäftsordnung konnten wir heute diese ganze politische Frage nur zur Erörterung bringen durch Stellung einer formalen dringlichen Anfrage an den Herrn Landeshauptmann. Wir haben diesen Weg beschränkt und wir haben eine dringliche Anfrage eingebracht. Ich werde mir erlauben, diese dringliche Anfrage zur Verlesung zu bringen. Sie lautet (liest):

„Den Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten hat die Bundesregierung zum Vorwand genommen, um das Parlament auszuschalten und in verfassungswidriger Weise das Recht der Gesetzgebung für sich in Anspruch zu nehmen. Unter Berufung auf ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus dem Kriegsjahre 1917, dessen Wirksamkeit wir nicht anerkennen, hat die Bundesregierung ohne Parlament bereits eine ganze Reihe sogenannter Notverordnungen mit der Wirksamkeit von Gesetzen erlassen. Sie hat durch ihre Notverordnungen Freiheitsrechte des österreichischen Volkes, welche sich die Arbeiterschaft und seinerzeit auch das Bürgertum in schweren Kämpfen errungen haben, angetastet. Einige Grundrechte sind bereits aufgehoben, andere sind aufs schwerste gefährdet. Das Versammlungs- und das Vereinsgesetz wurden demoliert, die Freiheit der Presse ist durch die Wiedereinführung der Zensur geknebelt. Die Bundesregierung plant, auch Fragen des sozialen Rechtes und der Einrichtungen der Arbeiter und Angestellten im Wege von Notverordnungen zu regeln. Dieselbe Bundesregierung,

die von jedem Staatsbürger, von jedem um seine Existenz schwer ringenden und hungernden Ausgesteuerten unter Strafandrohung strengste Befolgung der Gesetze und Vorschriften fordert, setzt sich als oberste Hüterin des Rechtes über Recht und Gesetz selbst hinweg und bricht die von ihr beschworene Verfassung der demokratischen Republik Österreich.

Die diktatorischen Maßnahmen der Bundesregierung haben die Arbeiterschaft und alle demokratisch und republikanisch gesinnten Kreise der Bevölkerung in höchste Erregung und in entschlossene Abwehrbereitschaft versetzt. Wenn sich die Bundesregierung nicht in letzter Stunde wieder auf den Boden der demokratischen Verfassung stellt, besteht die schwere Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges, der dem Sieger nur ein wirtschaftliches Trümmerfeld zurücklassen würde. Die Haltung der Bundesregierung gefährdet aufs schwerste die wirtschaftlichen Interessen Österreichs. Der jüngste Zusammenbruch einer Wiener Großbank, die keine Filialen in Steiermark hat, zeigt die geradezu katastrophale wirtschaftliche Situation kraß auf. Die Regierung untergräbt nicht nur die letzten Hoffnungen auf die Wiederbelebung der Wirtschaft, sondern vernichtet auch die letzten noch vorhandenen Reste unserer Volkswirtschaft.

Aus der Erkenntnis heraus, daß es allerhöchste Zeit ist, diese ernststen Gefahren durch unverzügliche Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Österreich abzuwenden, richtet die sozialdemokratische Landtagsfraktion an den Herrn Landeshauptmann, der selbst Mitglied der Bundesregierung ist, folgende dringliche Anfrage:

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Bundesregierung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß der verfassungsmäßige Zustand in Österreich ehestens wieder hergestellt wird?“

So, meine Damen und Herren, lautet die dringliche Anfrage, die wir eingebracht haben. Der Herr Präsident hat verkündet, daß zur Begründung des Antrages nur eine beschränkte Redezeit von 20 Minuten zur Verfügung steht. Ich kann mich also in der Begründung nicht ausführlich über das ganze Thema auslassen und kann nur kurz meine Begründung geben. Wir werden in der Debatte Gelegenheit haben, auf diese Fragen eingehend zu sprechen zu kommen. Es sind aber auch, wie wir alle wissen, diese Ereignisse durch die Presse und durch alle möglichen Kundgebungen so allgemein bekannt, daß ich schon aus dieser Erwägung heraus mich in der Begründung auf das kürzeste beschränken kann.

Nun zur Sache. Die drei Nationalratspräsidenten haben einer nach dem anderen ihre Mandate niedergelegt. Diese Amtsniederlegung der Nationalratspräsidenten hat die Bundesregierung offenbar als sehr erwünschte und von ihr heißersehnte Gelegenheit benützt, sich hinter juristische Formalitäten zu verschanzen, die Ausschaltung des Nationalrates herbeizuführen und die Stätte der Volksvertretung zu schließen. In einer Zeit der schwersten Wirtschaftsnot hat die Bundesregierung dadurch in einer geradezu frivolen

und unverantwortlichen Weise einen schweren Verfassungskampf und ganz ungeheures Unheil heraufbeschworen. Ich sehe voraus, daß der, an den die Anfrage gerichtet ist, Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen, hier als gelehrter Jurist antworten wird. Ich weiß, daß er mit allen juristischen Spitzfindigkeiten die Behauptung aufstellen wird, daß diese Tafsache fraglich ist, daß die Bundesregierung im Rechte ist, daß sie das Parlament nicht einberufen kann, weil kein Präsident da ist, weil es an einer entsprechenden Bestimmung für diesen Fall fehlt. Wir haben derartige Auseinandersetzungen mit dem Herrn Landeshauptmann schon zur Genüge gehabt. In Voraussetzung dieser Erwiderung des Herrn Landeshauptmannes habe ich mir erlaubt, nicht mein Urteil in dieser Sache mitzuteilen, sondern mich auf den Herrn zu berufen, den Herr Abg. Dr. Hübler bereits angezogen hat. Ich meine den ehemaligen Bundesrat, den Wiener Universitätsprofessor für Staatsrechtslehre Dr. Hugelmann. Dieser hat in der Presse einen sehr instruktiven und eingehenden Artikel verlaublich. Er setzt sich da mit den juristischen Spitzfindigkeiten der Bundesregierung sehr gut auseinander, und man wird zweifellos nicht behaupten können, daß Dr. Hugelmann von den Marxisten inspiriert wurde. Es wird gut sein, diese Begründung kurz hier zur Kenntnis zu bringen. Er sagt (liest):

„Die Begründung, welche zu dem folgenschweren Entschluß der Regierung in der Regierungspresse gegeben wird, ist so ungeheuerlich, daß es für einen ernsthaften Juristen, dem die Rechtswissenschaft die *Ars aequi et boni* (die Kunst des Gerechten und Guten) ist, schwer ist, sich mit dieser Argumentation, die mit wahrer Gesetzesauslegung nichts mehr gemein hat, auseinanderzusetzen. Aus dem Umstand, daß die Geschäftsordnung des Nationalrates ein Lücke aufweist und nichts darüber bestimmt, wer den Nationalrat im Falle des Rücktrittes oder des Todes aller seiner Präsidenten einzuberufen hat, zu folgern, daß nunmehr bis zum Ablauf der Legislaturperiode alle Bestimmungen der Verfassung über das Verhältnis der Exekutive zur Volksvertretung außer Kraft gesetzt sind, steht wohl einzig da. Würde ein Student bei der staatswissenschaftlichen Staatsprüfung nicht wissen, wie eine solche Lücke auszufüllen ist, und Behauptungen aufstellen, wie man sie jetzt in der Regierungspresse lesen kann, so müßte man ihn durchfallen lassen. Beim Rücktritt des Präsidenten bildet, wie im Hauptausschuß richtig bemerkt worden ist, die Analogie mit der Geschäftsführung des Präsidenten des früheren Nationalrates bis zur Konstituierung des neuen die für jeden denkenden Juristen selbstverständliche Handhabe.“

Das ist eine Ohrfeige für die Bundesregierung, wie man sie sich nicht kräftiger vorstellen kann. Ich könnte eine Reihe anderer solcher Fachurteile herausgreifen. Ich bitte: Es hat auch Professor Dr. Adolf Merk, Professor des Verfassungs- und Verwaltungsrechtes, auch ein unverdächtig bürgerlicher Fachmann und Universitätslehrer, einen längeren Artikel über den Verfassungskonflikt geschrieben. Er sagt (liest): „Ist in Regierungskreisen die primitive Auslegungsregel des § 7 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches unbe-

kann, der da sagt: „Läßt sich ein Rechtsfall weder aus den Worten, noch aus dem natürlichen Sinn eines Gesetzes entscheiden, so muß auf ähnliche, bestimmt entschiedene Fälle und auf Grund anderer damit verwandter Gesetze Rücksicht genommen werden. Der Einwand, daß bei Verfassungsfragen die Gesetzesanalogie unzulässig ist, ist an sich unrichtig, trifft aber überdies gar nicht den vorliegenden Fall.“ Merk l schließt den Artikel damit, daß er sagt (liest): „Es bleibt also bei den beiden oben aufgezeigten Wegen: Auflösung des Nationalrates durch den Bundespräsidenten oder Einberufung des Nationalrates durch einen geschäftsführenden Präsidenten dieses Hauses.“

Er setzte also auseinander, daß alle drei Präsidenten noch weiter geschäftsführend geblieben sind und die Verpflichtung haben, so lange im Amte zu bleiben, bis andere gewählt sind. Das ist, meine verehrten Damen und Herren, auch die Auffassung maßgebender Juristen. Aber der Regierung dreht es sich nicht darum. Die wirklichen Gründe, warum diese Bundesregierung diesen Amtsmißbrauch durchführt und begeht, sind so durchsichtig, daß sie im allgemeinen jeder Laie erkennen muß. Die Bundesregierung hat keine Mehrheit im Parlament. Sie lebt davon, daß einmal der eine, ein anderes Mal der andere rechtzeitig stirbt oder sich ein Bein bricht, oder daß andere Zufälligkeiten — ich weiß nicht, ob sie im Ratsschlusse der Vorsehung vorgeesehen sind — vorkommen. Davon lebt diese Bundesregierung; von einer Sitzung auf die andere weiß sie nicht, ob diese Zufallsmajorität noch vorhanden ist, was die Hauptsache ist. Diese Bundesregierung weiß ganz genau, daß sie heute nur eine Minderheit ist und daß, wenn es heute zu Neuwahlen kommen würde, sie kaum mehr als ein Drittel der Wähler haben würde. Anstatt die einzig richtige Schlussfolgerung zu ziehen, nämlich zu demissionieren, einer anderen Regierung Platz zu machen oder einfach den Nationalrat aufzulösen und Neuwahlen zu machen, verschanzt sie sich hinter Notverordnungen, klammert sich daran an und glaubt, sich dadurch an der Regierungsmacht zu erhalten. Dieser Verfassungsmißbrauch ist der beste Beweis für die Angst der Regierung. Im Gefühle ihrer Schwäche und der Angst vor Neuwahlen tut sie das alles und nicht aus Verfassungsgründen, weil kein Präsident da ist. Es sind drei vorhanden, und es ist zum Lachen, daß wegen der Demission der Präsidenten, deshalb, weil kein Präsident mehr da ist, auf einmal auch kein Parlament mehr da sein soll, während in derselben Verfassung für den Fall von Neuwahlen vorgesehen ist, daß der frühere Präsident so lange zu bleiben hat, bis ein neuer gewählt worden ist! Das ist eine Analogie, die von keiner Seite bestritten werden kann. Die Regierung übt ein Notverordnungsrecht aus, hat sich das Gesetzgebungsrecht angemahnt und hat eine alte, kriegswirtschaftliche Verordnung aus dem Jahre 1917 ausgegraben, an die kein Mensch mehr dachte. Es würde auch keinem Menschen einfallen, diese Verordnung für einen solchen Fall zu gebrauchen.

Meine verehrten Damen und Herren, hören Sie nur den § 1 dieses kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes an und Sie werden zugeben müssen, daß kein normal denkender Mensch sagen kann, daß auf

Grund dieser Verordnung so etwas gemacht werden kann. Dort heißt es im § 1 (liest): „Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen.“ Also, ein Ermächtigungsgesetz, das für den Krieg gedacht ist, heranzuziehen, um außerordentliche Verhältnisse zu regeln, das ist ganz unmöglich, und es ist ausgeschlossen, daß man sich auf diese Plattform begeben kann. Es sind doch keine Verfügungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu erlassen. Ich glaube schon, daß sich jemand in außerordentlichen Verhältnissen befindet, das ist nämlich die Regierung Dollfuß! Aber man kann nicht sagen, daß solche Verhältnisse außerordentliche sind, weil die Regierung Dollfuß nichts machen will, weil sie sich vor Neuwahlen fürchtet, und daß sie durch den vor 15 Jahren beendeten Krieg hervorgerufen worden sind. Die Regierung Dollfuß ist selbst schuld daran. Meine verehrten Damen und Herren! Auf Grund dieses kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes hat die Bundesregierung dem österreichischen Volke seine durch die Verfassung feierlich gewährleisteten Freiheiten angegriffen, hat das Versammlungs- und Vereinsrecht demoliert, die Presse durch Wiedereinführung des Konfiskationsrechtes, das wir aus der früheren Zeit kennen, und der Zensur völlig geknebelt und hat eine Reihe von „volkswirtschaftsfördernden“ Notverordnungen erlassen, um dem ein gewisses Mäntelchen umzuhängen. Stellen Sie sich einmal eine dieser so dringlichen, die Volkswirtschaft fördernden Notverordnungen vor: Da wurde ein Gesetz erlassen über Einführung des Straßenbaufonds mit dem Beginn vom Jahre 1934; Es war so notwendig, das zu regeln, daß die Regierung dies im Wege der Notverordnung machen mußte! Wie allgemein bekannt, haben wir noch das Jahr 1933! Es sind noch eine ganze Reihe von solchen Verordnungen, die, wenn sie von der Regierung rechtzeitig eingebracht worden wären, ohne weiteres auch vom Parlament erledigt worden wären. Aber daß die Regierung Dollfuß so ungeschickt und unmöglich ist, kann dadurch nicht wettgemacht werden, daß sie sich das Notverordnungsrecht anmaßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierung hält es offenbar für zeitgemäß, lieber auf den Trümmern unserer wirklich ganz und gar zusammengebrochenen Volkswirtschaft schwere Verfassungskämpfe heraufzubeschwören, als durch ein Zusammenfassen aller aufbauwilligen Kräfte den Arbeitslosen Arbeit und Brot und dem Handel, dem Gewerbe und der Industrie und dem Bauer Absatz- und Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Zu gewärtigen sind noch weitere Notverordnungen; man spricht davon, daß sie Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten enthalten sollen. Der vom Herrn Abg. Doktor Hübler bereits angezogene Rücktritt des Ministers Dr. Resch wirft ein Blicklicht auf die ganzen Verhältnisse. Dr. Resch ist sicher kein fortschrittlicher

Minister für soziale Verwaltung, er wurde ja auch sehr von jenen bekämpft, denen die Kostfandsunterstützung genommen oder gekürzt worden ist. Wenn es schon dieser Herr nicht verantworten kann, in einer solchen Regierung zu sitzen, dann kann man sich vorstellen, was aus so einer Regierung schon Schönes herauskommen kann.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die 20 Minuten Redezeit sind abgelaufen, Herr Landeshauptmann.

Machold (fortfahrend): Ich bin sofort fertig, Herr Präsident! Ich habe ja die Möglichkeit, in der Debatte zu reden. Ich möchte nur, da meine Redezeit zu Ende ist, mit der Bitte schließen, daß der Herr Landeshauptmann, der selbst Mitglied der Bundesregierung ist, sich für verpflichtet hält, dahin zu wirken, daß alle durch die Verfassung verbürgten Freiheiten unverzüglich wieder hergestellt werden. Ich hoffe, daß sich die Mehrheit dieses Landtages unserer Meinung anschließt und mit allem Nachdruck darauf dringt, daß die Bundesregierung, welcher der Herr Landeshauptmann von Steiermark angehört, unter allen Umständen so rasch als möglich und unverzüglich der Bevölkerung gegenüber ihre Pflicht erfüllt und die Verfassung wieder herstellt. In diesem Sinne haben wir unsere Anfrage eingebracht. Wir werden aus der Antwort des Herrn Landeshauptmannes unsere Schlüsse ziehen und behalten uns vor, bei der Debatte noch Beschlusanträge zu stellen.

Präsident: Zur Begründung der nächsten dringlichen Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Abg. Rosenwirth.

Rosenwirth: Hohes Haus! Die von der Bundesregierung erlassene Notverordnung gegen die Presse, die ebenso wie die Haltung der Regierung gegenüber dem Parlament nach den Urteilen der bedeutendsten Gelehrten des Staats- und Verfassungsrechtes einen nackten Bruch der Verfassung darstellt, hat auch in Steiermark zu einer Konfiskationspraxis geführt, die eines europäischen Rechtsstaates unwürdig und auf die Dauer unerträglich ist. Die Regierung hat die steirischen Gerichtsbehörden im Laufe der vergangenen Wochen zweimal zur Beschlagnahme des „Arbeiterwille“ veranlaßt, sie in einer Weise mißbraucht, für die sich in keiner einzigen gesetzlichen Bestimmung auch nur die leiseste Rechtfertigung finden läßt und die nichts anderes bedeutet, als einen Akt nacktester Regierungswillkür. So wurde der „Arbeiterwille“ am 16. März wegen folgender in einem Aufruf enthaltener Stellen beschlagnahmt (liest):

„Die Regierung wünscht, daß der Nationalrat geraume Zeit ausgeschaltet bleibe, solange, bis die Parteien Verfassungsänderungen zustimmen, die die gegenwärtige Verfassung geradezu umstürzen, die Rechte der Volksvertretung aushöhlen und damit das arbeitende Volk jedes Schutzes berauben würden, den ihm bisher die sozialdemokratische Opposition innerhalb der Volksvertretung zu gewähren vermochte. Sie bereitet offenbar auch Verordnungen auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes über Fragen des sozialen Rechtes vor, die so beschaffen sind, daß selbst

der christlichsoziale Minister für soziale Verwaltung Dr. Resch sein Amt niedergelegt hat, weil er die Mitverantwortung für diese beabsichtigte Verordnung nicht tragen will.“

Diese Sätze wurden auf Grund des § 300 des Strafgesetzes konfisziert, der denjenigen mit Strafe bedroht, der durch Schmähungen, Verspottungen, unwahre Angaben oder Entstellungen von Tatsachen und Anordnungen oder Entscheidungen die Behörden herabzuwürdigen oder andere zu Haß und Verachtung aufzureizen sucht. Dabei hat die Regierung selbst wiederholt erklärt, daß sie das Parlament erst dann wieder arbeiten lassen wolle, wenn die Oppositionsparteien ihr einschneidende Verfassungsänderungen zugestanden haben. Erst gestern berichtete die Grazer „Tagespost“, daß der Heeresminister Vaugoin in einer Versammlung erklärt habe, die Regierung werde solange hart und fest bleiben, bis sich die Oppositionsparteien entschließen, für eine Verfassungsänderung zu stimmen, durch die das Krankhafte am Parlamentarismus beseitigt wird, bis die Geschäftsordnung des Parlamentes geändert wird, das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten ausgebaut und der Bundesrat reformiert wird. Und ebenso ist es eine von der Regierung selbst zugegebene Tatsache, daß sie Änderungen der Sozialversicherung im Notverordnungswege plant und daß Minister Dr. Resch zurückgetreten ist. Handelsminister Jakoncig hat dies ja erst kürzlich im Hauptverband der Gewerbetreibenden den Unternehmern ganz offiziell versprochen und eine Befreiung von den sozialen Lasten in Aussicht gestellt. Gewiß, die Regierung spricht nicht davon, die Rechte der Volksvertretung aushöhlen zu wollen, sie sagt dafür „Beseitigung des Krankhaften“. Aber das, was die Christlichsozialen unter „Beseitigung des Krankhaften“ verstehen, ist ja Beseitigung all dessen, was sie hindert, den Staat und seine Einrichtungen als ihr Parteeigentum zu behandeln. Was sie eingeständnermaßen beseitigen wollen, ist nichts anderes, als alles das, was der Opposition es möglich macht, sie an der Zerschlagung der Sozialversicherung, des Mieterschutzes, der Kollektivverträge und der Zerstörung sozialer Rechte weiter Schichten des arbeitenden Volkes zu hindern. Eine Zeitung wegen der Kritik an Plänen der Regierung, die von ihr tatsächlich veröffentlicht, öffentlich zugegeben werden, nach einem Paragraphen zu beschlagnahmen, der sich gegen die Herabwürdigung einer Anordnung einer Behörde durch Schmähungen wendet, heißt deshalb bewußt Recht und Gesetz zu beugen, mit Füßen treten und die Gerichtsbehörden zum Büffel einer völlig willkürlichen Parteiherrschaft zu machen. Nicht anders steht es mit der zweiten Konfiskation des „Arbeiterwille“, zu deren Rechtfertigung ebenfalls dieser Paragraph 300 herangezogen wurde. Im „Arbeiterwille“ vom 18. März wurde in einem Leitartikel, der an die Versicherung der Regierung anknüpft, sie wolle nicht die Pressefreiheit einschränken, sondern nur Mißbräuche und Auswüchse beseitigen, folgende Stelle beschlagnahmt (liest):

„Die tägliche Verbotspraxis, vor allem in Wien, zeigt, was sich die Bundesregierung unter „Mißbrauch der Pressefreiheit“ vorstellt. „Mißbrauch der Presse-

freiheit" ist die Veröffentlichung eines Bildes aus der französischen Revolution mit der Unterschrift „Kampfsentschlossene Arbeiter“, derentwegen eine Wiener Wochenschrift konfisziert wurde. Was ist da der „Auswuchs“, den die Regierung im Interesse der Wirtschaft beseitigen wollte? Die Darstellung eines historischen Ereignisses oder die Feststellung, daß auch Arbeiter und nicht nur die Heimwehren des Herrn Starhemberg und die „Sturmscharen“ des Herrn Justizministers kampfsentschlossen sein können?

Und „Beseitigung eines Auswuchses“ ist offenbar auch, wenn nun fast täglich das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, das Zentralorgan einer Partei, hinter der 42 Prozent des österreichischen Volkes stehen, konfisziert wird. Der Meinung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Stadt Wien, der Meinung der großen Mehrheit des arbeitenden Volkes im ganzen Land Ausdruck geben, heißt offenbar die Pressefreiheit „mißbrauchen“, während es scheinbar zu den Pflichten einer verantwortungsbewußten Publizistik gehört, täglich die Verfassung der Republik in Heimwehrblättern zu verunglimpfen und im Zeichen des Hahnenschwanzes, durch keinen Pressestaatsanwalt gehindert, die dümmsten und perfidesten Lügen über die Sozialdemokratie und ihre Funktionäre zu verbreiten!

Glaubt man wirklich, daß man durch solche für jedermann handgreifliche Einseitigkeiten die Mehrheit der Bevölkerung für den „neuen Kurs“ gewinnen könne? Spürt man denn nicht, wie durch diese ständigen politischen Reizungen, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ohnehin tief verbitterten Massen in immer größere Erregung versetzt werden?

Nicht anders steht es um die Manöver der Banden des Herrn Starhemberg. Da fahren Heimwehrbanden in Automobilen mit Gewehren und Bajonett auf durch die Straßen von Innsbruck, ohne von der Behörde gehindert zu werden, während man mit Riesenaufgeboten an bewaffneter Macht in Schutzbundheimen nach Waffen sucht! Da können sich Heimwehrtruppen mit gefälligem Bajonett einen Sturm auf das Innsbrucker Arbeiterheim erlauben, bis es endlich den Behörden nötig scheint, sanft gegen sie vorzugehen, wenn auch beileibe nicht, sie zu entwaffnen. Begreift man wirklich nicht, was die Duldung solcher Dinge für die Ruhe und Ordnung, um die es doch der Regierung nach ihren Radioreden so sehr zu tun ist, bedeutet? Glaubt man wirklich, sich der Verantwortung für die Zusammenziehung von bewaffneten Heimwehrleuten in einem staatlichen Gebäude in Wien dadurch entledigen zu können, daß man den Polizeipräsidenten demissionieren läßt, der die Heimwehrbanden schließlich in später Nacht durch die Androhung von Bruchialgewalt aus dem Landwirtschaftsministerium vertrieb?“

Auch in diesem Artikel sind nur die angeführten Tatsachen beurteilt, auch dieser Artikel enthält weder Schmähungen noch Verpöflungen, noch Unwahrheiten, und die Kritik an den Handlungen der Regierung ist ohnehin mit Rücksicht auf die Pressenotverordnung so zurückhaltend formuliert, daß sie bei weitem nicht der berechtigten Erbitterung der breiten

Massen den richtigen Ausdruck gibt. Auch bei diesem Artikel wird kein unbefangener Richter nur eine Spur des Tatbestandes erblicken, der im § 300 des Gesetzes festgelegt ist. Auch diese Beschlagnahme bedeutet deshalb einen schändlichen Mißbrauch des Regierungseinflusses auf die Justizbehörden. Jetzt geht man sogar soweit, Zeitungen, die Reden aus öffentlichen Körperschaften wiedergeben, mit der Konfiskation zu bedrohen und zu einem Teil diese Konfiskation auch durchzuführen, wie es bei der „Arbeiterzeitung“ in Wien und bei zwei anderen Zeitungen der Fall war, die Berichte aus dem Wiener Landtag wiedergegeben haben, obwohl das Gesetz sie immunisiert, obwohl keine gesetzlichen Mittel zur Verfügung stehen, um diese Stelle irgendwie in einer Zeitung zu beschlagnahmen. In einem mag die Regierung Recht haben. Zum Haß und zur Verachtung gegen die Regierung wird die Bevölkerung in diesen Tagen sehr gründlich aufgereizt. Das geschieht aber nur durch die Taten der Regierung selbst und nicht durch die Presse, die diese Taten wieder spiegelt. Wer dem österreichischen Volke die Freiheit nehmen will, wer sein Mitbestimmungsrecht zertrümmern will, der läßt, was immer die Zeitungen schreiben mögen, den gerechten Haß und die Verachtung des Volkes auf sich. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) Eine Regierung, die dieses Land in mehr als zehnjähriger Herrschaft in eine Krise ohnegleichen geführt hat, eine Regierung, die entgegen dem ausdrücklichen Willen der Mehrheit des Volkes zum Verfassungsbruch greift, um sich die Mehrheit erhalten zu können, die in schwersten Krisenzeiten schädliche christlichsoziale und heimatsschützlerische Politik selbst um den Preis der Zertrümmerung der Rechtsgrundlagen unseres Staates und der Gefahr des Bürgerkrieges betreibt, eine solche Regierung reizt die Bevölkerung, reizt die Mehrheit des Volkes stärker, als es die Presse je könnte, zu Haß und Verachtung auf, und dieser Haß gegen die Regierung wird, wenn sie nicht bald Einkehr hält, sie auch hinwegfegen (G a h : „Servus!“), mag sie sich auch noch so sehr auf brutale Gewalt, auf Knebelung der freien Meinungsäußerung stützen. Deshalb fragen die sozialdemokratischen Abgeordneten und richten an den Herrn Landeshauptmann, der selbst Mitglied der Bundesregierung ist, folgende dringliche Anfrage (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Bundesregierung und als Landeshauptmann mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß der verfassungsmäßige Zustand im Pressewesen ehestens wieder hergestellt wird?“

Herr Landeshauptmann, in Erinnerung an Ihre Verantwortung, an Ihr Verantwortungsgefühl richten wir diese Anfrage an Sie und ersuchen Sie, zu antworten als Landeshauptmann der steiermärkischen Bevölkerung, zu antworten als Mitglied der Bundesregierung dem Volke von Österreich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser vier dringlichen Anfragen erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. R i n t e l e n das Wort. Redezeit laut Beschluß des Landtages 60 Minuten.

Dr. Rintelen: Hohes Haus! Durch die Ereignisse in der letzten Sitzung des Nationalrates und die Stellungnahme der drei Präsidenten ist die Regierung vor die Zwangslage gestellt worden, dafür zu sorgen, daß die Funktionen der Staatsgewalt durch diese Ereignisse ungestört weiterlaufen. Dies war umso notwendiger, als dringende wirtschaftliche Aufgaben ihrer Lösung harrten, Aufgaben, von deren Lösung das Wohl und das Interesse nicht nur unseres Gewerbestandes und der Arbeiterschaft, sondern auch unserer ganzen Bevölkerung abhängig war. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Sehr richtig!“) Ich spreche da von der Notlage der Gewerbetreibenden, des Gewerbestandes, der unter der Last veralteter und unzureichender Schutzbestimmungen zusammenzubrechen droht, von dem drückenden Zinsfuß, der unser ganzes Wirtschaftsleben belastet, und den Gefahren, welche sich daraus ergeben, wenn die Organisation unserer wichtigsten Kreditinstitute nicht einer entsprechenden Reform unterzogen wird. (G a ß: „Hört, hört!“) Gerade die Aufrechterhaltung unserer Kreditorganisation ist von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Frage der Geldflüssigkeit, sondern auch für die Frage des Zinsfußes, der ja heute unsere ganze Wirtschaft lähmt. Ich brauche nur auf den Kurs hinzuweisen, den unsere Pfandbriefe und Kommunalobligationen genommen haben, unter dem nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch unsere Gemeinden so schwer leiden. (Bravorufe bei den Christlichsozialen.) Leider hat das Parlament diesen Fragen eine viel zu geringe Bedeutung beigemessen, und der ungeheuer schleppende Verlauf, den die viermonatigen Beratungen des Budgets genommen haben, beweist, daß hier eine dringende Initiative der Regierung notwendig wurde, wenn die Maßnahmen nicht zu spät kommen sollten. (P e i n t n e r: „Sehr richtig!“) So hat die Regierung auch erkannt, daß die unvermeidlich notwendigen Reformen unseres Parlamentarismus, besonders in seiner Geschäftsordnung, nicht mehr abgewartet werden dürfen, sondern daß es notwendig ist, unter Handhabung jener gesetzlichen Normen, welche gerade für diesen Fall des Notstandes erlassen worden sind, selbst einzugreifen.

In einer der dringlichen Anfragen wird von den Beeinträchtigungen des Versammlungsgesetzes und vom Aufmarschverbot gesprochen, und es wird hier die Frage gestellt, ob das dauernd gedacht ist und gar, ob es speziell gegen die Entwicklung der nationalen Bewegung gerichtet ist. Ich kann das auf das entschiedenste verneinen, weil die Regierung in allen diesen Fragen ganz objektiv vorzugehen gewillt ist. Das beweist auch der Umstand, daß, abgesehen von den Regierungsparteien, alle Parteien dieses Hauses einen Sturm gegen die Regierung arrangiert haben. (Beifall bei den Christlichsozialen. — R e g n e r: „Glänzend!“) Selbstverständlich mußte die Regierung aber die Initiative zur Lösung dieser Probleme ergreifen und dafür sorgen, daß, ungestört von äußeren Beunruhigungen, von Agitationen, die in die Bevölkerung getragen werden, diese Maßnahme auch die entsprechende Durchführung finden konnte, und das war der Grund, warum vorübergehend eine Beschränkung

des Versammlungsrechtes und der Bestimmungen hinsichtlich des Aufmarschverbotes und der Presse getroffen werden mußten.

Zu der Anfrage, ob ich gesinnt bin, diesen ungesetzlichen Zustand zu beseitigen, muß ich sagen, daß der Zustand kein ungesetzlicher ist, weil er sich auf das Gesetz stützt. (Rufe: „Sehr richtig!“) Infolgedessen habe ich lediglich darauf zu antworten, ob diese Verfügungen auf die Dauer berechnet sind. Nein, die Regierung will nur haben, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf die Dauer gesichert sind durch Verordnungen, von denen Sie selbst zum großen Teil Nutznießer sein werden, soweit Sie sich auf die Wirtschaft stützen. Wenn das dann alles erreicht ist, und wenn der wirtschaftliche Notstand, soweit er überhaupt durch die Gesetzgebung paralytisiert werden kann, beseitigt ist und wenn, und das würde ich am meisten wünschen, die Parteien selbst die Kraft finden, die notwendige Reform des Parlamentes im Interesse des Parlamentarismus durchzuführen, dann wird die Regierung selbst erfreut sein, den Boden des Parlamentes wieder beschreiten zu können. Denn glauben Sie, daß es leicht ist für die Regierung, ohne Parlament zu arbeiten, wenn alle Maßnahmen lediglich auf den Schultern der Regierungsmitglieder lasten? Für die Regierung wäre es sicher angenehmer, wenn das ganze Parlament für alle diese Maßnahmen die Verantwortung übernehmen würde. Wenn aber die Regierung zuwarten wollte, dann käme sie mit dem größten Teil ihrer Maßnahmen zu spät. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen und welche Verfügungen sind in der Zwischenzeit erlassen worden? Sie hat die Gewerbenovelle erlassen. Ich finde es ganz begreiflich, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sich über diese Gewerbenovelle aufregen, handelt es sich da doch um eine der wichtigsten Forderungen des Gewerbestandes, daß die bevorzugte Stellung der Konsumvereine aufgehoben werden soll, die die Existenz der Gewerbetreibenden geradezu vernichtet. (A u ß: „Siehe Handelskammer Graz!“) Ich glaube, indem sie die Bestimmung getroffen hat, daß der kleine Handwerker geschützt wird, daß man ihm nicht seine Arbeiten, seine Reparaturen wegnimmt, und indem die Sperre vor neuen Gewerbetreibenden verfügt worden ist, um eine zu große Konkurrenz auf diesem Gebiete zu verhindern, hat sie nur die Steuerträger dem Staate erhalten. Wenn die Sozialdemokraten sich über diese Bestimmung aufregen, so finde ich es ganz begreiflich. Aber ich bezweifle, ob die anderen Parteien dieses Hauses, die hier in dieser Frage den Sozialdemokraten Assistentz leisten ... (Rufe: „Pfu!“ — Lärm.) Meine Damen und Herren, das Volk wird vielleicht selbst bei einer Neuwahl entscheiden, ob die Gewerbetreibenden das haben wollen, und ob alle diese Bestimmungen, die wir auf unsere Verantwortung getroffen haben, wieder beseitigt werden sollen (G a ß: „Da werden sie den Herrn M e y s z n e r fragen!“), wenn Neuwahlen kommen, vor denen wir uns nicht fürchten. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Die Gewerbetreibenden werden sagen, diese Wahl wird die Entscheidung sein, ob der frühere Zustand wieder her-

gestellt werden soll oder ob es bei dem jetzigen Zustand bleiben soll.

Ein wichtiges wirtschaftliches Problem ist das des Zinsfußes; auch da werden weitgehende Interessensphären getroffen, und auch die heutigen Oppositionsparteien müssen bei ihrem warmen Interesse, das sie für den Gewerbestand haben, sehen, daß derselbe von dem Zinsfuß fast erdrückt wird. Auch die Beamten leiden unter der Zinsfußfrage, und ich weiß auch nicht, ob hier das Schlagwort des politischen Kampfes dem gesunden Sinn des Volkes noch länger wird entsprechen können.

Sie sprechen von der Frage der Legalität dieser Verfügungen, von deren Gerechtigkeit. Meine Damen und Herren, wenn wir heute von Stimmung im Volke sprechen — ich will nicht von meiner Tätigkeit sprechen —, aber wenn die Bevölkerung sieht, daß die Regierung drei Tage und Nächte beraten hat, um eine so ungeheuer wichtige Frage, wie die Kreditfrage, die für den ganzen Staat von Bedeutung ist, zu lösen, und daß die Regierung objektiv ist und auch, wenn Sie näher informiert sind — darüber kann ich nicht im Detail sprechen —, so werden Sie vielleicht von der Opposition erfahren, wie gerecht die Regierung war, indem sie durch Beratungen, die über die ganze Nacht gepflogen wurden, eines der wertvollsten Kreditinstitute vor Schaden bewahrte. Da sehen Sie, wie objektiv die Regierung vorgeht. Sie opfert auch die Nacht, wenn es sich darum handelt, die Interessen eines politischen Gegners zu vertreten, weil sie sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die ganze Wirtschaft davon getroffen würde, denn die Sache der Kreditinstitute ist nicht so einfach mit Schlagworten abzutun, abgesehen, daß Tausende von Existenzen daran hängen, die mit ängstlichem Blick den heutigen Morgen abgewartet haben. Die Frage des Zinsfußes ist auch in anderer Beziehung von entscheidender Bedeutung. Man weiß, daß bei einer Liquidierung allen Gewerbetreibenden, den Landwirten, der Industrie der Kredit gekündigt werden müßte und ihnen dadurch der Kredit für die Lohnauszahlungen entzogen werden würde, wodurch noch weniger Kapital einfließen würde und in unserm kapitalsarmen Staate noch weniger Kapital zur Verfügung stände. (G a ß : „Wovon sollen denn die Parteisekretäre leben, die müssen doch ihr Einkommen haben!“ — R o s e n w i r t h : „So wie der Herr Abg. G a ß als Tierarzt!“) Sie sehen also, daß die Probleme nicht so einfach sind, wie sie sich geben und wie sie vom Standpunkt des Schlagwortes und vom Standpunkt des unverantwortlichen Beurteilers der Ereignisse sich vollziehen. Wenn Sie eingeweiht sind in das, was in diesen 14 Tagen in wirtschaftlicher Beziehung geleistet worden ist, und Sie sich fragen: Was hat die Regierung D o l l f u ß von diesen Gesetzen, was haben die einzelnen Regierungsmitglieder von diesen Gesetzen, so müssen Sie sich antworten, daß die Regierung davon nur Arbeit und Unannehmlichkeiten und Haß hat, wie schon der Herr Vorredner gesagt hat. Nur diese Nachteile hat die Regierung. Was hat die Regierung von der Gewerbenovelle? Was hat die Regierung von der Frage der Kreditinstitute? Die Regierung D o l l f u ß würde es viel bequemer haben,

wenn sie sagen würde: „Parlament, komm wieder, mach du die Arbeit, dann trifft uns keine Verantwortung!“ Und darin liegt das höchste Maß von Pflichtgefühl, wenn ich das, was 165 verantworten sollen, auf mich selbst nehme. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Sprechen Sie doch nicht von der Bevölkerung, rufen Sie den Namen des schwergeprüften Volkes doch nicht eitel, Sie wissen ja selbst, wie die Bevölkerung von der Parlamentstätigkeit denkt.

Sie sprechen von der Legalität dieser Bestimmungen. Es ist dies nicht, wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter M a c h o l d sagt, eine Verordnung. Es war ursprünglich eine kaiserliche Verordnung, und dann hat im Jahre 1917 das Parlament, in dem schon damals die Sozialdemokraten eine sehr starke Position hatten, dieses Gesetz gemacht. Wenn dieses Gesetz verfassungswidrig ist und wenn es so gefährlich ist, dann durfte im Jahre 1917, wo alle Parteien sich gesunden und gearbeitet haben, Ihre Partei dieses Gesetz nicht durchgehen lassen. Wenn Sie sagen, dieses Gesetz gilt nur für einen vorübergehenden Zustand, für die Wirkungen des Krieges, so frage ich Sie: Sind wird heute diesem Zustand entrückt, sehen nicht wir alle diesen Notstand des Staates? Sie selbst liefern in diesem Moment den Beweis, daß Sie heute selbst der Meinung sind, daß wir noch unter dem Drucke der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse stehen, denn Sie verlangen immer den Fortbestand des Mieter-schutzes. Daß übrigens Sie selbst ja auch nicht auf dem Standpunkt stehen, daß die Verordnungen, die erlassen worden sind, dem Gesetz widersprechend sind, das sagt Ihr eigener Beschluß der Landesregierung, der gefaßt worden ist und der nicht sagt, daß alle Verordnungen aufzuheben sind, sondern nur jene, die nicht wirtschaftsfördernd sind und die der Verfassung widersprechen, ohne zu sagen, welche ihr widersprechen. (M a c h o l d : „Alle!“) Nein, Sie sagen ausdrücklich, welche nicht wirtschaftsfördernd sind und Sie nehmen die wirtschaftsfördernden aus. Darin ersehe ich eine Anerkennung, daß auch die steiermärkische Landesregierung ausdrücklich zugegeben hat, daß zumindestens einzelne dieser Verordnungen wirtschaftsfördernd sind. (R o s e n w i r t h : „Soweit sie nicht verfassungswidrig sind!“) Ich zitiere hier aus dem „Arbeiterwille“. Ich glaube, daß auch die Bevölkerung dieser Auffassung ist.

Ich habe früher einen Vergleich gezogen mit der Arbeit der Regierung in den letzten Tagen. Wir haben heute Nacht Bestimmungen getroffen, die eine wesentliche Besserung der Pfandbrief- und Kommunalobligationen herbeiführen werden. Das ist eine positive Leistung, und ich glaube auch, daß die Bevölkerung nach diesem positiven Schaffen in der Nacharbeit aufatmen und aufjauchzen wird. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Glauben Sie, daß die Bevölkerung von diesem Landtag hier und von dem, was heute hier gesprochen wird, irgend etwas Wirtschaftsförderndes haben wird? Im Gegenteil, Sie wollen die Wirtschaft hindern und das Beseitigen, was Sie selbst als wirtschaftsfördernd bezeichnen.

Was schließlich die Frage der Verfassungsmäßigkeit anbelangt, so kann festgestellt werden, daß das Gesetz und nicht die Verordnung aus dem Jahre 1917 stammt.

Ich habe hier festgestellt, daß die sozialdemokratische Partei jene Partei ist, die auf der Fortdauer des Mieterschutzes, auf die Dauer der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse beziehungsweise deren Nachwirkungen besteht. Ich muß folgendes sagen: Sie kommen jetzt mit der Autorität von Universitätsprofessoren; sonst hört man es von Ihnen nicht, daß die Universitätsprofessoren eine besondere Autorität sind. Dazu muß ich noch bemerken, daß es natürlich auch unter Universitätsprofessoren Meinungsverschiedenheiten gibt, denn sonst würde ja die ganze Wissenschaft zum Stillstand kommen. Aber schließlich kompetent ist in dieser Frage der Verfassungsgerichtshof, und dessen Urteil wird die Regierung abwarten und das ist selbstverständlich auch die kompetente Stelle. Aber es kommt hier nicht in Betracht, von welchen Gesichtspunkten sich der Herr Professor *Hugelman*n bei der Prüfung von Kandidaten leiten lassen würde und von welchen Gesichtspunkten aus er sie durchfallen lassen würde.

Ich muß schließlich aber auch, nachdem ich ausgeführt habe, welche ungeheure Mühe sich die Regierung gegeben hat, die Angriffe gegen den Chef der Regierung, gegen den Bundeskanzler Dr. *Dollfuß*, schärfstens zurückweisen, der in hingebender und weitblickender Weise die Interessen des Staates wahr. (*Pichler*: „Bravo, *Dollfuß*!“)

Ich komme nun auf die verschiedenen Anfragen zu sprechen. Die Anfrage der großdeutschen Partei; die eine habe ich schon beantwortet. Was die Frage bezüglich des Rücktrittes des Polizeipräsidenten anbelangt, so ist das eine Frage, zu deren Beantwortung ich nicht kompetent bin, weil es Sache des Bundeskanzlers ist. Ich stelle nur fest, daß bei dieser Angelegenheit es sich um keine Verletzung der Rechte der Staatsbeamten handelt, und ich beantworte die Anfrage weiter dahin, daß ich bereit bin, für die Rechte der Staatsbeamten einzutreten, sie zu schützen.

Was die Frage des Herrn Landestates *Meyszner* bezüglich der Bundesbahnen anbelangt, so hat der Herr Landestat *Meyszner* ausdrücklich betont, daß auch er auf dem Standpunkt steht, daß der Streik etwas zu Verurteilendes und zu Verhinderndes ist. Nun, bitte, es gibt höhere Zwangslagen, die den Staat verhindern, den Gehalt an soundsovielten pünktlich zu bezahlen. Wie auch der Privatschuldner die Steuern und andere Sachen nicht pünktlich bezahlen kann, so geht es auch dem Staate, weil er einen Teil der Steuern nicht hereinbekommt und Sie auch nicht haben wollen, daß wir die Steuern rücksichtslos eintreiben. Es ist nicht zu vermeiden, daß die Regierung, wenn solche Fälle vorkommen, wie Streiks und Streikdemonstrationen, dagegen einschreitet. Es kann auch nicht von der Regierung verlangt werden, sie muß das, was sie verfügt hat, wieder aufheben. Daß mit Milde und Schonung vorgegangen wird, hat die Regierung schon in der letzten Sitzung betont.

Was nun die Frage der Creditanstalt anbelangt, wünscht der Herr Vorredner Mitteilungen über die Art der Verhandlungen, die gepflogen worden sind. Ich muß, um diese Anfrage zu beantworten, ein bißchen ausholen. Bei der Creditanstalt hat der Bund seinerzeit die Übernahme der Haftung, auf Schilling umge-

rechnet, im Betrage von 420 Millionen übernommen. Es sind dann Verhandlungen wegen der Art der Lösung dieses Haftungsverhältnisses geführt worden. Es sind bezüglich dieser Haftungsverhältnisse juristische Streitfragen entstanden, auch bezüglich ihrer Gültigkeit, daher es wegen jener strittigen Rechtsfrage uns das Richtige erschien, in dieser Angelegenheit eine Art Ausgleich zu treffen und womöglich die Haftung des Staates einzuschränken. Schauen Sie, gerade diese Haftung hat natürlich zur Folge gehabt, daß später die Dimension der Haftung nicht mehr erkennbar war und dadurch hat der Kredit des Staates gelitten. Daher haben sich die Verhandlungen dahin gerichtet, einerseits die Haftung genau zu begrenzen und andererseits tunlichst einzuschränken. Wie war die Beschränkung möglich? Die Creditanstalt war zweifellos mit ihrem Vermögen für 420 Millionen Schilling haftbar. Daran war kein Zweifel, sie war Schuldnerin. Bestreiten und beschränken konnte man selbstverständlich nur die bezügliche Haftung des Bundes. Meine Taktik bei den Verhandlungen war darauf gerichtet, daß ich mir sagte, ich muß trachten, die Schuld möglichst auf das Objekt, auf die Creditanstalt abzugrenzen und abzuwägen, unter gleichzeitiger Befreiung des Staates. Da sind wir zu folgendem Ergebnis gekommen. Einer der Hauptfehler, der bei der seinerzeitigen Leitung der Creditanstalt gemacht wurde, waren die Auslandsbeteiligungen. Wie die Creditanstalt zusammengebrochen ist, ist man hinuntergefahren zu den Staaten, wo diese Auslandsbeteiligungen waren, nach Jugoslawien, Rumänien und Polen, und man hat überall gesehen, daß die Fabriken sehr matt gingen. Wie soll das arme Österreich, dem keine politische Macht zur Seite steht, dort gegen die Behörde auftreten. So haben wir gesehen, daß die Geschichte sehr schwierig ist, daß es zweifelhaft ist, daß wir etwas hereinbekommen; infolgedessen war ich bestrebt, und das Bestreben des Ministerkomitees — der Erfolg ist nicht nur mein Erfolg, das ganze Ministerkomitee hat mitgearbeitet — war darauf gerichtet, daß wir uns gesagt haben, wir müssen trachten, die Gläubiger, diese Engländer und Amerikaner und die übrigen Ausländer, auf dieses Vermögen zu verweisen. Die Engländer und Amerikaner, die viel stärkere Kräfte in ihren Auslandsvertretungen sitzen haben, setzen sich auch in Polen, Rumänien und Jugoslawien leichter durch, und so haben wir auch gesagt, holt euch dort euer Geld, weil es für uns sehr schwer zu bekommen wäre. Die Ausländer sind darauf eingegangen, nachdem sie zweimal weggereift sind, und haben gesagt, aus diesem Auslandsvermögen sind sie bereit, mit 140 Millionen Schilling ihrer Forderung sich abzufinden. Das ist so gemacht worden, daß wenn das Auslandsvermögen bei der Realisierung weniger trägt, die Auslandsgläubiger trotzdem auf die 140 Millionen Schilling verzichten müssen. Sie müssen diese 140 Millionen auf jeden Fall von der Haftung des Bundes abschreiben. Der Bund ist hier definitiv befreit. Wenn aber, was auch möglich wäre, bei der Realisierung des Auslandsvermögens mehr herauskommt, bekommt die österreichische Creditanstalt, in der der Bund die Mehrheit hat, von diesem Mehr zwei Drittel, so daß das Ver-

hältnis das ist, daß es die Gefahr der ungünstigen Realisierung ausschließt und auf die Auslandsgläubiger überwälzt worden ist. Es wurde eine eigene Holding gebildet, in der die österreichische Creditanstalt die Mehrheit hat, wo eine Garantie geschaffen wird, wo definitiv dafür gesorgt wird, daß möglichst viele Erträge hereinkommen. Das Interesse der Ausländer am hohen Ertrag ergibt sich aus den bisherigen Ausführungen. So ist es der Regierung auf diese Art gelungen, von den 420 Millionen Schilling 140 Millionen Haftung definitiv wegzubringen. Von diesen 140 Millionen Schilling ist der Bund, aber sogar die Creditanstalt befreit worden, obwohl sie Hauptschuldnerin ist und ihre Schuld zweifellos besteht. Wenn die Creditanstalt weiter besteht, wünschen wir, daß das gelingt, aber das Risiko, das schließlich mit dieser Frage verbunden ist, hat nicht nur der österreichische Staat und seine Steuerträger zu tragen, sondern an diesem Risiko müssen auch die Ausländer mittragen, damit, wenn sich später Schwierigkeiten ergeben oder eine geringere Geldflüssigkeit sich ergibt, diese Auslandsgläubiger sagen, wir müssen noch einmal helfen, sonst haben wir die Schuld, daß diese 70 Millionen Schilling von uns neuerlich verloren sind. Infolgedessen war die Taktik darauf gerichtet, daß ich den Gläubigern zugeredet habe, sie sollen weiter Aktien nehmen der neuen Creditanstalt um 70 Millionen Schilling, aber auch hier nicht etwa vereinbart, denn nur wenn die Creditanstalt gut geht, Zinsen trägt, daß nur in diesem Falle die Forderung von 70 Millionen abgeschrieben wird, sondern es ist gelungen, durch Übernahme von Prioritätsaktien durchzusetzen, daß unabhängig vom weiteren Schicksal der Creditanstalt diese 70 Millionen Schilling glatt gestrichen worden sind von der Bundeshaftung. Trotzdem ist etwas verhindert worden. Es ist verhindert worden, das ist sehr wichtig, daß die Ausländer die Mehrheit in der Creditanstalt haben. Sie haben uns die Mehrheit gegeben, so daß wir die Mehrheit sowohl im Verwaltungsrat, als auch im Exekutivkomitee der Creditanstalt haben, was aus verschiedenen Gründen wichtig ist. Es sind nun 140 und 70, das sind 210 Millionen Schilling aus der Staatshaftung ausgeschieden. Der Staat haftet nicht mehr definitiv, gleichgültig, ob die Holding oder die Abwicklung des Auslandsvermögens zu einem Erfolg führt, gleichgültig, wie das Schicksal der Creditanstalt sich verhalten wird. So sind nun 210 Millionen Schilling Haftung übrig geblieben. Das war eines der Streitpunkte, die Zahlung dieser 210 Millionen Schilling. Ich habe mich auf folgendem Standpunkt bei den Verhandlungen in London gestellt: 210 Millionen Schilling bleiben noch Staatshaftung. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß hier ein Nachlaß gewährt werden muß, und zwar haben wir verlangt einen Nachlaß von 40 Prozent. Das österreichische Ministerkomitee hat außerdem Ratenzahlungen mehrjährig, und zwar siebenjährige Ratenzahlungen, verlangt. Die Ausländer haben das abgelehnt, aber am Schlusse sich bereit erklärt, 25 Prozent Nachlaß zu gewähren. Auch das haben wir abgelehnt. Am Schlusse haben wir erklärt, daß wir mit 35 Prozent zufrieden sind. Die Ausländer sagten 25 Prozent. Das Ergebnis war, daß wir uns geeinigt haben auf einen 33¹/₃pro-

zentigen Nachlaß. Doch ist es mir gelungen, die Beschränkung auf 33¹/₃ Prozent Nachlaß davon abhängig zu machen, daß der Zinsfuß für das noch bleibende Kapital von 5 auf 4¹/₂ Prozent herabgesetzt wurde. Das ist nicht nur von Bedeutung für unser Zinsfußverhältnis, sondern auch für unsere Wertpapiere, wenn wir sehen können, daß die Wertpapiere al pari ausgegeben werden könnten mit 4¹/₂ Prozent. Was bedeutet dieses ¹/₂ Prozent, womit wir die ganze Laufzeit hindurch und für die ganze Summe rechnen können? Es bedeutet soviel, als ob uns das Ausland in Wirklichkeit 36 Prozent Nachlaß gewährt hätte. Sie sehen also, daß von den 210 Millionen Schilling, die uns noch geblieben sind, schließlich nur mehr 140 Millionen bleiben, so daß von der Haftungssumme von 420 Millionen Schilling zum Schlusse nur mehr 140 Millionen Schilling, verzinst mit 4¹/₂ Prozent, zahlbar in mehrjährigen Raten, vorausgesetzt die Einhaltung der Ratenzahlungen, übrig bleiben. (G a h : „Was wird jetzt M e n s z n e r für ein Agitationsmittel haben? Er lebt ja von der ganzen Geschichte!“) Nun ist die Sache so und man kann sich natürlich auch auf den Standpunkt stellen und würde dabei noch einen großen Erfolg haben, der nicht zu unterschätzen ist: Ich habe gesagt, für diesen Rest gibt die österreichische Regierung Wertpapiere, lautend auf 4¹/₂ Prozent, heraus. Wenn Sie heute österreichische Wertpapiere auf den verschiedenen Börsen nehmen, für die kein ausländischer Staat haftet, finden Sie, daß diese Wertpapiere, wenn sie auf eine 7prozentige Verzinsung lauten, einen Kurs von 60 bis 70 haben, wenn sie auf eine 4¹/₂prozentige Verzinsung lauten, nur einen Kurs von 50 haben. Dadurch, daß die Ausländer diese Wertpapiere, die auf 4¹/₂ Prozent lauten, al pari, ohne Nachlaß, nehmen, ist wieder ein weiterer, großer Vorteil errungen. Man kann ja natürlich sagen, man zahlt überhaupt nichts an das Ausland. Das ist auch ein Standpunkt, und ich habe Achtung vor jedem Standpunkt. Aber demgegenüber muß ich etwas sagen: Diesen Standpunkt kann ein Land einnehmen, das ganz für sich wohnt, das ganz selbständig ist, keine Ausfuhr hat, nichts ins Ausland verkauft und soviel Geld hat, daß es nicht darauf angewiesen ist, einen Kredit zu bekommen. Wenn wir uns aber auf den Standpunkt stellen, daß wir grundsätzlich die Bezahlung der ganzen Schuld ablehnen, daß sie bestritten ist, ist schon im Nachlaß zum Ausdruck gekommen, wenn wir sagen, wir zahlen prinzipiell unseren Auslandsgläubigern nichts, dann können wir auch nichts mehr ausführen. Glauben Sie, wenn wir Holz ausführen wollen und Forderungen dort haben und zahlen unsere Schuld nicht, daß das Ausland nicht diese Forderungen beschlagnahmen wird? Man wird dann einfach den Holzlieferanten sagen, holt euer Geld beim österreichischen Staat. Das lassen sich die auswärtigen Staaten nicht gefallen, daß man sich auf den Standpunkt stellt, wir befolgen unsere Verbindlichkeiten überhaupt nicht, und das wäre ein großer volkswirtschaftlicher Schaden. Es kursieren manchmal von verschiedenen Kreisen Gutachten über diese Creditanstalt. Ich muß ein paar Kostproben über diese Gutachten geben: Der Verfasser hat sich selbst gemeldet, und wie

das mir zugeflogen ist, habe ich verlangt, daß er gegenübergestellt wird dem Referenten im Ministerium, dem Ministerialrat R i z z i, der ihn aufgeklärt hat. Er hat alles eingesehen, und man hat ihm erklärt, er müsse das alles zurücknehmen. Ich will ein paar Kostproben geben: Er hat erklärt, daß der Hauptbestandteil der Verhandlungen der ist, daß sowohl bei der Creditanstalt wie bei der Holding die Österreicher die Mehrheit der Aktien haben. Nun ist es ein fundamentaler Grundsatz des österreichischen Aktienrechtes, daß, wer die Mehrheit der Aktien hat, die volle Herrschaft hat. Es ist das zwar ein Nachteil, aber dieses Recht ist da, und es ist daher selbstverständlich, daß der, der die Mehrheit hat, sich kein Recht besonders auszubedingen braucht, weil er ohnehin alle Rechte gesetzlich hat, weil er voller Herrscher ist. Und ein jeder, der im wirtschaftlichen Leben herumkommt und sich auskennt, weiß, daß immer sogenannte Syndikatsverträge errichtet, festgesetzt werden, wo die Rechte der Minderheit vertragsmäßig festgelegt werden, die Rechte der Mehrheit nicht, weil man sie schon im Gesetze selbst hat. Im Gutachten heißt es da: „Es ist ein großer Fehler des Vertrages, daß er bei den Vereinbarungen nur von den Rechten der Minderheit spricht.“ Ich habe später erfahren, daß dieses Gutachten ein Ausländer gemacht hat, der unsere Gesetze nicht kennt. Dann spricht derselbe von den Leistungen des österreichischen Staates: „Der österreichische Staat leistet 140 Millionen und dann leistet er noch 100 Millionen für diese Aktien, die verloren gegangen sind, weil es zum Zusammenbruch gekommen ist und die Sache auch mit der Aktienzeichnung nicht genügt hat.“ Das ist eine Naivität, wenn jemand diese Millionen, diesen Aktienverlust, der nicht ein Fehler des Vertrages ist, sondern der schon vor dem Vertrage da war, als eine Leistung des österreichischen Staates an die Auslandsgläubiger bezeichnet.

Ich habe mich heute so eingehend mit dieser Sache beschäftigen müssen, weil so viele wirre Gerüchte da sind, teilweise böswillige und zum Teile auch aus einer gewissen naiven wirtschaftlichen Betrachtungsweise heraus, weil man nicht informiert ist über den Vertrag. Und deshalb war ich genötigt, habe ich mich veranlaßt gefühlt, darauf einzugehen, weil die Herren Anfragesteller hier eine Beantwortung haben wollen, obwohl diese Sache in den Nationalrat gehört. Daher habe ich gerne die Gelegenheit benützt, auch diese Frage aufzuklären. Und wenn nun ein Herr Redner fragt, ob dieses Abereinkommen auch durchgeführt wird, so muß ich sagen, daß es selbstverständlich durchgeführt werden muß, weil es schwere Mühe gekostet hat, aber einen großen Erfolg dieses Ministerkomitees darstellt, und weil es nach meiner Überzeugung notwendig ist, im Interesse des österreichischen Staates und auch des wirtschaftlichen Lebens. Ob dabei Notverordnungen sind oder nicht, das spielt gar keine Rolle. Es ist zweifellos, das Creditanstaltsgesetz hat ja der Regierung die gesetzliche Ermächtigung gegeben, das ist selbstverständlich, und da muß ich die Anfrage dahingehend beantworten. Ich bitte, es steht ja jedermann frei, wenn jemand diesen Vertrag, dieses Abereinkommen für bedenklich hält und glaubt, es selbst besser zu treffen, sich

bei der Regierung zu melden. Und ich garantiere ihm, daß er eine Vollmacht für neue Verhandlungen in London bekommt. (Beifall und Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Ich bin außerordentlich glücklich, wenn eine solche Probe aufs Exempel gemacht wird, ich bin ja auch nicht unfehlbar. Aber die Verantwortung haben die Kritiker, wenn der Vertrag dann nicht angenommen wird und wenn die Auslandsgläubiger sagen: Den Nachlaß haben wir gewährt für den Fall, daß der Vertrag zustandekommt; aber wenn er nicht angenommen wird, dann verhandeln wir von neuem. Und die Gefahr dieser Verantwortung müßte von dem, der das zerstören will, was wir in dieser Richtung bis jetzt erreicht haben, übernommen werden.

Sehen Sie, meine Verehrten, ich habe nun den größten Teil der Anfragen beantwortet und möchte noch einmal sagen: Es ist selbstverständlich, daß die Regierung trachten muß, dieses Programm, das wir jetzt haben und soweit es dringende wirtschaftliche Maßnahmen und dringende wirtschaftliche Notwendigkeiten sind, möglichst schnell durchzuführen. Da die Regierung es dringend wünscht, daß der Parlamentarismus so reformiert wird, wie es nötig ist — und daran haben alle, die es ernstlich meinen mit dem Parlamentarismus, ein Interesse, daß wieder ein parlamentarischer Boden da ist —, kann dann die Regierung diese ungeheure Verantwortung, die sie im Interesse des Volkes auf ihre Schultern genommen hat, wieder auf 165 Abgeordnete, oder wie viele davon da sind, übertragen und überwälzen.

Ich kann nur nicht zugeben, daß es sich um gesetzwidrige Akte in dieser Angelegenheit gehandelt hat. Die Regierung hat sich genau an das Gesetz gehalten, alle diese Aktionen sind gesetzlich fundiert, und ich betone noch einmal, daß die Regierung sich gewiß bewußt ist, der hohen Verantwortung gegenüber Ihnen und der ganzen Bevölkerung, und daß sie glücklich sein wird, wenn das Parlament wieder arbeitet, wenn es in die Lage kommt, sich wieder herauszuarbeiten aus den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen, in die dieser Staat und unser armes Volk gekommen ist.

Was schließlich die Anfrage anbelangt wegen meiner Vertretung, wenn ich nicht hier bin, so bemerke ich, daß ich heute interpelliert worden bin, ich solle die Verfassung einhalten. Ich muß aber, wenn ich die Verfassung einhalte, auch die Gesetze hinsichtlich meiner persönlichen Vertretung, die durch die Verfassung gegeben sind, wahren. Und die Vertretung durch den ersten Landeshauptmann-Stellvertreter ist in der Verfassung begründet — und darin ergibt sich auch die Beantwortung dieser Anfrage. (Lebhafte Beifall und Hochrufe bei den Christlichsozialen.)

Nachold: Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede.

Präsident: Ich muß die Unterstützungsfrage stellen. (Nach einer Pause.) Die Unterstützung ist gegeben.

Zum Worte gelangt Herr **L. R. M e y s z n e r**. Redezeit 60 Minuten.

Meyzner: Ich hatte in meinen früheren Ausführungen mit Rücksicht auf die beschränkte Redezeit

sicherlich nicht die Möglichkeit, auf alle diese Dinge einzugehen, die uns bewegen haben, Anträge zu stellen und den Landtag einzuberufen oder zu veranlassen, daß der Landtag einberufen wird. Ich habe zum Gegenstand der Anfrage vor allem die Verhältnisse bei den Bundesbahnen gemacht, weil diese Verhältnisse ein ganz besonders krasses Bild darstellen, wie man hier in unserem Staate die Wirtschaft führt, beziehungsweise Staatsorganisationen durchzuführen gedenkt. Ich habe schon in meiner ersten Rede betont, daß man bei der Creditanstalt zu einer Zeit, wo man noch nichts gewußt hat, sofort mit einer Menge Geld zur Verfügung war, während man bei den Eisenbahnen nicht dieses Entgegenkommen gezeigt hat. Wir sind selbstverständlich vollständig der Ansicht, daß bei den Bundesbahnen so manches nicht in Ordnung ist, daß man so manches wird reorganisieren müssen, wir sind aber vor allem der Ansicht, daß der Fiskus dort am Kopfe stinkt und daß man, bevor man weitere Schritte unternimmt, vor allem gegen oben Ordnung machen muß. Wir wissen, daß unser Staat sich in einer schweren Notzeit befindet, wir wissen, daß wir in diesem Staate gewiß noch Zeiten werden mitmachen müssen, wo es uns noch schlechter gehen wird als heute, aber wir können heute das eine verlangen, daß, wenn schon der Gurt zugezogen werden soll, daß der Gurt dann von allen zugezogen wird, aber daß nicht mit allem möglichen Geld Generaldirektoren mit Tausenden und aber Tausenden von Schillingen entlohnt werden und man auf der anderen Seite nichts übrig hat. Diese Ordnung wollen wir haben, und wenn wir zu dieser Ordnung, die jetzt aufziehen soll, kein Vertrauen haben, so ist die Bundesbahn ein Beispiel dafür, denn dort hat sich in letzter Zeit wieder etwas ereignet, was sich an die einstige Tradition: Foest, Seidenwäsche, Schlafwagengarnitur, schwarzer Fonds usw., anschließt. Es hat sich auch die Sache mit dem Herrn Seefehlner ergeben, die wir jedenfalls nicht als ein Privatgeschäft des Herrn Seefehlner ansehen, sondern wir können uns des Glaubens nicht berauben lassen, daß davon auch die Regierung etwas gewußt hat, denn Beamte machen ja gewöhnlich solche Dinge nicht allein, die holen sich dazu schon die nötigen Aufträge. Das ist ein Beweis der Mentalität, die in dieser Regierung vorhanden ist, und insolgedessen haben wir nicht das Vertrauen, wenn jetzt die Regierung sich diktatorisch gestaltet, sich zu einer Brüningerei aufschwingt, daß die Regierung für das Volk das bringt, was wir uns wünschen. Wir sehen ja in dieser Sache, daß man bei den Bundesbahnen, wenn man sich das Verhalten der Regierung bei der Creditanstalt gegenüber dem bei den Bundesbahnen vor Augen hält, daß man hier nicht mit gleichem Maß gemessen hat, daß auch diese Maßnahmen von einer Stelle aus erfolgt sind, die nicht so recht mehr unser Vertrauen genießen kann.

Nun hat sich so aus diesem Mißtrauen gegen die Regierung eine Minderheit auf parlamentarischen Boden ergeben, und ausgerechnet in diesem Augenblick schreitet man zur Diktatur. Und dieser Augenblick fällt zusammen mit einem anderen Ereignisse, dem Aufstehen der nationalen Welle im Deutschen Reich, weshalb wir die Meinung, die Vermutung haben, daß die

Auslöschung der Mainlinie den Verdacht mit sich bringt, daß man unter Umständen auch die Donaugrenze auslöschen könnte. Daß daher Tod und Teufel, daß alles in Bewegung gesetzt werden müsse, einerseits so frei nach Dr. Bauer die Insel der Seligen in Osterreich zu erhalten, um ein marxistisches Sprungbrett für eine bessere Korrektur des Marxismus zu haben, und schließlich andererseits, um den Menschen Recht zu geben, die als Vertreter der Mainlinie wirkten, die ein zerrissenes Deutschland vorgezogen haben und die heute noch rasch Schützengräben aufgeworfen haben, die falsche Berichte hinausgeben: Die Donau noch in unserem Besitze.

Das sind die Dinge, die uns bewegen und uns zeigen, wohin diese Diktatur führt. Wir sind sicherlich nicht diejenigen, die sich vor einer Diktatur fürchten; wir sind nicht gegen eine Diktatur, aber eine Diktatur muß sich vor allem auf eine Mehrheit im Volke stützen. Auch dieses ganze parlamentarisch-demokratische System stützte sich ja immer auf eine gewisse Mehrheit, und heute, wo Sie diese Mehrheit nicht mehr haben... (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Zwischenruf: „13. September!“) Gewiß, wir haben geglaubt, wir haben die Mehrheit hinter uns, und wir haben uns zweimal der Regierung vollständig zur Verfügung gestellt, zu einer Zeit, wo man wirklich zu solchen Maßnahmen die Mehrheit haben konnte. Und wenn wir es diesmal nicht getan haben, so deshalb, weil uns das vor Augen geschwebt hat, daß die armen Teufel, die Starhemberg dorthin geführt hat, man nun mit der Polizei nach Hause geführt hat. Das kann einem passieren, wenn man sich mit einer solchen Regierung einläßt. Dazu haben wir keine Ursache, umsomehr, weil wir sehen, daß es keine homogene Regierung ist. Aus dieser Sache hat sich ein Streit ergeben, wo der eine hüt und der andere hot zieht. Wir sehen, daß Demokraten, Legitimisten darin sitzen und daß sie da streifen in der ganzen Sache, und sie dann eigentlich nur wieder das Geschäft zusammenhält. (Gafz: „Aber ein Ausreisewisum haben sie nicht nach Jugoslawien!“ — Zwischenruf: „Weil Sie nicht drinnen sitzen!“) Wir sind leider nicht dazugekommen, wir hätten es gerne mit Ihnen gemacht zu einer Zeit, wo wir noch mehr Glauben an Sie gehabt haben. (Zwischenrufe.) Nun hat sich aus dem ganzen aber ergeben, daß wir kein Vertrauen haben zu einer solchen Diktatur und daß wir eine solche Diktatur nur als eine Brüning-Diktatur ansehen, mit einer gewissen Tolerierung der Sozialdemokraten, um über diese unangenehme Erhebung der nationalen Wähler hinwegzukommen, um über diese Ecke hinwegzukommen, die Ihnen jetzt so gefährlich erscheint. Daß der Kampf dieser sogenannten Rechtsregierung gegen die Marxisten kein allzu großer, kein allzu scharfer ist, sehen wir in der Tatsache, daß sich die Herren sagen, um sich die Insel der Seligen zu erhalten, steht es dafür, wenn ein paar Arbeiterzeitungen beschlagnahmt, ein paar Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, oder, wie in Tirol, wo sogar der republikanische Schutzbund, weil dort fast keiner ist, aufgelöst wird. Das werden die Herrschaften vertragen, wenn man ihnen das Sprungbrett zur parlamentarischen Demo-

kratie mit einer solchen Scheindiktatur noch weiter sicher, daß sie ihnen nur ja nicht verloren geht. Wir hören, daß dann das Spiel von neuem wieder beginnen soll, wir hören, daß alles wieder in besser Ordnung ist, daß man nur ein paar Notverordnungen gemacht hat. (Prahl: „Es werden schon noch mehr kommen!“) Wir sind nicht gegen Wirtschaftsmaßnahmen im Staate, und wenn in der Landesregierung die wirtschaftlichen Notverordnungen ausgenommen wurden, so war ich es, der das hineingenommen hat, und ich würde nur wünschen, daß sich unsere parlamentarischen Körperschaften zu einer früheren Zeit, bevor unsere Wirtschaft so am Hund war, mit diesen Dingen befaßt hätte. In der Zeit hat man aber nur Zeit gehabt für die Creditanstalt, für die Juden, die hier im Staate geraubt haben. Man hat Ausnahmsgesetze gemacht, so daß sie sich hier haben betätigen können. Heute, wo endlich diese Versammlungen, diese Heßversammlungen, zu wirken beginnen, heute, wo sich Ihre Reihen lichten auf allen Seiten, wo man nicht mehr die Mehrheit hat, heute erinnert man sich daran, daß man in Osterreich eine notleidende Wirtschaft hat, daß man nicht nur für die Auslandsgläubiger zu sorgen hat, heute erinnert man sich daran, um im Wege der Notverordnungen etwas zu machen. Was ist auch schon geschehen bis jetzt im Wege der Notverordnungen? Wenn man sie so durchschaut, sind hauptsächlich die heute bestehenden Gesetze verlängert worden. Man ist mit der Gewerbenovelle herausgekommen. Die ist aber nicht im Wege des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zustande gekommen. Wir begrüßen es, wenn man heute in dieser schweren Zeit einen Gewerbeschutz durchführt, diese Einheitsgeschäfte zusperrt, sie nicht duldet, es sind so nur jüdische Geschäftspraktiken, und Sie werden von uns nicht annehmen können, daß wir solchen Praktiken das Wort reden. Wenn man heute hergeht und demjenigen, der einen Kredit leiht, nur mehr 2 Prozent bewilligen will, so ist das in Ordnung. Wir hätten nur gewünscht, daß man den Zinsfuß, von dem nicht nur wir reden, sondern die ganze Wirtschaft redet schon lange davon, auf einen Tiefstand gebracht hätte, weil die Höhe des Zinsfußes es ist, die unsere Wirtschaft umbringt. Der Zinsfuß, der ein Raubzinsfuß ist, hat durch die Duldung der Creditanstalt durch lange Zeit unsere Wirtschaft umgebracht und unsere ganze Industrie aufgefressen. Das sind Dinge, die sehr schwer ins Gewicht fallen, und wir möchten nur betonen, wenn wirtschaftliche Notverordnungen gegeben werden, daß sie in uns keinen Feind finden.

Was anderes ist es natürlich, wenn man heute Versammlungsverbote erläßt, wenn man heute die Presse knebelt und sogar in die Vereinsgesetze eingreift. Wir können diese Diktatur nur als eine Scheindiktatur ansehen. Diese Maßnahmen wenden sich nur gegen diejenigen, die Kritik geübt haben, die heute es wenigstens so weit gebracht haben, daß man aus der Kritik hier und da etwas herauschöpft, um es dann in Form von Notverordnungen Wirklichkeit werden zu lassen. Aus allen diesen Versammlungen ist das herausgekommen, zu dem man heute schreitet, in sicherer Art und Weise schreiben soll, und ich will

hoffen, daß diese wirtschaftlichen Notverordnungen nicht so verbogen werden, nicht so verbogen das Licht der Welt erblicken, als der freiwillige Arbeitsdienst es in diesem Staate erlebt hat. Diese Verordnungen gegen Versammlungen, gegen die Vereine, das sind Dinge, die viel mehr Unordnung in unseren Staat gebracht haben. Man braucht nur in die Obersteiermark zu schauen, so sehen wir, daß Leute, die sich in Versammlungen zusammengesunden hatten, heute auf der Straße Krawalle machen, und diese Krawalle richten sich gegen diejenigen, die die Diktatur treffen wollen. Was schreien diese Leute? Richten sie sich gegen die Diktatur der Regierung? Keine Spur. Schlägt die Heimatschützer nieder, schlägt die Nazi nieder, das ist der Ruf, der einem da entgegenschallt. Was wird in der Presse verboten? Ein Angriff gegen die Regierung. Wenn man sich diese Kloaken- und Asphaltblätter anschaut und sieht, was für ein Kampf gegen das Deutschtum geführt wird, wie man gegen die Maßnahmen im Deutschen Reiche ein Wutgeschrei ausstößt und hier alle möglichen Dinge bringt, die sicher nicht zur Hebung der Sittlichkeit dienen, da sehen wir, gegen wen sich diese Maßnahmen richten, sehen wir klipp und klar, daß diese Scheindiktatur sich nur gegen die nationale Bewegung richtet. Darum möchten wir sagen, wir haben gegen gewisse Pressebeschränkungen, Beschränkungen von Presseauswüchsen nichts einzuwenden, wenn wirklich hier die Sittlichkeit als solche und nicht gerechte Kritik als Grundlage genommen wird, wenn man wirklich ein Kloakentum unterbindet, was heute sicherlich noch nicht der Fall ist und aus den Auswirkungen dieser Maßnahmen auch gar nicht zu erkennen ist. Wir haben aber auch in der letzten Zeit etwas erlebt, was uns zeigt, daß der Kampf nicht echt ist. Ein Sicherheitskommissär, der Staatskommissär Fey, ordnet eine Suche nach Waffen an, und diese Anordnung der Suche nach Waffen geht über den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold. Ich billige dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold sicher eine gewisse Quantität von Objektivität zu (Heiterkeit), aber alles was recht ist, die Geschichte hat auch einmal ein Ende. Wenn Staatskommissär Fey ausgerechnet ... (Dr. Rintelen: „Das ist nicht richtig, Herr Kollege. Das ist Sache der unmittelbaren Bundesverwaltung. Fey hat das Recht, der Polizei direkte Aufträge zu geben. Es wäre besser, wenn Sie sich genauer informieren würden. Das müssen Sie doch als Gendarmerieoffizier wissen!“) Wenn ich auch das gelten lasse, so war Landeshauptmann-Stellvertreter Machold im Augenblick der Ausführung bereits unterrichtet. Jedenfalls muß ich annehmen, daß es durch den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold geht, der hier auf dem Sessel des Herrn Landeshauptmannes gesessen ist, und ich konnte feststellen, daß Landeshauptmann Machold davon unterrichtet war. Sie sehen, daß der Kampf sicherlich kein echter ist, und der Erfolg hat sich auch schon eingestellt. Wir sind solche Dinge ja gewöhnt. Wenn Sie uns vorwerfen wollen, daß wir eine Koalition eingegangen sind, so erinnern Sie sich an den letzten Landtag. Dort nennt man es Linsengericht, im Wolke und

bei Ihnen heißt es Dreiviertelmehrheit. Ich habe hier aufgezeigt, daß es den Herren nicht ernst ist (Widerspruch bei den Christlichsozialen), der Erfolg als solcher zeigt es auch. Was haben Sie gefunden? Glauben Sie, daß man nach ein paar Stunden, nach einem halben Tag, da es den Leuten bekannt ist, wenn man zu den Leuten hinkommt, noch etwas findet? Das ist ja direkt eine Frozzelei der Exekutive, der Gendarmerie als solche, die hinkommt und dort schon empfangen wird. (Zwischenruf Mikola.) Setzen Sie sich nieder, gnädige Frau, wir führen hier keinen Amazonenkampf auf. Das hat uns aufgezeigt, daß hier kein ernstlicher Wille vorhanden ist, wirklich gegen Rot vorzugehen. (Zwischenrufe.) Hätten Sie den Seiß herausgefangen, hätten Sie einen Regierungskommissär hinaufgeschickt, hätte man zu einem anderen Glauben kommen können. Solange Sie Heimatschützer von der Polizei abführen lassen, solange glauben wir nicht recht an einen ehrlichen Willen, gegen die Margisten zu kämpfen (Peintinger: „Wir glauben Euch auch nicht!“ — Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. — Allgemeine Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen), solange stellen wir uns nicht in diese Front. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wir sehen aus diesem Grunde, daß es doch notwendig wäre, daß in einer Zeit so großer politischer Spannung der Herr Landeshauptmann sich im Lande befindet und alle Maßnahmen von einem bürgerlichen Landeshauptmann geführt werden, weshalb wir unser Verlangen darnach gestellt haben. (Wolff: „Glauben Sie, Sie wären beim Klosett vorbeigekommen, wo sie eingebrochen haben?“) Ich breche bei keinem Klosett ein, das überlasse ich Ihnen.

Nun hat es geheißten, daß die Creditanstalt in bester Ordnung ist und dies einen großen Erfolg darstellt. Ich bin schon der Meinung, daß man vielleicht etwas abgemildert hat, was man verbrochen hat. Das ändert jedoch an der Sache nichts. Wir waren diejenigen, die von vornherein eine Endlösung wünschten und uns daher auch heute eine Kritik erlauben können. Es hat geheißten, 420 Millionen Schilling mußte der Bund übernehmen. Der Bund muß noch weit andere Haftungen bezahlen, die 571 Millionen, die 100 Millionen aus der B. J. Z. und der Bank von England. Der Betrag ist also gewaltig höher, der da angelastet wurde. Jedenfalls hätte es sich gehört, daß man mit der ganzen Sache zuerst einmal im Hauptauschuß verhandelt hätte. Man will das heute mit Notverordnung nach dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz wegbringen. Das erregt Verdacht, wenn man sich an die Zeit erinnert, was für Überraschungen dieses Creditanstaltsgesetz gebracht hat. 420 Millionen Schilling sollen dem Ausland bezahlt werden. Man bezeichnet das als einen Ausgleich, als einen billigen Ausgleich, wenn man hört, daß mit 140 Millionen Schilling die Auslandsfabriken und das Auslandsguthaben bewertet sind. Wenn wir zurückdenken, so war auch eine Zeit, wo man diese ausländischen Guthaben mit 500 Millionen Schilling bewertet hat. Wenn man sich getummelt hätte, das Parlament damit nur etwas zu tun gehabt hätte — dann hat man diese Creditanstaltsache weggezogen, man hat dort nur Geseze

gemacht zum Schutze der Raubritter —, hätte man vielleicht 500.000 S herausgebracht. (Gaf: „Wenn Sie Schober nicht an die Spitze gestellt hätten, so wäre der ganze Dreck nicht gekommen! — Heiterkeit. — So sind wir eingegangen mit der ganzen Bank!“) Schauen Sie, daß Sie nicht explodieren. Tatsache ist, daß man unsere ganze Nationalbank ausgeplündert hat, daß man die Devisenordnung machen mußte, daß man das Transfermoratorium machen mußte. (Gaf: „Bedanken Sie sich beim Schober, der war Ihr Mann, den haben Sie gebracht!“) Lassen Sie die Toten in Ruhe, lassen Sie den Schober ruhen, den haben nicht wir gebracht. (Gaf: „Sie haben ihn erzwungen!“) Wir haben auch gar nichts erzwungen, im Gegenteil. Dazu 70 Millionen Schilling Creditanstalts-Prioritätsaktien, das sind zusammen 210 Millionen Schilling. Das ist ja richtig, und nun kommt dieser Nachlaß von 35 Prozent, wenn wir diese 210 Millionen Schilling in sieben Jahren bezahlen. Die Aktien haben eine Verzinsung von $4\frac{1}{2}$ Prozent. Wenn wir uns hier einen Nachlaß gewahrt haben — das ganze ist auf Goldschilling abgestimmt —, so wird das durch das Fallen unseres Schillings wieder aufgehoben. (Doktor Enge: „Machen Sie es doch endlich selbst einmal besser!“ — Unruhe. — Resch: „Genieren Sie sich, heute so eine Dummheit vorzubringen!“) Sie werden es schon noch spüren, und Ihre Leute werden es spüren, daß sie 60 Millionen Schilling im Jahr für die Creditanstalt zu zahlen haben, deshalb, weil Dr. Juch allein die Haftung für die Creditanstalt übernommen hat und Sie nicht die Konsequenzen aus dieser Haftung gezogen haben. Wenn Sie heute sagen, daß wir die Mehrheit der Aktien haben, guf, wir haben die Mehrheit, wir haben 70 oder 71 Millionen Schilling ... (Zwischenruf Gaf. — Unruhe.) Schreien Sie doch nicht so, Sie wollen doch nur haben, daß die Leute das nicht hören. Guf, wer sitzt denn da, der van Hengel; wir haben eine kontinentale Schieberbank in Basel in der Schweiz, wer dirigiert denn dort? Glauben Sie, daß wir dirigieren, wenn wir noch 20 Millionen schuldig sind für das Aktienkapital? Glauben Sie, daß wir in der Holding etwas zu reden haben, dort haben wir die Mehrheit, aber dort sitzt der Herr Tschernischtschenko, der hat das vollständige Recht und die Mehrheit kann gar nichts machen, wenn wir auch die Zweidrittelmehrheit haben, wenn nicht der Herr Generaldirektor dort seine Zustimmung gibt. Im übrigen haften wir auch mit 71 Millionen für Aktien, die sind dort festgelegt.

Wenn Sie nun heute sagen, wir sollen es besser machen, so muß ich darauf erwidern, daß wir immer gesagt haben, laßt die ganze Geschichte in Konkurs gehen, dann wird man schon den rechten Ausgleich finden. Ihnen ist es weit lieber, wir zahlen eine Milliarde in diese Raubburg hinein für die ganze Geschichte, in einen Häfen, in dem nichts mehr drinnen ist, weil die Aktien zum großen Teil verschoben sind.

Das ist unsere Ansicht über die Creditanstalt, und man kann uns nicht davon überzeugen, daß sich die Regierung heute auf dem richtigen Weg befindet und daß das eine Diktatur ist, die unter dem Volke zum

Rechte wird. Weil wir diese Überzeugung haben, so stellen wir nachfolgenden Beschlußantrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag legt schärfste Verwahrung gegen die Art der Geschäftsführung durch die Bundesregierung ein und spricht ihr das Mißtrauen aus.“ (Dr. Enge: „Ist das verfassungsmäßig?“) Es ist das der vierte Landtag und vielleicht wird doch die Bundesregierung auch einmal darauf hören. (Liest weiter):

„2. Das Landtagspräsidium wird beauftragt, dem Herrn Bundespräsidenten nahezu legen, die jetzige Bundesregierung Dollfuß ihres Amtes zu entheben.

3. Die Landesregierung wird beauftragt, an den Verfassungsgerichtshof den Antrag zu stellen, die auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von der Bundesregierung erlassene Verordnung vom 13. März 1933, betreffend die Anzeigefrist für Versammlungen und die Untersagung von Vereinsversammlungen und öffentlichen Versammlungen sofort aufzuheben.

4. Das Landtagspräsidium wird beauftragt, dem Herrn Bundespräsidenten nahezu legen, den Nationalrat aufzulösen.

5. Der Landtag legt schärfste Verwahrung dagegen ein, daß auch das Abkommen mit den Auslandsgläubigern der Creditanstalt im Wege einer Notverordnung auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes seine Erledigung finden soll, ohne daß der Inhalt dieses Abkommens der Öffentlichkeit vorher bekannt wird. Der steiermärkische Landtag fordert daher die sofortige Veröffentlichung dieses Abkommens in allen seinen Teilen und aller Grundlagen, die zu diesem Abkommen führten.

6. Der Landtag wolle beschließen, daß es für das Land Steiermark unerträglich ist, wenn in Zeiten politischer Hochspannung ein marxistischer Landeshauptmann-Stellvertreter die Geschäfte des Landeshauptmannes in unserem überwiegend antimarxistischen Bundeslande führt, und daß der Herr Landeshauptmann Vorsorge zu treffen hat, daß dies in Sinkunft unterbleibt.“

(Krenn: „Da muß ein jeder lachen!“) Ja, Sie können lachen. Macht Euse Brünig-Diktatur weiter, wie Ihr es wünscht, wir werden dabei nicht mifftun. (Krenn: „Heil Meyßner!“)

Reichl: Hohes Haus! Wenn man die Bundesregierung und die von ihr in den letzten Wochen getroffenen Maßnahmen immer ganz ernst nehmen würde, so wäre man beinahe genötigt, an den Präsidenten des Landtages die Anfrage zu stellen, ob wir bei der heutigen Abgeordnetenversammlung, da wir sie nicht rechtzeitig bei der Polizei angemeldet haben, nicht der Gefahr laufen, daß wir uns an einer ungesetlichen Versammlung beteiligen. Nachdem aber die hohe Regierung sich mit ebenso kühnem Schwung über die Verfassung hinwegsetzt, so glaube ich, daß es auch der hohe Landtag riskieren kann, über die auf Grund von ungesetlichen Notverordnungen getroffenen Anordnungen über die Anmeldung von Versammlungen bei der Polizei sich gleichfalls hinwegzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben an den Herrn Landeshauptmann eine Anfrage gerichtet, ob er bereit ist, seinen Einfluß dahin bei der Bundesregierung geltend zu machen, daß sich solche Vorfälle, wie die Amovierung des Polizeipräsidenten von Wien, Dr. Brandl, in Sinkunft nicht wiederholen können und daß dienstrechtliche Belange der Beamten in Sinkunft von der Bundesregierung geschützt werden. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Beantwortung eigentlich etwas anderes beantwortet, als die Anfrage haben wollte. Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, daß eine Verletzung von Rechten der Beamenschaft nicht stattgefunden hat. Wir haben in diesem Sinne keine Anfrage gestellt, sondern, wie ich ausgeführt habe, hat die Anfrage auf etwas ganz anderes abgezielt. Es ist den Damen und Herren des hohen Hauses bekannt, daß in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag der vorigen Woche Starhemberg sich mit einer Anzahl von aus Ober- und Niederösterreich usw. zusammengetrommelten Heimatschützern in dem alten Landwirtschaftsministerium eingemietet hat und daß der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Major Fey, an die Gendarmerie das Ansinnen gerichtet hat, diese Formationen mit Waffen zu versehen. Es haben nicht nur weite Kreise der Öffentlichkeit, sondern, wenn man den Zeitungsnachrichten glauben kann, auch der Bundeskanzler Dr. Dollfuß selbst und auch der Vizekanzler Winkler gegen diese Maßnahmen Starhembergs Stellung genommen, und es ist dazu gekommen, daß die Polizei mit überfallsautos ausgerückt ist und diese hier zusammengezogenen Herren gezwungen hat unter Androhung von Bruchialgewalt, das Gebäude zu räumen und nach Hause zu fahren. Nun, meine Damen und Herren, am nächsten Tag hat nun der Polizeipräsident Brandl, weil, wie es in der Zeitung heißt, zwischen ihm und der Regierung einerseits und andererseits zwischen ihm und dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Fey, schon seit längerer Zeit schwerwiegende Differenzen bestehen, seinen Posten zur Verfügung gestellt und die Regierung hat den Rücktritt angenommen. Meine Damen und Herren, was hat der Polizeipräsident Brandl in Wien gemacht? Er hat als Berufsbeamter, getreu dem beschworenen Eide, es für seine Pflicht gehalten und nicht geduldet, daß illegale Formationen sich aufun und die Macht im Staate ergreifen. Dafür ist der Polizeipräsident Brandl mit schlichtem Abschied davongekommen. Dagegen wenden wir uns als Berufsbeamter, daß ein Beamter, der getreu seinem Eide und dem Gesetze gehandelt hat, von der Regierung nicht geschützt wird. (Dr. Enge: „Was ist denn in Deutschland?“) Sie bekämpfen doch immer die Nazi als illegal, warum machen Sie denn das hier? Nun, meine Verehrten, die Sache mit Polizeipräsident Brandl ist gar nicht die erste, die sich dort zugetragen hat. Ich erinnere Sie, Herr Dr. Enge, daran, daß im Herbst des Jahres 1930 vom Starhemberg der damalige Leiter der Wiener Polizei, ich glaube Pammer hat er geheißzen, auch über Nacht amoviert worden ist, weil auch so etwas in die Wege geleitet worden war. Nun, wenn die Re-

gierung einen Anspruch darauf erhebt, in der Beamtenschaft das Vertrauen zu Recht und Gesetz zu erhalten, und wenn die Regierung auf die Mithilfe der Beamten, wie das ja selbstverständlich ist, ansteht, so muß die Regierung wohl in erster Linie die Beamten, die ihre Pflicht tun und sich an die Gesetze halten, schützen und darf es nicht dulden, daß aus irgend welchen politischen Gründen, angeblich deswegen, damit die Regierungsmehrheit nicht auseinanderfällt, weil Fey „Manderln“ gemacht hat, man einen Beamten gehen läßt. Das war der Sinn der Anfrage, und nicht der, ob auf Grund der Vorgänge das Recht eines Beamten verletzt worden ist. Das ist von uns nicht behauptet worden.

Nun muß ich auf einige Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes in seiner Beantwortung zurückkommen, die ich nicht zur Kenntnis nehmen kann. Der Herr Landeshauptmann hat behauptet, daß der Zustand, der jetzt eingetreten ist, deswegen nicht ungesetzlich sei, weil sich diese Notverordnungen nicht auf eine Verordnung, sondern auf ein Gesetz stützen. So wenigstens habe ich diese Ausführungen verstanden, und es wurde auch davon gesprochen, daß auch selbst ein Teil des hohen Landtages diese Notverordnungen nicht bekämpft, weil sie wirtschaftsfördernd sind, aber andererseits doch wieder bekämpft. Nun, die Sache ist nicht so einfach, wie das hier niedergelegt worden ist. Es sind auf Grund der Notverordnungen, die hier erlassen worden sind, staatsgrundgesetzlich gewährleistete Rechte berührt worden, das Versammlungsverbot, das Vereinsrecht, und es sind verschiedene andere Maßnahmen getroffen worden, die weit über den Rahmen von Umständen hinausgehen, die man sonst im Wege von einfachen Gesetzen regeln kann, sondern wozu man sonst Verfassungsgesetze notwendig hätte. Darin erblicken wir die Verfassungswidrigkeit dieser Notverordnung, weil sie eingreift in die Grundrechte der Staatsbürger, weil sie die Staatsgrundgesetze unterwühlt. Es ist sehr einfach, zu behaupten, daß die Regierung genötigt gewesen wäre, diesen Weg, den sie betreten hat, zu gehen, weil sie nicht zuschauen könne, wie ewig dieses Herumleiern im Parlament vor sich geht, daß aber andererseits die Regierung es auch begrüßen würde, daß das Parlament endlich wieder zusammentritt, um die Verantwortung der Regierung auf die schwachen Schultern der Abgeordneten abwälzen zu können, und daß doch endlich einmal die Parteien die Kraft haben sollten, diese notwendigen Reformen zu machen. Die Parteien im Parlament haben naturgemäß nur dann die Kraft, diese Reformen zu machen, wenn das Parlament zusammentreten kann, wenn man aber jede Versammlung der Abgeordneten als eine §-2-Versammlung ansieht, die ungesetzlich ist, sie mit Gewehren auseinanderjagt, dann haben die Abgeordneten, die nicht über Maschinengewehre verfügen, nicht die Macht, diese Verhältnisse zu ändern, dann muß die Regierung darangehen, mit Gewalt diese Verhältnisse zu ändern und in Ordnung zu bringen. (Praxl: „Das Parlament hätte Gelegenheit gehabt!“) Dann hätten Sie es Ihren Abgeordneten gesagt. (Zwischenruf.) Ich habe immer da-

gegen geredet. (Gaugl: „Das wäre sehr vernünftig gewesen!“) So vernünftig wie Sie, sind wir schon lange gewesen.

Nun hat der Herr Landeshauptmann von den Notverordnungen hinsichtlich der Wirtschaft gesprochen und hat erklärt, daß man bei den Wahlen ja sehen wird, wie die Bevölkerung auf diese Notverordnung reagieren wird. (Machold: „Gewerbeordnung!“) Nun, es wird sich darum drehen, wie lange diese Notverordnungen in Kraft sein werden bis zu den Wahlen, ich bin der Meinung, wenn sie ziemlich lange in Kraft sein werden und die einzelnen Stände, zu deren Gunsten sie erlassen worden sind, die Wirkung tatsächlich sehen werden, daß dies alles nur eine Augenaußwecherei ist, dann wird bei den Wahlen nicht der Erfolg eintreten, den man sich von den Notverordnungen erhofft hat, nämlich die Hebung der Wählermassen der christlichsozialen Partei.

Der Herr Landeshauptmann hat darauf hingewiesen, daß den Sozialdemokraten die Gewerbenovelle jedenfalls sehr unangenehm ist, weil sie die Konsumvereine trifft, er scheint aber übersehen zu haben, daß es auch eine große Anzahl bürgerlicher Konsumvereine gibt, Beamten- und anderer bürgerlicher Organisationen, die durch diese Notverordnung schwer getroffen worden sind. Sie werden mir sagen, es sind eine ganze Reihe solcher Geschäfte ausgenommen worden. Ja, gewiß, ich gebe zu, der agrarische Kurs hat hohe Blüten getrieben, indem sämtliche landwirtschaftliche Genossenschaften ausgenommen wurden. (Dr. Engge: „Auch alle Kreditgenossenschaften!“) Die Kreditinstitute wurden in der Gewerbeordnung wieder erwähnt, damit es schöner aussieht. Wir können diesen Maßnahmen, welche die Regierung hier getroffen hat, nur mit großer Skepsis entgegenschauen und sind der Meinung, daß all das, was jetzt in der Öffentlichkeit geschieht, die gewisse Wirtschaftsförderung, die angebliche Beruhigung, die Ruhe und Ordnung, die jener Herr gepredigt hat, der früher von Zwischenrufen so schwer angegriffen worden ist, daß man Ruhe und Ordnung nur zu dem Zwecke gemacht hat, um andere größere Maßnahmen, die scheinbar staatspolitisch in der Zukunft liegen, in die Wege leiten zu können. Denn, meine Herren, wenn Sie gestern die Rede des Herrn Ministers Baugoin gelesen haben, daß man es nicht dulden wird, daß an den Grenzpfählen gerüttelt wird, und die Bevölkerung beruhigt sein kann, daß an eine Diktatur, wie sie anderswo geplant ist, nicht gedacht ist, da muß man sich wohl, wenn man die Sache ruhig betrachtet, dem Gedanken hingeben, daß etwas geplant ist, was die Legitimisten schon seit langem mit besonderer Sehnsucht herbeisehnen. Wenn Baugoin gesagt hat, diese Notverordnungen werden so lange bleiben und die Regierung wird hart bleiben, so lange, bis eben die verfassungsmäßigen Maßnahmen zur Änderung der Verfassung, zur Umbildung des Parlamentarismus getroffen worden sind, muß man sich doch fragen, wenn man so Sehnsucht hat, wieder den Parlamentarismus einzuführen, vielleicht in einer den modernen Verhältnissen angepaßten Form, warum hat man 14 Tage schon verstreichen lassen, ohne das geringste zu tun, ohne auch nur einen Finger zu rühren,

damit wir endlich aus den unleidlichen Verhältnissen, die bisher geschaffen worden sind, herauskommen. Wir sind der Meinung, daß sich die Bevölkerung Österreichs wohl ganz klar sein muß und die Tätigkeit der Regierung mit besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit verfolgen muß, damit sie nicht eines Tages von etwas überrascht wird, von dem sie sich kaum etwas hat träumen lassen, daß es wirklich Tat werden könnte.

Zu den Ausführungen des Herrn Landesrates *Meyssner* bezüglich der Eisenbahner möchte ich noch folgendes sagen: Wir haben es als Beamte wirklich nicht verstanden, daß man diesmal gegen die Eisenbahner mit so drakonischer Gewalt, mit solcher Strenge anfänglich vorgegangen ist, später hat man etwas zurückgeblasen, wie es gefährlich geworden ist. Was ist insbesondere bei der Bahn im Laufe der vergangenen Zeit durch den Streik geschehen, und keine Regierung hat es auch nur gewagt, einen Schlag zu führen, irgend jemanden auch nur ein Haar zu krümmen. Jetzt hat man behauptet, daß dieser Streik aus politischen Motiven entstanden sei, daß er deswegen in die Wege geleitet worden sei, um der Regierung Schwierigkeiten zu machen, jetzt hat man diesen Streik dazu benützt, um gegen Beamte, gegen Gewerkschaftsführer vorzugehen, sie einzusperrn und alles mögliche zu unternehmen. Nun waren die Beamten bisher doch noch im gewissen Sinne der Meinung, daß wir in Österreich in einem Rechtsstaate leben und die Staatsbürger und Beamten vor dem Gesetze gleich sind. Diese Auffassung mußten wir nach den Geschehnissen mit dem Eisenbahnerstreik aber einer Revision unterziehen. Wenn Beamte etwas tun, was der Regierung nicht paßt, ist es ein Verbrechen, alle möglichen Paragraphen des Gesetzbuches werden herangezogen, um gegen sie zu Felde zu ziehen, wenn aber die Regierung sich über das Gesetz hinwegsetzt, dann ist es die Not der Zeit, die sie dazu veranlaßt hat. Nun kann ich mich erinnern, daß im Jahre 1931 im September, als die Heimwehraktion war und als damals auch einige Beamte geglaubt haben, mitfun zu müssen, um die Verfassung etwas vorwärts zu bringen, daß man gegen diese Beamte auf das schärfste vorgegangen ist, sie eingesperrt hat und daß man dann, als sich die Wogen etwas beruhigt hatten, Disziplinar Mittel gegen sie zur Anwendung gebracht hat und scharfe Erlässe des Gesamtministeriums herausgekommen sind, daß sie sich an der Teilnahme solcher, die Verfassung verletzender Unternehmungen nicht herbeilassen sollen, weil sie sonst ihre Stellung riskieren.

Wenn wir eine Parallele ziehen zwischen dem, was damals geplant war, und dem, was die Regierung heute tut, muß man sich wirklich sagen, man findet keinen großen Unterschied. Die Regierung ist es, welche die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte der Staatsbürger im Verordnungswege einschränkt, welche das Versammlungsverbot, das Pressegesetz erlassen hat, und alle diese Maßnahmen sind getroffen worden, weil es ihr paßt, und wenn es ihr nicht paßt, dann ist es ein Verbrechen. Es ist auch sehr interessant, wenn man die Presse heute verfolgt, die einzelnen Richtungen, dann können Sie wahrnehmen, daß die ge-

samte Presse, soweit sie nicht ganz hinter der Regierung steht, unentwegt der Verletzung, der Beschlagnahme, den pressepolizeilichen Maßnahmen, ausgesetzt ist. Eine andere Presse wieder, sie muß auch nicht ganz arisch sein, kann alles mögliche schreiben, kann auffordern, daß hineingefahren wird, daß der Bürgerkrieg entfacht wird, dieser Presse tut man nichts, da sie recht gute Beziehungen zum Auslande hat. (*Leichin*: „Oder zum Landeshauptmann von Steiermark!“) Das weiß ich nicht. Sie können ja vielleicht mehr wissen. Wir sind der Meinung, daß vom Beamtenstandpunkte aus das Vorgehen, wie es die Regierung im Falle *Brandl* geübt hat, nicht das richtige war. Man hätte den Polizeidirektor *Brandl* nach dem Gesetze und nach dem, was vorgegangen ist, unbedingt schützen müssen, sonst wird nach und nach kein Beamter mehr sich trauen, irgend welche Maßnahmen zum Schutze des Staates zu ergreifen, wenn er weiß, daß er von der gesetzgebenden Macht nicht geschützt wird. Wir sind auch der Meinung, daß die Notverordnungen, die getroffen worden sind, nicht zum Ziele führen werden, daß sie weite Kreise der bürgerlichen Bevölkerung und insbesondere die Beamenschaft schwer getroffen haben und keine Rücksicht genommen haben, wie diese Kreise getroffen werden. Wenn wir heute die Maßnahmen der Regierung betrachten und sehen, daß man der Industrie die Möglichkeit gibt, daß sie ihre Kredite nicht zurückzahlen braucht, wenn man alle diese Dinge betrachtet, muß man wohl sagen, das sind wieder klägliche und ungeeignete Versuche, jenen Stellen Notopfer zu geben, Subventionen zu machen, wie sie im Verlaufe der ganzen Jahre vergeudet worden sind, daß man aber für jene Kreise, die bisher schwer geblutet haben im Interesse der Aufrechthaltung des Staates und die weiter bluten, sicher keine Notverordnung zu ihren Gunsten erläßt, daß man die Wirtschaft wieder einmal an einer falschen Stelle ankurbeln will.

Zum Schlusse möchte ich noch meine eingangs erwähnte Feststellung wiederholen, daß ich die Antwort des Herrn Landeshauptmannes, bezüglich der Sache mit *Brandl*, weil sie unsere Anfrage nicht voll trifft, nicht zur Kenntnis nehmen kann.

Dr. Hübler: Hohes Haus! Anschließend an die Ausführungen meines Kollegen *Reichl* möchte ich mir erlauben, den Beschlußantrag meiner Fraktion zur Kenntnis zu bringen.

Zur Begründung muß ich zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes auf unsere Anfrage, beziehungsweise auf unsere Kritik an der gegenwärtigen Bundesregierung Stellung nehmen.

Ich möchte zusammenfassend sagen, daß der Herr Landeshauptmann sich bemüht hat, für den Kabinettschef einzuspringen, und als Ergebnis kann ich sagen, daß ich den Eindruck habe, daß der Landeshauptmann der Steiermark persönlichen Mut bewiesen hat — was ja gar nicht zu Beweis stand —, daß es ihm aber nicht gelungen ist, den Bundeskanzler *Dr. Dollfuß* herauszupauken. Dieser ist nach meiner Meinung auch durch die außerordentlich energische Verteidigungsrede des Herrn Landeshauptmannes und

durch seine außerordentliche Anerkennung nicht um 1 Zentimeter gewachsen, ich meine das natürlich nicht physisch, sondern geistig. (Heiterkeit im ganzen Hause.)

Verehrte Damen und Herren! Der Succus der Weisheit dieser autoritären Regierung ist doch ungefähr immer der gewesen, daß man der Bevölkerung gesagt hat: Schaut, in Deutschland hat sich jetzt eine Diktatur durchgesetzt, wir brauchen in Österreich das gleiche, aber mit entgegengesetztem Vorzeichen. Ja, meine Damen und Herren, auf das Vorzeichen kommt es an, wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht dasselbe. Und ich glaube, daß Herr Dr. Dollfuß als Vorzeichen ein Minus erwischt hat. Also, Verehrte, die Angriffe gegen die Bundesregierung bestehen für uns nach wie vor trotz des energischen Eintretens des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen für seinen Kabinettschef. Infolgedessen gestatte ich mir, folgenden Beschlußantrag zu stellen (liest):

„Der steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Das Präsidium des steiermärkischen Landtages wird aufgefordert, der Bundesregierung Dollfuß mitzuteilen, daß sie das Vertrauen des steiermärkischen Landtages nicht besitzt, der die gesetzeswidrige willkürliche Ausschaltung des Nationalrates durch die Bundesregierung nicht billigt. Die Regierung wolle aus der Ablehnung durch die wichtigsten Landtage des Bundesstaates und durch den Bundesrat die Folgerung ziehen und ihren Rücktritt beschließen.“ (Beifall.)

Präsident: Hoher Landtag! Der Herr Landeshauptmann hat heute in seiner Erwiderung ausgeführt, daß das schwer darbedende Volk Steiermarks von der heutigen Landtagsitzung nicht viel haben wird, nicht viel profitiert, und ich bin der Überzeugung, daß der größte Teil des steierischen Volkes zu diesen Ausführungen begeistert seine Zustimmung geben wird; man muß sich wirklich an den Kopf greifen, um zu sehen, ob man nicht 14 Tage geschlafen hat, und wenn man diese Einberufung zum heutigen Landtag vernommen hat, hat man sich in erster Linie auf den 1. April verseßt geglaubt und das ganze als einen Aprilscherz aufgefaßt. Nun ist es aber bittere Wahrheit. Wir kommen heute zusammen, um zu verschiedenen Dingen, die sich der größte Teil des produktiv arbeitenden und bodenständigen Volkes schon immer gewünscht hat, zu Dingen, die sich meist durch Verfügungen der Bundesregierung, durch verschiedene Notverordnungen auf ganz legalem Wege vollziehen, hier Stellung zu nehmen.

Es ist hier kritisiert worden die Versammlungsfreiheit. Ja haben wir nicht in letzter Zeit gerade durch die Auswirkungen der Versammlungsfreiheit gesehen, wohin unser Volk eigentlich kommt? Es ist verheßt worden, bald links, bald rechts, bald mittendurch, und (Heiterkeit). — **Pförtner:** „Selbsterkenntnis!“), ganz ehrlich gesagt: „Niemand hat mehr, wenn man heute einem Redner zuhört, so ein richtiges günstiges Urteil abgeben können.

Es ist ferner kritisiert worden die Pressefreiheit. Es ist in gewissem Sinne das gleiche: Soweit die Presse mündig ist, ist nichts geschehen, nur dort, wo eine

Pressefreiheit eingesetzt hat, ist es zum Verbot gekommen. Und insbesondere die Bauern Steiermarks atmeten auf, daß endlich einmal eine feste, starke Hand zugegriffen (Gudenus: „Bravo!“) und dadurch jene Zustände in Österreich geschaffen hat, die nicht nur für den Bauernstand allein, sondern für das ganze Volk von Nutzen werden können.

Nun ist auch von verschiedenen Seiten heute die Ausschaltung des Parlamentes kritisiert worden, ist ihm eine Träne nachgeweint worden. Meine Damen und Herren! Es ist schon in der Debatte erwähnt worden, daß das Parlament Zeit genug hatte, um produktive, positive Arbeit zu leisten. Es hat das aber nie getan, es ist immer von gewisser Seite, von der Opposition, verhindert worden, sich zu seinen Aufgaben zu finden und wirklich positive Arbeiten zu leisten. So war es daher bestimmt ein Gebot der Gerechtigkeit, geradezu ein Geschenk des Himmels, daß auf legalem Wege endlich jener Zustand geschaffen worden ist, der eine sichere Gewähr dafür bietet, daß das künftige Parlament wirklich ausbauende Arbeit im Sinne unseres Volkes und Vaterlandes Österreich leisten wird. Und das begrüßt der Großteil unserer Bevölkerung.

Nunmehr ist von verschiedenen Rednern immer auch hingewiesen worden, daß die nationale Bewegung erschlagen wird. Nun, meine Verehrten, hohes Haus, wir sind in erster Linie Österreicher („Bravo!“-Rufe bei den Christlichsozialen), und wir sind, wenn wir wirkliche Österreicher sind, bestimmt auch gute Deutsche, ich kann mir etwas anderes gar nicht vorstellen. Wenn hier immer gesprochen wird, daß die nationalen Belange in Gefahr sind, so irren sich diese Herrschaften sehr. Es wird immer hingewiesen auf unser Bruderreich, auf Deutschland. Aber was Deutschland macht, das kann für uns nicht die Richtschnur sein, denn dort haben sich auch Dinge ereignet, die dem deutschen Volk nicht zur Ehre gereichen. Ich möchte darauf hinweisen, daß seinerzeit die heutige Hakenkreuzregierung zum faschistischen Italien nach Vogen Vertreter entsandt hat und dadurch einen Verrat am deutschen Volk, an unserem deutschen Südtirol begangen hat. (**Rottenmanner:** „Sie haben Verbindung mit den Franzosen!“) Sie reden von einer Verbindung mit den Franzosen. Wir haben keine solche Verbindung. Wenn wir aber gute Österreicher sind, sind wir vor allem auch gute Katholiken und Christen, und in diesem Sinne sind selbstverständlich bei uns alle Nationen unseres Staates gleich zu behandeln; und das wollen wir erreichen, aber in allererster Linie brauchen wir nicht hinüberzuschielen (**Rottenmanner:** „Wie schielen nicht, wir schauen!“), sondern wir müssen uns hier mit den eigenen Angelegenheiten beschäftigen.

Nun ist da noch verschiedentlich kritisiert worden über das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, insbesondere von einem der Redner der sozialdemokratischen Partei. Es ist vom Herrn Landeshauptmann schon hingewiesen worden, daß die sozialdemokratische Partei selbst schon des öfteren dieses kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz in Anwendung gebracht hat, und Sie würden heute, wenn Sie als Sozialdemo-

kraten Ihr Programm, das Linzer Programm, zur Durchführung gebracht hätten, bestimmt nicht dieses Ermächtigungsgesetz aus der Welt geschafft haben. Und so, meine Verehrten, hohes Haus, ist der heutige Zustand, den ich als vollkommen legal bezeichnen muß, Sie haben das ja durch Ihre verschiedenen Ausführungen, die hier erwähnt worden sind, auch bestätigt, und ich kann auch entgegenhalten, daß ebensoviele gelehrte Staatsmänner auch wieder das Gegenteil bewiesen haben. Und dann durch die Ausschaltung des Parlamentes, da die drei Präsidenten zurückgetreten sind, wäre doch die Frage aufzuwerfen, warum gerade Präsident *Strassner*, der der letzte war, das getan hat? Es hätte es ja in der Hand gehabt, dieses Parlament zu schließen oder zu verlagern, dann wäre es nicht zu diesem Zustande gekommen. Daß dem so ist, dafür können doch wir nicht. (*Dr. Hübler*: „Und der *Dr. Ramek*, warum hat der niedergelegt?“ — Zwischenruf: „Es waren doch drei!“) Ich glaube, Herr *Dr. Hübler*, gerade von Ihrer Seite werden Sie den größten Undienst dem Volke erweisen, wenn Sie hier gegen diese Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, sich wenden.

Ich komme nun auf die verschiedenen Notverordnungen zu sprechen: Gewerbenovelle, Sperrgesetz usw. Es kommen noch ganz andere Sachen, Sachen, die vom Heimatblock immer wieder erwähnt und getadelt worden sind, in erster Linie die Spitzengehälter. Auch da wird hineingegriffen werden durch das Bankengesetz, auch da wird weiter hineingegriffen werden, auch von dem Standpunkte aus, daß auch die Privatwirtschaft sich daran halten muß. Das Parlament war dazu bisher unfähig, und wo man sonst nicht hineingreifen konnte, da ist jetzt dafür gesorgt, daß auch dort eingegriffen und Remedur geschaffen wird. Es geht nicht an, daß die Regierung in die Privatwirtschaft nicht dreinzureden hat. Wenn das eine oder andere dieser Institute flöten geht, so ist doch der Steuerzahler gut genug, dann dieses Institut aufrechtzuhalten. Ich glaube im Sinne des größten Teiles der Bauernschaft zu sprechen, wenn ich als bäuerlicher Vertreter sage, daß die Bauernschaft heute aufatmet, daß sie es begrüßt und vollständig hinter der heutigen Regierung *Dollfuß* steht, um endlich unser Volk dorthin zu führen, wo das Volk hingehört, auf den Platz an der Sonne, wie ihn die übrigen Nationen haben. (*Meyszner*: „Zur Donaukonföderation!“) Reden Sie nichts von der Donau, Sie kennen die Geographie nicht. Dann werden wir auch in unserem Staate Österreich zu einem Zustand kommen, daß jedes wirtschaftliche Leben gebessert wird. Das hoffen wir und werden in diesem Sinne die Regierung unterstützen, soweit es uns möglich ist. (Beifall.)

Gföller: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte vor allem namens meiner Fraktion erklären, daß uns die Antwort des Herrn Landeshauptmannes auf die von uns gestellte Anfrage nicht befriedigt hat, daß wir uns nicht als befriedigt erklären, weil sie im wesentlichen unserer Anfrage nicht Rechnung getragen hat. Im übrigen möchte ich daran erinnern, daß von einem Redner in der Debatte die Vermutung ausgesprochen wurde, daß der Kurs der

Regierung antimarxistisch getarnt sei und daß sich die christlichsoziale Partei im wesentlichen gegen die Gefahren des Nationalsozialismus wende. Ich glaube, daß der betreffende Herr mit dieser Vermutung, daß die Regierung auch den sogenannten Marxisten ihre Rechte lassen will, sich in einer argen Täuschung befindet. Wir müssen im Gegenteil Klage erheben, wir müssen aufmerksam machen, daß wir verschiedene Akte des Zweierlei-Rechtes auch bei den Notverordnungen sehen und erkennen. Wir sehen, daß auch bei den Notverordnungen, daß nicht einmal dabei, wo diese Notverordnungen auf ungesetzlicher Basis erfolgt sind, eine einheitliche Linie in der Durchführung gewahrt wird, sondern, daß die Anwendung anders aussieht, wenn es sich um Marxisten handelt, als wenn es sich um Antimarxisten handelt. Ich erinnere daran, daß die Notverordnungen zum Anlaß genommen wurden, um neuerlich bei einer Reihe von Funktionären der Arbeiterschaft nach Waffen suchen zu lassen, während es bisher nicht bekannt geworden ist, daß bei irgend einer anderen Wehrformation derartige Waffensuchen vorgenommen worden wären. Ja, bei den Marxisten, bei den Sozialdemokraten, geht man in dieser Richtung besonders weit, und ich möchte heute dem hohen Landtag ein krasses Beispiel dafür vorlegen, wie man gegen die Marxisten bei der Waffensuche vorgeht. Da ist am 15. März ein Arbeiterradsfahrer von Schladming nach Haus gefahren. Kurze Zeit, nachdem er von Schladming weggefahren war, kam ein Gendarm von Schladming mit einem requirierten Privatauto ihm nachgefahren, fing diesen Arbeiterradsfahrer namens *Krispi* ab, brachte ihn zurück zum Gendarmerieposten und der Mann wurde dort nach Waffen durchsucht. Er wurde vom Gendarmerieposten nackt ausgezogen (*Rufe*: „Hört, hört!“ bei den Sozialdemokraten) und mußte auch noch die Socken von den Füßen nehmen, weil der Gendarm vielleicht der Meinung war, daß da noch Maschinengewehre verborgen seien. (*Praxl*: „Wie machen es die Moskowiter?“) Der Mann hatte an einem Finger einen Verband, auch den Verband mußte er aufmachen, damit sich der Gendarm davon überzeugen konnte, ob vielleicht keine Handgranaten in diesem Finger verborgen sind. (*Praxl*: „Ein 30,5 Zentimeter!“) Es ist das in einer Gegend geschehen, in der zur gleichen Zeit zweier- oder dreimal wöchentlich die Nationalsozialisten, ohne beanständet zu werden, demonstrativ auf dem Schladminger Hauptplatz auf- und abmarschiert waren. (*Roffenmanner*: „Mit oder ohne Socken?“) So sieht das Unrecht der Notverordnungen in der Praxis aus. Wir kommen in diesem Österreich, solange wir von den bürgerlichen Parteien unbeeinflusst beherrscht werden, immer nur zu vermehrtem Unrecht. Da haben wir keine Ursache oder hat niemand die Ursache, zu erklären, daß die Regierung ihren Kurs antimarxistisch tarnen möchte, daß sie in Wirklichkeit ohnedies nur gegen die Nazi vorgehen möchte. Ich habe eine andere Auffassung. Ich habe die Auffassung, daß die Regierung mit ihrem Vorgehen beweisen will, daß die christlichsoziale Partei und ihr legitimistisch-heimatschützlerischer Schwanz bessere Antimarxisten als alle anderen sind, daß sie es nicht notwendig haben, eine

Hitler-Diktatur nach Österreich zu verpflanzen, weil sie ohnedies ausgezeichnete Diktatoren sind, selbst besser als alle anderen, die für die Diktatur schwärmen, sie verstehen würden.

Es ist vom Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen in der Beantwortung unserer Anfrage heute vor allem darauf hingewiesen worden, daß die Regierung zur Maßnahme der ungesetzlichen Notverordnungen sich entschlossen hätte, weil mit dem Parlament nicht zu arbeiten war und weil es notwendig war, daß dringende wirtschaftliche Fragen erledigt wurden, die man nicht anders erledigen konnte als dadurch, daß das Parlament zur Seite geschoben wurde und daß man mit Notverordnungen regiert. Dazu ist vor allem die Tatsache festzuhalten, daß zu den ersten Notverordnungen nicht nur wirtschaftliche gehört haben, sondern auch die Notverordnung über den Maulkorb, den man den Zeitungen umgehängt hat, und die Notverordnung, die das Vereins- und Versammlungsgesetz zum Teil aufgehoben hat, so daß man nicht sagen kann, daß wirtschaftliche Gesichtspunkte das Leitmotiv für die Regierung bei ihren Gesetzesbrüchen gewesen wären. Das Schreiben und das Reden muß eingeschränkt werden ohne Rücksicht darauf, daß der gesunde Menschenverstand sich sagen müßte, je weniger es der Öffentlichkeit gestattet ist, die Wahrheit ihrer Meinung nach zu sagen, je mehr werden die wildesten und manchmal die gefährlichsten Gerüchte in der Bevölkerung umgehen können.

Nun zur Frage der Legalität. Der Herr Landeshauptmann hat das Schwergewicht in seiner Beantwortung weniger auf die Frage, auf die Prüfung der Frage der Legalität gelegt, als wie mehr auf die Frage der Zweckmäßigkeit, und demonstrierend herausgearbeitet: „Um Gotteswillen, diese bürgerlichen Parteien sollen froh sein, daß die Regierung die Verantwortung für bestimmte Fragen auf sich nimmt, die Verantwortung für diese Notverordnungen.“ Er hat meiner Meinung nach dabei das bestätigt, was ich vor einiger Zeit in einer Sitzung dieses hohen Hauses festgestellt habe, daß die bürgerlichen Parteien nicht mehr den Mut haben, ihre Ansichten den Wählern gegenüber zu vertreten, und daß sie nur mehr durch Errichtung einer Diktatur ihre Demagogie immunisieren wollen, ihre Demagogie gegenüber ihren Wählern in Schutz nehmen wollen, weil sie nicht den Mut haben, das, was sie machen, vor ihren Wählern zu verantworten. Das mag eine Verantwortung sein, die gegenüber den Wählern gilt, die man betrügen will, aber das ist keine Verantwortung, mit der man der Regierung für ihre Notverordnungen eine gesetzliche Basis geben würde. Nun eine andere Frage: Im Zusammenhang mit der Frage der Legalität hat der Herr Landeshauptmann, der gleichzeitig auch Minister dieser Bundesregierung ist, geradezu rührend darauf hingewiesen, daß diese Regierung die ganze Nacht beieinander sei und über diese Notverordnungen berate. Ich muß schon sagen, wenn man das als Argument verwendet, ein derartiges Schlagwort, wie der Herr Landeshauptmann es getan hat, an die Rührseligkeit appelliert, fast die Tränen sind ihm in die Augen gekommen, so ist es wohl nötig, dem entgegenzuhalten

ein anderes Schlagwort, das sagen könnte: Es muß nicht alles gut sein, was das Licht des Tages scheut, das letzten Endes in der Nacht vollendet werden muß. Ich möchte im Ernst zur Frage der Legalität sagen, daß es eigentümlich berührt, daß ein Minister, der selbst Jurist ist, allerdings nicht Sachverständiger in Verfassungsfragen, sondern Sachverständiger im römischen Recht und im Zivilprozeß (Pfortner: „Wehelsdorfer Fragen!“), daß ein solcher Minister sich auf den Standpunkt stellt, daß das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz auch heute noch eine legale Basis für die Notverordnungen der Regierung geben könnte. Da ist der Sinn des Gesetzes entscheidend. Es hat schon mein Parteigenosse Machold auf den § 1 dieses Gesetzes verwiesen, in dem ausdrücklich vor allem davon die Rede ist, für welche Zeit dieses Gesetz gelten soll und für welche Materie, welche Materien auf Grund dieses Gesetzes geregelt werden konnten, und daß die Regierungsnotverordnungen weder der Zeit noch der Materie nach, die sie regeln, in Einklang mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz zu bringen sind. Außerdem wird aber vor allem übersehen, daß das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz letzten Endes eine Errungenschaft des schon revolutionär gewordenen österreichischen Volkes war, das sich aufgelehnt hat gegen die absolutistische Diktatur der Habsburger während des Krieges, daß dieses Gesetz zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung dieses Landes gegen den Kriegsabsolutismus da war und daß dieses Gesetz ausdrücklich davon spricht, daß sogar die Regierung verpflichtet war, nicht nur alle Verordnungen, die auf Grund des § 14, einer kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1914, erlassen wurden, nach Inkrafttreten dieses Ermächtigungsgesetzes dem Parlament vorzulegen, sondern daß außerdem ausdrücklich darinnen steht: „Das gleiche gilt für die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, welche dem Reichsrat, falls er versammelt ist, spätestens am Ende eines Kalendervierteljahres, sonst bei seinem nächsten Zusammentritt, vorzulegen sind.“ Im § 3, 5. Abschnitt, steht weiter: „Auch sind die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen außer Wirksamkeit zu setzen, wenn sie dem Reichsrat zu den im § 3 dieses Gesetzes verzeichneten Terminen nicht vorgelegt werden.“ Wenn also eine Verordnung, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen wurde, nicht binnen drei Monaten dem Reichsrat vorgelegt wurde, hatte diese Verordnung automatisch ihre Gültigkeit verloren, so daß wir eine doppelte Bestätigung darin finden, daß dieses Gesetz zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung für die Kriegszeit seinerzeit geschaffen worden ist. Da kann man nicht hergehen, wenn man ernst genommen werden will, und auf Grund eines derartigen Gesetzes eine Diktatur aufrichten. Da ist es dann verständlich, wenn selbst ein Jurist nicht auf die Grundlagen dieses Gesetzes eingehen kann, sondern die Zufucht nehmen muß zur Begründung, daß die Notverordnungen sogar in der Nacht gemacht worden sind. Es ist allerdings verständlich, daß, wenn man in Nacharbeit das leistet, so etwas passieren könnte, das wäre aber höchstens ein

Entschuldigungsgrund, niemals ein Grund aber, der diesen Notverordnungen Legalität geben würde.

Vielleicht noch ein paar Einzelheiten: Was die Frage der Notverordnung betrifft, die die Konsumgenossenschaften angeht, so wäre da wohl vor allem festzustellen der Wettfeiser der bürgerlichen Parteien in der Handhabung der schädigsten Mittel zur Bekämpfung des sogenannten Marxismus. Sogar der Herr Abg. Reichl hat gegen diese Notverordnung nur eingewendet, daß auch bürgerliche Konsumvereine betroffen werden, das heißt, gegen die Sozialdemokraten oder Einrichtungen, die Sozialdemokraten geschaffen haben, wäre jede Lumperei, jede Schädigkeit erlaubt. Ich bin der Meinung, eine Regierung und eine Parlamentsmehrheit, die dazu noch eine so fragwürdige ist, die sich auf solche Lumpereien einlassen will, mit unlauteren Mitteln den Wettbewerb von Genossenschaften unterdrücken will, weil sie von Sozialdemokraten verwaltet werden, eine solche Regierung hätte zu gehen und hätte Platz zu machen einer, die auf legalem Wege neu zustandekommt, oder sie darf es nicht wagen, zu leugnen, daß sie von vornherein die Absicht hat, einen Teil der Bevölkerung vergewaltigen zu wollen. Zu dieser Frage ist noch zu sagen, daß auch die Wirtschaftskörperschaft, die über diese Frage zuständig ist, ein Gutachten abzugeben, die Handelskammer sich sogar gegen diese Notverordnung ausgesprochen und erklärt hat, daß von dieser für den wirklichen Handel gar nichts zu erwarten sei. Während man auf der einen Seite begründet, daß Notverordnungen notwendig sind aus wirtschaftlichen Gründen, werden diese Notverordnungen erlassen gegen den Willen der Wirtschaftskreise, gegen den Willen der zuständigen Wirtschaftsinstanzen, die als Fachgutachter in Betracht kommen. Es ist daneben allerdings noch eines zu sagen: daß die Absicht ihre Erfüllung nicht finden wird. Es wird der Regierung selbst mit dieser Notverordnung nicht gelingen, unsere Konsumvereine erheblich zu schädigen. Es ist ein Schaden, der den Konsumvereinen auferlegt wird, aber ein Schaden, den sie überwinden werden durch verstärkte Tüchtigkeit. Unsere Genossenschaften haben sich bisher stets allein durch die Welt gebracht, ohne daß sie zum Staate, zur Regierung um Subventionen betteln gekommen wären, weil sie auf einer gesunden Wirtschaft aufgebaut waren, solid aufgebaut waren, verantwortungsvoll verwaltet worden sind, und deshalb war es bisher noch nicht notwendig, unsere Genossenschaften von der Regierung aus zu unterstützen, wie es bei Dutzenden von Einrichtungen der Fall war, die Sie, meine Herren, zu verwalten haben.

Nun wäre aber noch etwas zu sagen. Dringende Wirtschaftsfragen sind es, die die Regierung veranlaßt hätten, zu Notverordnungen zu greifen. Dazu ist festzustellen, daß für einen Teil jener Fragen, die durch Notverordnungen geregelt werden sollen, die angeblich so dringlich sind, bisher die Regierung selbst noch nicht einmal eine Vorlage im Parlament eingebracht hat, und daß zum Beispiel bei der Gewerbenovelle, wegen der ein so großes Geschrei erhoben wird und von der meiner Meinung nach der Herr Abg. Reichl mit Recht sagte, daß sie eine Augenauwischerei bleiben

werde, daß da die Opposition im Parlament durchaus nicht das Hindernis war, daß diese Novelle gemacht wurde, sondern die verschiedenen Ansichten, die unter der Mehrheit und den bürgerlichen Parteien selbst herrschten. (Aust: „Die 138 Abänderungsanträge, die sie eingebracht haben!“) Es ist nicht so, daß die Sozialdemokraten die Schuld waren, daß kein wirtschaftliches Arbeiten vom Parlament verlangt werden konnte, sondern die Wahrheit ist, daß Sie durch Ihre Demagogie so verstrickt sind, daß Sie nicht fähig sind, durch Ihre Fraktionen im Parlament ernste wirtschaftliche Arbeit zu leisten. Es ist wieder bezeichnend, daß allerdings bei einer Frage die Ausrede auf die Wirtschaft zutrifft, das ist bei der Frage, an der sich letzten Endes der ganze österreichische Verfassungskonflikt entzündet hat, das ist die Eisenbahnerfrage. Da ist es zu dem Konflikt gekommen, und es ist selbstverständlich, daß wir jederzeit hinter den Forderungen der Eisenbahner stehen werden. Auch Ihre Gewerkschaft ist hinter den Eisenbahnern gestanden und hat zu diesem Demonstrationsstreik aufgerufen, und ehe der Hahn dreimal gekräht hat, sind auch die christlich-sozialen Eisenbahner von der christlichsozialen Partei dreimal verraten worden. (O perschall: „Das ist Gewohnheit!“)

Wenn man die Notverordnungen damit begründen will, daß man sagt, es habe sich um Fragen der Wirtschaft gehandelt, so muß ich fragen: Dient es der Wirtschaft, wenn man einfach den Zeitungen, die die Auffassung der Regierung nicht teilen, es verwehrt, ihre Ansicht zu wirtschaftlichen Fragen, die die Regierung im Notverordnungswege regelt, zu äußern? So ist es zum Beispiel für einen gesunden Menschen kaum verständlich, daß der heutige „Arbeiterwille“ konfisziert worden ist, und zwar folgende Stellen, in denen nicht mehr, als ich vorlesen werde, enthalten war, und zwar behandeln sie die Bankenunterstützungsaktion, die nunmehr auch im Wege der Notverordnung vor sich gehen soll (liest): „Die Maßnahmen der Regierung sind, wie die bürgerlichen Blätter mitteilen, dadurch ausgelöst worden, daß eine Wiener Großbank sich an die Regierung um Hilfe gewendet hat. Man soll zuerst versucht haben, die Fusionierung dieses notleidenden Institutes mit dem Wiener Bankverein durchzuführen. Doch hat der Wiener Bankverein abgewinkt, so daß die Regierung eingeschungen ist, um die Bank zahlungsfähig zu erhalten.“ Dazu ist zu sagen, daß diese Mitteilung unbeanstandet in Wiener und auch in Grazer Blättern erschienen ist, die nicht, wie der „Arbeiterwille“, konfisziert worden sind. Zu dieser Maßnahme gibt der „Arbeiterwille“ lediglich die Kritik, daß die Bankenreform eine Maßnahme von größter Tragweite sei, wenn sie ohne Parlament auf Grund von Verordnungen durchgeführt wird, deren Rechtsgültigkeit von jedermann angefochten werden kann, ein wirtschaftliches Wagnis ist, das kaum geeignet ist, die angestrebte wirtschaftliche Beruhigung herbeizuführen. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Diktaturmaßnahmen hat aber auch eine staatsrechtliche Seite, und sie ist die ernsteste des ganzen Problems. Es ist eine finanzpolitische Ungeheuerlichkeit, daß 140 Millionen Schilling aus öffent-

lichen Geldern zu Zwecken verwendet werden, die keiner anderen Kontrolle unterliegen, als der der Nationalbank. Auch da muß man sagen, daß es sich um die mildeste Kritik handelt, die man anlegen kann. Das kann kein Mensch leugnen, daß es keine Bagatelle für die breiten Schichten ist, wenn wieder 140 Millionen Staatsgelder, wenn auch nur leihweise, zur Verfügung gestellt werden. Daß es nicht im Interesse der Wirtschaft ist, das zu unterstützen, weil der Staatsbürger ja denken muß, wenn er verhindert ist, sich darüber zu informieren und daraus schließen muß, daß der, der gegen die Verfassung handelt, auch in Wirklichkeit ein Feind der Wirtschaft ist und selbst dazu beiträgt, das Wirtschaftsleben zu erschweren und zu zerstören, weil ja gerade dadurch allem Mißtrauen Tür und Tor geöffnet ist, wenn einmal die öffentliche Kritik unterbunden ist. Es ist ja so, daß man auch außerdem sagen kann, daß Österreich sich ohnedies in einer wirtschaftlichen Situation befindet, in der wir es wahrlich nicht mehr notwendig hätten, zu den ungeheuren Schwierigkeiten, die in Österreich zu bewältigen sind, auch noch eine staatliche Vertrauenskrise hinzuzugesellen in einer Zeit, in der neuerdings wieder eine Großbank zusammengebrochen ist und vom Staat Vorsorge getroffen werden mußte, damit dieser Bankenzusammenbruch nicht zu einer weiteren Schädigung der Wirtschaft führt.

(Präsident H a r t l e b übernimmt den Vorsitz.)

Es ist unerhört, daß man darüber der Bevölkerung gar nichts sagen darf oder sagen dürfte, wenn der Staat so ungeheure Beträge für die Privatbanken zur Verfügung stellen muß. Meine Damen und Herren, es ist sicher nicht wirtschaftsfördernd, wenn man da in einer solchen Zeit durch einen Verfassungsbruch noch dazu beiträgt, daß in dieser Zeit eine Bürgerkriegsstimmung heraufbeschworen wird, daß in diesem Lande die Mehrheit der Bevölkerung in eine heftige Abwehrstellung gegenüber der Regierung kommen muß.

Eine andere wirtschaftliche Frage. Die Regierung hat ihre Notverordnungen auch damit begründet, daß es endlich einmal notwendig sei, der Frage des Ständerates näherzutreten und daß an die Stelle des Bundesrates der Ständerat zu treten habe, den schon die Verfassung des Jahres 1929 dem österreichischen Volke versprochen habe. Dazu wäre vor allem zu sagen, daß es die Regierung jederzeit in der Hand gehabt hätte, zur 29er Verfassung dem Parlament eine Vorlage über einen Ständerat vorzulegen. Keine bisherige Regierung hat aber — und auch die letzte nicht — einen derartigen Gesetzesentwurf dem Parlament vorgelegt, so daß mit Recht die Freundin aller autoritativen Regierungen, die Freundin aller faschistischen Bestrebungen, die Freundin der Idee des Ständerates, die Grazer „Tagespost“, sogar in einem Leitartikel die Frage aufgeworfen hat, ob es zweckmäßig sei, gerade jetzt den Ständerat in den Brennpunkt des politischen Lebens zu stellen. Denn man wisse nur ungefähr grundsätzlich, was man sich darunter vorstelle, während eigentlich noch niemand konkret darüber nachgedacht habe, wie ein solches Ständerparlament eigentlich aus-

sehen soll, wie es zusammengesetzt werden soll und wie es funktionieren soll. Wenn das wirklich ein so dringendes Bedürfnis der österreichischen Bevölkerung wäre, dann wäre es ein verbrecherisches Versehen des Bundeskanzlers Dollfuß gewesen, daß er nicht schon lange den entsprechenden Gesetzesentwurf dem Parlament vorgelegt hat. Es ist interessant, daß die Anhänger des Gedankens, daß die „Wirtschaft“ — ein nebulöses Wort an sich —, daß die Wirtschaft mehr Einfluß auf die Gesetzgebung haben müsse, daß die Stände zwar zur Gesetzgebung herangezogen werden sollen, daß aber diese selbe Regierung, die diesen Standpunkt einnimmt, sich in der Praxis an diese Wirtschaftskreise gar nicht hält, wie bei der erlassenen Gewerbenovelle, gegen die die Wirtschaft ausgesprochen hat. Sie beschwört einen Verfassungskonflikt heraus, in welchem die Fachmänner, die heute zitiert worden sind, auf dem Standpunkt stehen, daß die Regierung Unrecht hat. Sie hört nicht auf die Fachmänner und sie erläßt eine Reihe von Notverordnungen, bei denen die Wirtschaftskammern, die berufen sind, die Ständevertretungen darzustellen, zum Teil überhaupt nicht gefragt werden, welche Meinung die von ihnen vertretenen Wirtschaftskreise haben. Wir haben angeblich eine Diktatur in Österreich, weil die Wirtschaftskreise zu wenig zu reden haben, und die Diktatoren, die deshalb diktieren wollen, schieben selbst diese Wirtschaftskreise beiseite, drücken sie an die Wand und kümmern sich um die Wirtschaftskreise in Wirklichkeit überhaupt nicht. Wenn man aber zur Frage des Ständerates einiges sagt, so wäre zu sagen, daß doch kein Mensch sich vorstellen kann, daß ein Ständerat, der nach demokratischen Grundsätzen zusammengestellt wird, letzten Endes eine andere Zusammensetzung haben würde, als die Zusammensetzung des Nationalrates. Wir sehen heute schon bei allen Wirtschaftskammern, die wir haben, daß dort die Gruppierungen ebenso verschieden wie im politischen Leben sind und letzten Endes dieselben sind wie im Nationalrat, abgesehen davon, daß im Nationalrat alle diese Wirtschaftsschichten letzten Endes durch einzelne Angehörige vertreten sind. Aber es dreht sich in Wirklichkeit nicht darum. In Wirklichkeit dreht es sich darum, daß für die bürgerliche Welt, die das kapitalistische Privateigentum und das kapitalistische Wirtschaftssystem verteidigt, sich eine förmliche Ausweglosigkeit aufzutut und sie nicht mehr imstande ist, bürgerlich kapitalistisch zu wirtschaften und sich deshalb hinter einer Diktatur verstecken will, um der Bevölkerung nicht das vollständige Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems demonstrieren zu müssen. Man erlebt es alle Augenblicke, daß dieselben Kreise, die immer soviel von der Privatinitiative reden, daß sie das einzig Mögliche im Wirtschaftsleben sei und man deshalb die privatkapitalistischen Konzerne in der Wirtschaft nicht angreifen dürfe, daß dieselben Kreise wieder zum Staate kommen, um Staatshilfe für die Privatwirtschaft zu verlangen. Wir erleben es ja selbst wieder, daß, um den Zusammenbruch dieser Wiener Großbank zu vermeiden, sich die Leute an den Staat wenden, damit wieder Mittel des Staates zur Verfügung gestellt werden, um einen Zusammenbruch

zu verhindern. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, wenn man Staatsgelder für die Banken zur Verfügung stellen will, so ist es klüger und einfacher, daß die Banken vom Staat selbst übernommen werden, nicht aber, daß die Gewinne den Kapitalisten überlassen werden, während die Verluste von der Allgemeinheit, aus Staatsgeldern, getragen werden sollen. Wir sehen ja auch in der Banknotenverordnung, die jetzt erlassen worden ist, daß man zwar allerdings gegenüber den Direktoren eingreift, damit man den Angestellten mehr nehmen könne, daß sich aber diese Banknotenverordnung hütet, auch den Aktionären der Banken und Industrieunternehmungen weh zu tun, ihnen auch Opfer aufzuerlegen; Opfer wurden den Angestellten oder vielleicht einem oder dem anderen Direktor, aber ja nicht den Aktionären selbst auferlegt. Aus allen diesen Gründen sind wir der Auffassung, daß heute tatsächlich eine Flucht der Regierung, eine doppelte Flucht vorliegt, einerseits eine Flucht vor den Wählern, weil sie es scheut, die Verantwortung vor den Wählern zu übernehmen für das, was sie gemacht hat, weil sie es scheut, vor die Wähler zu gehen und durch Neuwahlen die Stimmen der Bevölkerung zu hören, und andererseits die Flucht, die darin besteht, daß sie sowohl das Forum des Nationalrates, als auch des Bundesrates scheut, um Rede zu stehen über ihre Handlungen. Wenn Dr. Dollfuß den starken Mann spielt und meint, er sei stark und dazu berufen, eine autoritative Regierung in Österreich einzurichten, so wäre nur zu sagen, daß es ein starker Mann nicht nötig hätte, sich hinter die Knüppel der Polizei zu verstecken, daß ein starker Mann der Karabiner der Wehrmacht nicht bedarf, um in einem Lande regieren zu können. Es ist Feigheit vor der Verantwortung, von der unsere Regierung letzten Endes diktiert wird.

Wenn aber Dr. Dollfuß vom Glauben besessen sein sollte, daß er von Gott ausersehen sei, dieses Österreich mit starker Hand zu führen, wie früher einmal der Monarch, so ist dazu nur eines zu sagen, daß nach unserer Meinung und nach der anderer Dr. Dollfuß der Geeignete sein wird, die christlichsoziale Partei vollständig zu zerstören. Viel haben sie ohnedies nicht mehr zu vertreten, vielleicht kaum mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung, wie die bisherigen Nachwahlen ergeben haben und letzten Endes auch die Zusammensetzung des Bundesrates beweist, und aus dem Grunde sind auch die einzelnen Aktionen zu verstehen, die sich die Regierung bestellt hat. Eine dieser Aktionen ist das Telegramm des Katholischen Bauernbundes von Steiermark, welcher telegraphiert (liest): „Bleibe hart und werde noch härter und führe im Verein mit unserem Landeshauptmann Dr. Rinkelen unser heiliggeliebtes Vaterland ohne Parlament und Ausschüsse kraftvoll und zielbewußt in einer Diktatur einer schönen Zukunft entgegen. Ein nochmaliges Zusammen-treten des Parlamentes darf auf keinen Fall geduldet werden. Wir stehen auf Leben und Tod hinter Dir.“ Gezeichnet ist das Telegramm von Riegler und Würzinger. Ich bezweifle sehr, daß Würzinger, der ein Freund Dr. Rinkelen's ist, bereit ist, sein Leben für die Diktatur in die Schanze zu schlagen und habe leider die Befürchtung, daß mit dem Tod und

Leben derer gespielt wird, die ihrer katholischen Bauernorganisation angehören. Ich bin weiter der Meinung, daß diese katholischen Bauernführer eigentlich nicht die Ermächtigung haben, eine Regierungspolitik in Österreich zu begrüßen, die zum Bürgerkrieg führen kann, sondern es ist nur ein Freundschaftsdienst des Herrn Würzinger gegenüber dem Minister Dr. Rinkelen, den er ihm ohne Zustimmung der Bauern erwiesen hat, um ein Alibi für die starke Hand unserer österreichischen Regierung zu bekommen. (R e s c h : „Das beweisen Tausende von Telegrammen!“ — Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Bestelltes Telegramm!“) Wenn man Dr. Rinkelen mancherlei nachsagen kann, aber eines nicht, daß er nicht eine große Geschicklichkeit beim Managen von derartigen Dingen aufweisen würde, denn letzten Endes erweckt das Telegramm nur den Eindruck, daß der Katholische Bauernbund hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, die er in unserem Lande erreicht hat, ein sehr schlechtes Gewissen hat, so daß er gar nicht mehr wagt, hinauszugehen und zu reden, daß er die Diktatur notwendig hat, hinter die er sich verstecken kann.

Weil ich schon vom Herrn Bundesminister gesprochen habe, muß ich sagen, der Herr Bundesminister ist jedenfalls geschickt, das hat ihm noch kein Mensch abgesprochen, er hat es zum Beispiel außerordentlich geschickt verstanden, vom Hauptthema, vom Verfassungsbruch, an dem er als Minister mitschuldig ist, abzulenken und die willkommene Gelegenheit, die ihm der Heimatschutz geboten hat, zu ergreifen und in aller Länge über die Creditanstalt zu reden (R o s e n w i r t h : „Reden wir von etwas anderem!“), damit er es nicht notwendig hat, über die Verfassungsbrüche der Regierung zu reden. Es ist doch eine merkwürdige Erscheinung, daß Dr. Rinkelen ausgerechnet im steiermärkischen Landtage das Bedürfnis hat, über das Ergebnis seiner Verhandlungen in London gegenüber den Auslandsgläubigern der Creditanstalt zu berichten (P e i n t i n g e r : „Der Herr Landesrat M e y s z n e r hat ihn ja aufgefordert!“), vielleicht war er es dem steiermärkischen Landtage deshalb schuldig, weil er damals förmlich mit Kanonenschüssen am Bahnhof empfangen worden ist, wie er von diesen Verhandlungen in London zurückgekommen ist. Aber ich muß sagen, mich berührt es merkwürdig, daß er dies hier tut, daß er bisher im Parlament, an der zuständigen Stelle, dort wo die Leute auch die notwendigen Unterlagen für die Kontrolle, für die Überprüfung eines derartigen Berichtes zur Hand haben, es bisher vermieden hat, einen derartigen Bericht zu erstatten. Dem Parlament wurde bisher ein Bericht über die Verhandlungen wegen der Creditanstalt noch nicht vorgelegt, und da darf man sich nicht darüber wundern, wenn in einer Zeit der förmlichen Diktatur die Presse einen Maulkorb hat, Versammlungen unmöglich gemacht werden, der Verdacht entstehen kann, es könnte vielleicht auch ein bestimmtes Interesse dabei sein, zu verhindern, daß es notwendig ist, im Parlament, vor der ganzen Öffentlichkeit, Rede und Antwort über die Verhandlungen wegen der Creditanstalt zu stehen. Es ist interessant, und ich glaube, die haben die Wahrheit viel mehr getroffen — im Lavanttal oder wo es war

—, die guten, aufrichtigen Herzens den Ruf erhoben haben, daß die neue Lösung der christlichsozialen Partei der Ruf nach dem Parteibuch sein müsse. Es muß die Forderung erhoben werden, wenn jemand in eine öffentliche Stellung gelangen will, daß er zuerst das christlichsoziale Parteibuch vorweisen muß, dann erst kann er angestellt werden. Die alten Wünsche feiern wieder ihre Auferstehung (Praschl: „Sie haben ein schlechtes Gewissen!“ — Pichler: „Wer hat die christlichen Arbeiter hinausgeworfen aus den Betrieben?“ — Leichner: „Sie haben sich für die Arbeiter nie interessiert!“), und weil es mit Hilfe der Wähler nicht möglich ist, alle Parteiangehörigen zu versorgen, deshalb braucht man auch eine Diktatur, um mit Hilfe derselben unter Umständen in alle öffentlichen Verwaltungen, die man in der Hand hat, Parteibuchbeamte entsenden zu können.

Aber ich habe immer das Gefühl, daß unsere Bundesregierung ein altes deutsches Sprichwort übersieht, daß der, der Wind sät, Sturm ernten wird. Man kann doch nicht erwarten, daß wenn die Regierung ausgeht mit der Absicht, zu diktieren, einem Großteil der Bevölkerung Gewalt anzutun, Fesseln anzulegen, durch Beschränkung der Versammlungen, der Pressefreiheit, daß dann Dankgebete an die christlichsoziale Partei von den anderen, von den Unterdrückten, zurückkämen. Ruhe wäre in unserem Lande sicher der Wirtschaft förderlich, aber dadurch, daß man einen Großteil der Bevölkerung unter Regierungsterror setzt, dadurch wird keine Ruhe in dem Staate geschaffen werden, obwohl diese Ruhe so notwendig wäre, um die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auch in unserem Lande bekämpfen zu können, um für die Arbeitsbeschaffung sorgen zu können, um die demokratische Entwicklung dieses Österreich sicherzustellen. Für eine solche Ruhe würden wir jederzeit zu haben sein, für eine solche Ruhe würden Sie uns jedenfalls und zu jeder Zeit als Verteidiger finden, aber niemals als Verteidiger einer Ruhe, die aufgebaut ist auf Gummiknüffel und Karabiner der Wehrmacht. Es kann auch keine Ruhe in Österreich geben, solange die verlebte Verfassung dieses Landes nicht wieder hergestellt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir werden den Kampf gegen jede Autorität führen, die geleitet wird von diktatorischen Bestrebungen einer verfassungsbrüchigen Regierung und werden kämpfen für die Wiederherstellung des gleichen Rechtes des österreichischen Volkes, das seinen Ausdruck findet in der Wiederherstellung der Verfassung dieses Landes.

Ich stelle schließlich als Schlußpunkt unserer Auffassung einen Beschlußantrag mit folgendem Wortlaut (liest):

„Der steiermärkische Landtag erhebt schärfstens Protest dagegen, daß die Bundesregierung in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not Fragen juristischer und formaler Natur zum Vorwand genommen hat, um die Volksvertretung auszuschalten und schwere Verfassungsbrüche damit zu begründen. Er protestiert gegen die Angriffe der Bundesregierung auf die Freiheitsrechte des österreichischen Volkes und fordert die unverzügliche Wiederherstellung des

verfassungsmäßigen Zustandes in Österreich. Er verlangt vor allem die sofortige Aufhebung des Versammlungsverbot, die Aufhebung der Einschränkung des Vereinsrechtes und die Wiederherstellung der Freiheit der Presse. Der steiermärkische Landtag fordert den Herrn Landeshauptmann, der selbst Mitglied der jetzigen Bundesregierung ist, auf, alles zu unternehmen, um die unverzügliche Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu erwirken, damit schwere Verfassungskämpfe, die den Frieden und die Wirtschaft unserer Republik bedrohen, noch in letzter Stunde verhütet werden.

Der steiermärkische Landtag gibt schließlich seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß eine Regierung, die im Parlament und im Volk nur eine Minderheit hinter sich hat, zurückzutreten hätte und daß die Bevölkerung im Wege von Neuwahlen zur Entscheidung aufgerufen werden soll.“

Ich bitte, diesen Beschlußantrag anzunehmen und bitte auch um namentliche Abstimmung.

Hornik: Hoher Landtag! Wir haben heute eine Anzahl von Anfragen an den Herrn Landeshauptmann gerichtet, deren Beantwortung zum Teil vom Herrn Landesrat Meyssner erläutert wurde und zu der Landesrat Meyssner bereits Stellung genommen hat. Ein Teil der Antwort des Herrn Landeshauptmannes ist noch nicht jener Beleuchtung unterzogen worden, die notwendig ist, um Klarheit nicht nur über unsere Anfragen zu schaffen, sondern auch Klarheit in die gesamten Verhältnisse zu bringen. Der Herr Landeshauptmann hat den Vorfall, als im Parlament die drei Präsidenten ihre Stellen zurücklegten, zum Anlaß genommen, um daraus das verfassungsmäßige Recht der Regierung abzuleiten, auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes Notverordnungen zu erlassen. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit ist bestritten; ich glaube, sie wird in Zukunft eine kardinale Prüfungsfrage für das dritte Rigorosum und die dritte Staatsprüfung jener Rechtshörer werden, die ihre Eignung zum juristischen Beruf nachweisen sollen. Es wird so mancher Hochschulprofessor jene Kandidaten bei der Staatsprüfung durchfallen lassen, welche die Verfassungsmäßigkeit der Notverordnung bejahen, und der andere wieder deswegen, weil sie diese Verfassungsmäßigkeit verneinen. Sicher ist aber, daß die Bundesregierung auf Grund dieser Tatsachen mit Notverordnungen vorgegangen ist, die sich in zwei Gruppen teilen lassen, und zwar in solche wirtschaftlicher und solche politischer Natur. Der Herr Landeshauptmann hat sich in seiner Antwort hauptsächlich mit den Notverordnungen beschäftigt, die sich auf wirtschaftlichem Gebiete bewegen, er hat insbesondere die Inkraftsetzung der Gewerbenovelle, die Besteuerung von Konsumvereinen über das bisherige Ausmaß hinaus, er hat eine Anzahl von Gesetzen erwähnt, die wirtschaftlicher Art sind und dem Parlament bereits vorgelegen sind, Verordnungen, die in der Verlängerung bestehender Gesetze bestehen und sich für die Wirtschaft bisher nicht ungünstig ausgewirkt haben. Er hat in Aussicht gestellt, daß die weitere Tätigkeit der Regierung sich nur von

dem Gedanken leiten lassen wird, hauptsächlich Erleichterungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu bringen, die wieder vornehmlich darin gipfeln, die Frage der Zinsfußsenkung und Produktionsverbilligung zu regeln. Bei dieser Gelegenheit wurde auch Erwähnung getan jener Aktion, die in der neuerlichen Stützung einer dem Umfallen nahestehenden Großbank liegt. Und wieder hören wir genau dieselben Worte: Es müsse zur Rettung der Wirtschaft diese Bank gehalten werden, widrigenfalls ein Unglück, eine Katastrophe über Österreich hereinbrechen werde. Das sind genau dieselben Worte, die wir bei der Zentralbank deutscher Sparkassen (sozialdemokratischer Zwischenruf: „Süddeutsche Bank!“), bei der Steirerbank, wenn Sie wollen, das ist näherliegend als die Süddeutsche Bank, bei der Bodenkreditanstalt und zuletzt bei der Creditanstalt gehört haben. Ich vermute, daß bei den Sanierungsaktionen die Verbindungen der einen Bank eben besser waren, als die der anderen und daher die Verluste nicht so offensichtlich wurden. Ich weiß nicht, ob alle diese Aktionen, die zur Stützung der Banken und letzten Endes zur katastrophalen Lage der Creditanstalt geführt haben, nicht nur keine Zinsfußsenkung, sondern getadelt eine Zinsfußerhöhung zur Folge hatten, denn die Art und Weise, wie diese Bankfragen insgesamt behandelt wurden, scheint mir nicht ein lediglich österreichisches Problem zu sein, sondern scheint mir in sehr weitem Maße die Abhängigkeit unseres Staates vom Auslande und vom ausländischen Großkapital darzutun. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß es das Diktat der ausländischen Gläubiger und Großkapitalisten war, welches die österreichische Regierung zu Maßnahmen veranlaßt hat, die im allgemeinen unserer Gesamtwirtschaft zum Verderben gereichen mußten. Ich wage die Behauptung, daß hier mehr Nackensteife, mehr Selbstbewußtsein, mehr Kraft und mehr Widerstand gegen derartige, vom Auslande kommende Einflüsse weit mehr Erfolge für unsere gesamte Wirtschaft und auch weit mehr Erfolge gegen die verderblichen Einflüsse des Auslandes gehabt hätten, als jene Nachgiebigkeit, die sich besonders in der Lösung der Creditanstaltsfrage gezeigt hat. Auf die einfache, dem Volke verständliche Form gebracht, wurde die Creditanstaltsfrage doch so gelöst, daß man sagen kann, daß ein Unternehmer, der einen wertvollen Arbeiter hat, der bei einem Kaufmann Schulden hat, bei diesem Kaufmann, wenn er auf Bezahlung drängt und den Arbeiter erekuiert, die Bürgschaft für die Schulden des Arbeiters geben wird, um das seelische Gleichgewicht dieses Arbeiters herbeizuführen und ihn bei der Arbeit nicht durch persönliche Sorgen zu minderwertigen Leistungen zu veranlassen. Er wird aber nicht hergehen und wird für die Schulden des Kaufmannes bürgen. Und das ist bei der Creditanstalt geschehen. Man hat nicht die Haftung übernommen für die Schulden der österreichischen Industrie bei der Creditanstalt, sondern man hat die Haftung für die Gesamtschulden der Creditanstalt an das Ausland übernommen und hat behauptet, man habe damit die österreichische Industrie gerettet.

Die heute von uns gestellte Anfrage, worin um die Bekanntgabe jener Punkte des Übereinkommens er-

sucht wurde, hat eben ihre Ursache darin, daß in der Öffentlichkeit die mannigfaltigsten und wildesten Gerüchte kreisen, durch welche die ganze Sache mehr als verschleiert, ja für ganz Österreich als verderblich bezeichnet wird. Ich nehme keinen Anstand, auch hier zu sagen, daß man das Abkommen in der Creditanstaltsfrage in manchen Kreisen nicht so günstig bezeichnet, als es heute vom Herrn Landeshauptmann dargestellt wurde, und zwar deshalb, weil ein Gerücht auch sagt, man habe dem Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen falsche und nicht vollständige Unterlagen mit zur Verhandlung nach London gegeben. Wenn solche Gerüchte unwidersprochen bleiben und nicht widerlegt werden, dann darf sich doch niemand wundern, wenn tiefste Sorge die Bevölkerung beherrscht, die schon einmal zum Handkuß gekommen ist und eine Blutabzapfung größten Stiles über sich ergehen lassen mußte. Es ist daher wohl mehr als berechtigt, wenn man in aller Öffentlichkeit diese Frage stellt, und es ist auch deswegen von Wichtigkeit, daß diese Frage eindeutig behandelt wird, um endlich einmal klar zu wissen, was wir zu leisten haben und was nicht. Bei dieser Gelegenheit wurde in einem Zwischenruf von einer Seite der Wunsch ausgesprochen, es mögen doch von unserer Seite Verhandlungen geführt werden bezüglich der Creditanstalt. Ja, ich bitte, ich gebe zu, verehrte Herren, daß heute die Führung solcher Verhandlungen nicht einfach ist, und zwar deswegen, weil ja im Lausanner Abkommen alle jene Fragen von den Parteien des Nationalrates, die sich in die Regierung teilen und in der Regierung sitzen, sanktioniert worden sind, die vorher noch von großen Gruppen des Nationalrates als rechtswirksam bestritten wurden. Die Frage der Bundeshaftung, für die die Mitglieder des Nationalrates, also sämtlicher Parteien des Nationalrates — außer dem Heimatschutz — gestimmt haben, hat sich nach den Erläuterungen des damaligen Berichterstatters und jetzigen Finanzministers Doktor Weidenhoffer nur auf die bei der Creditanstalt nach diesem Beschluß gemachten Einlagen bezogen, und die Regierung hat durch ihren Finanzminister, ob mit oder ohne Wissen der übrigen Regierungsmitglieder ist nicht ganz klar, die Haftung für die schon vor diesem Beschluß bestehenden Schulden der Creditanstalt übernommen. Diese Haftung wurde nun im Lausanner Protokoll auch von allen anderen Parteien genehmigt, außer von den Abgeordneten des Heimatschutzes, die sie bekämpft haben. In diesem Abkommen von Lausanne wurde auch diese Frage vom Nationalrat der Regelung zugeführt, die erst den Auslandsgläubigern das volle Recht gegeben hat, die Bundeshaftung auch für jene Schulden der Creditanstalt in Anspruch zu nehmen, die schon vor dem Beschluß des Nationalrates bestanden. Und erst von dem Augenblicke an begannen die Schwierigkeiten, und es wäre ein Zeichen von Demagogie, wollte man nun die Arbeit derjenigen, welche die entstandenen Schwierigkeiten zu vermindern versuchten, verkleinern oder herabsetzen. Das fällt uns nicht ein. Trotzdem bleibt die Verantwortung der Bundesregierung und des Nationalrates restlos bestehen und niemand in diesem Staate wird die Parteien von der Verantwortung für diesen Beschluß

freisprechen können. Die Frage Lausanne ist die letzte und entscheidende Schicksalsfrage, die die Creditanstaltsfrage zu der Katastrophe gemacht hat, die sie für uns bedeutet. Die Frage Lausanne ist es, die man ja mit allen möglichen schönen Versprechungen und Verheißungen mit Riesenlettern in den Zeitungen lesen konnte. Alle diese Verheißungen sind nicht erfüllt worden und das ganze war meiner Ansicht nach nichts anderes, als ein weiches Nachgeben einem Diktate der Auslandsgläubiger gegenüber. Man hat auch noch andere Gründe dafür angeführt, aber ich möchte es mir jetzt versagen, auch auf diese einzugehen. Wir würden es ohneweiters verstehen und begrüßen, wenn durch derartige Notverordnungen jene wirtschaftlichen Gesetze und Verordnungen geschaffen würden, die in der Arbeit eines Jahrzehntes des Nationalrates eigentlich gar keine Rolle gespielt haben. Ich muß bei dieser Gelegenheit schon ganz eindeutig feststellen, daß bei der Verantwortung an der Unfruchtbarkeit des Nationalrates auf wirtschaftlichem Gebiete die sozialdemokratische Partei zumindest die gleiche Verantwortung trifft, wie die anderen Parteien; denn diese Partei hat genau so oder unter Duldung und Mitwirkung der anderen Parteien an unseren Verfassungsgesetzen, an der Geschäftsordnung und an der Gesezwerdung aller wirtschaftlichen und politischen Geseze mitgewirkt oder, wenn etwas Gutes geschaffen werden sollte, durch Opposition, ja durch Obstruktion, eine derartige Besserung verhindert. (Zwischenruf G a u g l.) Sehr richtig, aber Sie haben fleißig mitgewirkt, Sie haben ganz gerne diese Verhinderung hingenommen. Es imponiert mir gar nicht, Herr Abg. G a u g l, wenn Sie jetzt auf einmal durch Zwischenrufe so tun, als ob Sie derjenige wären, der unter allen Umständen das bekämpft, was von der linken Seite, was von Ihren Parteigegnern kommt (Zwischenruf G a u g l), und es ist doch manchmal anders, wenn es Ihnen parteipolitisch paßt. Dann unterhalten wir uns ein bißchen darüber, wie die Verhältnisse im Landeschulrate bei Lehrerernennungen und im Bezirksschulrate sind. (P i c h l e r: „Siehe Leoben!“) Wenn Sie diese Rechtsregierung und den Kurs nach rechts, der so eindeutig behauptet wird, wenn Sie den wirklich in die Tat umsetzen wollten, dann dürften Sie nicht Dinge tun, die schließlich und endlich in der Bevölkerung mehr als gelinde Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Ihrer Behauptung aufkommen lassen. Ich glaube, es besteht ein Vertrag zwischen Schwarz und Rot schon seit einigen Jahren, und der scheint für Sie wichtiger zu sein als die Maßnahmen, welche es verhindern, daß freidenkerische Lehrer bei unseren Kindern die Erziehung leiten. (G a u g l.: „Es verträgt sich doch nicht, wenn die Herren die Marxisten bekämpfen und heute mit ihnen arbeiten wollen!“) Ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Abg. G a u g l, es kommt nicht darauf an, ob man in einer Frage aus verschiedenen Gründen und verschiedenen Einstellungen heraus zum gleichen Ziele kommt, aber es ist ein Unterschied dann, wenn man mit systematischem Vorbedacht und auf lange Sicht nach außen hin behauptet, man sei der Erzfeind des Marxismus und hinter den Kulissen mit ihm Pakte auf lange Sicht schließt. Das ist der Kernpunkt.

Ich habe Sie schon öfter Arm in Arm mit den Marxisten gehen sehen und Ihnen manchmal deswegen keine Vorwürfe gemacht. (R o t k e n m a n n e r: „Sozialdemokraten können netter sein, als Lumpen von Christlichsozialen!“) Ich muß schon feststellen, wenn man gerade uns als Vertretern des Heimatschutzes den Vorwurf macht (Zwischenruf: „Sie vertreten immer eine andere Partei!“), daß die für das Gewerbe (Zwischenruf: „Gerade der Heimatblock!“) bisher erlassenen Notverordnungen durch die Nichtbilligung ... (Zwischenruf M i k o l a.) Das tut Ihnen weh, Frau Abg. M i k o l a, Sie sind auch eine Mitschuldige. Ich gebe ohneweiters zu und bestätige es Ihnen, daß ein Teil Ihrer Anhänger und Abgeordneten zweifellos mit diesem Vorgang nicht einverstanden ist, ich bestätige Ihnen, daß ein Teil Ihrer Abgeordneten zu einer Zeit, als das, was jetzt Minister V a u g o i n als das erste hinstellt, die Änderung der Verfassung und der Geschäftsordnung, durchführbar war, das nicht getan hat, obwohl der Heimatschutz restlos, und nicht nur der Heimatschutz, sondern auch der Großteil der österreichischen Bevölkerung, wirklich der Großteil, hinter Ihnen gestanden ist. Wer ist aber da hinausgegangen und hat gegen diese Verfassungsänderung gekämpft? Der Herr K u n s c h a k. (Zwischenruf K r e n n.) Aber trösten Sie sich. Tatsache ist, Herr Abg. K r e n n, daß K u n s c h a k hinausgegangen ist und mit allen Mitteln gegen diese Verfassungsänderung gekämpft hat, die heute V a u g o i n verlangt. Wir werden die Regierung sofort stützen, wenn sie diese Verfassungsänderung, wenn sie diese Änderung der Geschäftsordnung durchführen und durchsetzen will. Das hat sie bisher aber nicht getan, sie hat bisher nur die Versammlungs- und Pressefreiheit aufgehoben. Ich gebe ohneweiters zu, daß eine Anzahl von Presseerzeugnissen überhaupt nicht geduldet werden dürfte. Ich gebe ohneweiters zu, daß Presseerzeugnisse, die beispielsweise in Wien täglich mit Kübeln voll Unrat die Bevölkerung beslecken, abgestellt werden müssen, aber die hätten schon auf Grund der bisherigen Geseze verboten werden können. Man hat es nicht getan, weil den Marxisten diese Presseerzeugnisse nahegestanden sind, man hat die Bundesgenossen nicht reizen wollen. Tatsache ist, daß man auf Grund der Notverordnung nationale Blätter, großdeutsche Blätter, nationalsozialistische Blätter, also Blätter nationaler Richtung, verboten hat. (Zwischenruf: — Dr. E n g e: „Den Tag!“) Es ist ja gar nicht glaubwürdig und für uns unvorstellbar, daß diese Beschlagnahme der „Arbeiterzeitung“, des „Arbeiterwille“, des „Kleinen Blattes“ den marxistischen Geldsäckel irgendwie wesentlich schmälern und einengen könnte. Wer hat es heute in der Hand, einer Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen über Nacht einige Millionen, ich glaube fünf Millionen Schilling, bar hinlegen zu können? Die Arbeiterbank kann dies. Wenn jemand Bargeld hat, haben es jedenfalls jene marxistischen Organisationen, die, aus welchen Quellen immer sie gespeist werden mögen, nicht nur durch die Tüchtigkeit der Verwaltung roter Wirtschaftsführer so groß geworden sind. Diese Behauptung hat Abg. G f ö l l e r aufgestellt, als er von den Konsumvereinen gesprochen hat. Ich glaube, mich recht zu erinnern, daß

die Zeitungen voll davon waren, worin die Tüchtigkeit roter Wirtschaftskünstler bestand, als es sich um die Frisierung der Bilanz der GÖC und der Zentralorganisation der Konsumvereine handelte. Mit solcher Tüchtigkeit glaube ich gern, daß man eine aktive Bilanz hat und über Kapital verfügen kann. Den Gewerbetreibenden ist dies nicht möglich, weil sie diese ausgezeichnete doppelte und dreifache Buchführung nicht haben, weil sie sich dafür keine Beamten anstellen können, sie haben keine so hohen Erträgnisse, daß eine derart ausgezeichnete Führung für sie möglich wäre. Tatsache ist, daß diese Bemerkungen oder die Vorwürfe, die uns heute wegen unserer Beurteilung der wirtschaftlichen Notverordnungen gemacht wurden, alles andere als am Platz sind. Ich stelle noch einmal eindeutig fest ... (Zwischenruf *K r e n n*.) Wenn Ihnen diese Feststellungen, Herr Abg. *K r e n n*, unangenehm sind, so kann ich nichts dafür. (Zwischenrufe.) Das habe ich vorher schon erklärt, er soll halt ein bißchen aufpassen und geduldig sein. Es ist ja unangenehm. Wir stellen fest, daß wir Notverordnungen, die wirtschaftspolitischer Natur sind, die geeignet sind, eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen, zweifellos nicht bekämpfen, sondern unterstützen werden. Aber die Notverordnungen politischer Natur (*M i k o l a*: „Damit haben Sie die Legalität anerkannt!“) und auch die Notverordnungen wirtschaftlicher Natur beweisen uns, daß man jenen Schäden, die durch das marxistische Gift in unserer Verfassung und in der Geschäftsordnung des Nationalrates sich eingeschlichen haben, nicht ernstlich an den Leib rücken will. Ich werde Ihnen auch Beweise dafür bringen. (Zwischenruf: „Bei der Abstimmung werden wir es sehen!“ — Lebhaftes Zwischenrufe. — Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte, keine Zwiegespräche. (Ing. *W i s a n y*: „Reden so meistens drei!“)

Sornik (fortfahrend): Der Herr Minister *V o u g o i n* hat erklärt, daß er eine Reform der Verfassung dahingehend anstrebt, daß auch der Bundesrat reformiert wird. Das Gesetz über die Reform des Bundesrates ist doch schließlich und endlich lange beschlossen, und es wäre reichlich Zeit gewesen, diese Gesetzesbestimmungen wirksam werden zu lassen. Ich glaube, es hätte in der Bevölkerung nicht nur den größten Widerhall erregt, sondern die Bevölkerung hätte auch die größte Unterstützung der Regierung und einen sehr kräftigen Antrieb all jenen Parteien gegeben, die für diese Reform des Bundesrates eingetreten wären. Obwohl es in hunderten und tausenden Versammlungen und Zeitungsartikeln verlangt wurde, nichts ist geschehen. Es wird mitgeteilt, daß das oberste Gebot für die Regierung und für die Parteien das Staats- und Regierungsinteresse sein müsse. Solange diese Erkenntnis bei allen Parteien nicht gereift sei, werde es unmöglich sein, mit einem Nationalrat zu arbeiten. Ich wünsche, daß diese Erkenntnis sehr bald reift, nicht deswegen reift, daß ein Nationalrat zusammentritt, sondern deswegen reift, daß wirklich einmal für das Volk und nicht für gewisse Bankjuden etwas geschieht.

Da komme ich zu einer Gefahr, die schließlich und endlich uns nicht erst erreichen wird, sondern uns auch

schon ziemlich nahegerückt ist. Wenn von einem Import nationaler Führer nach Österreich gesprochen wird und dann erklärt wird, wir wollen nicht, daß unser Österreich eine Kolonie wird, muß ich schon fragen, ob sich dieses Österreich in der Behandlung gewisser Auslandsstaaten etwas anderes darstellt, als eine Kolonie dieser Staaten. Ist denn die Zumutung, die unserer Bundesregierung anlässlich der durch den Landesverrat der Sozialdemokraten aufgeflogenen Hirtenberger Affäre, ist denn die Zumutung, die die französische Regierung an unsere Bundesregierung gestellt hat, eine eidesstaatliche Versicherung und Erklärung abzugeben, etwas anderes als eine Zumutung, wie man sie einer Kolonie stellt. Wissen Sie, was eine Negerkolonie mit einem solchen Gesandten, der ihrem Präsidenten oder Häuptling eine solche Zumutung gestellt hätte, gemacht hätte? Den Gesandten hätte sie auf einen Bratspieß gesteckt und geschmort. Wir haben sehr fleißig bitten müssen, daß über italienischen Einfluß diese Demütigung gemildert wurde, aber eine Erklärung über die Zurücksendung von Waffen, die zur Reparatur nach Österreich gekommen sind, war abgegeben worden und mußte abgegeben werden, und die Zurücksendung der Waffen mußte durchgeführt werden. Das ist eine Behandlung, die meiner Ansicht nach nicht die Selbstständigkeit eines Staates einwandfrei dokumentiert. Aber wenn man sich dagegen verwahrt, daß an den Grenzpfählen, an unseren Grenzpfählen, die uns von Deutschland trennen, nicht gerüffelt werden dürfe ... (*Dr. E n g e*: „Die schwarz-gelben Grenzpfähle!“) Die schwarz-gelben Grenzpfähle? Vorläufig haben wir noch rot-weiß-rote! Aber, meine sehr Verehrten, es sind in der Bundesregierung zweifellos nicht nur Minister, welche für den Anschluß eintreten, sondern es sind auch solche Minister, welche gegen den Anschluß arbeiten. (Zwischenruf: „Welche denn?“) Ob sie sich die Waage halten, weiß ich nicht, aber zweifellos sind welche, die nicht nur gegen den Anschluß, sondern für den Zusammenschluß gewisser mitteleuropäischer Staaten arbeiten. Die sind zweifellos nicht so offenerzig und decken ihre Karten so auf, wie *Dr. S e i p e l* einmal sagte, daß 95 Prozent des österreichischen Volkes für den Anschluß seien. Da machen sich ganz eigentümliche Bewegungen geltend, die ich deswegen noch nicht aufzeigen und klarstellen will, weil gewisse Informationen noch ausständig sind. Aber wir können Ihnen die Versicherung geben, daß es diesen Gruppen nicht ganz gelingen wird, ihr Ziel so zu erreichen, wie man sich das vorstellt. Ich weiß nicht, was es bedeuten soll, daß es in dem sozialdemokratischen Blätterwald bisher über den Anschluß merkwürdig ruhig geworden ist. Ich weiß nicht, was es bedeuten soll, daß der Präsident des Österreichisch-deutschen Volksbundes, *L ö b e*, den Vorsitz niedergelegt hat, ich weiß nicht, ob die Begründung dieser neuen Richtung den Tatsachen entspricht oder ob sich nicht andere Einflüsse geltend machen, die von Frankreich kommen und vielleicht auch einmal über Österreich nach Deutschland importiert werden und derartige Wirkungen auslösen. Aber zweifellos ist sicher, daß die Liebe der Sozialdemokraten zum Anschluß nach den Ereignissen im Deutschen Reich einigermaßen abgekühlt zu sein scheint. Vielleicht

wünschen sie sogar, lieber k. u. k. Sozialdemokraten zu werden (Wolf: „Genosse Karl!“), als in einem Österrich, das von Nationalen geführt wird, eine weniger bedeutende und einflussreiche Rolle zu spielen. Zweifellos aber werden sie nicht mehr Gelegenheit haben, einen so großen Teil eines Volksstammes, wie es in Österrich geschehen ist und in Deutschland auch auf dem besten Wege war, mit dem Gifte des heiligen Mary zu verfeuchen.

Warum wir aber außer den politischen Notverordnungen, dem Versammlungsverbot und der Pressefreiheit zur Regierung kein Vertrauen haben, liegt auch darin, daß in dieser Regierung eine ziemlich bedeutende Rolle jener Vertreter einer bürgerlichen Partei hat, der zu den Sozialdemokraten recht gute Beziehungen aufrechterhält und der in einer Landestagung seiner Partei ganz offen erklärt hat, daß man mit den Sozialdemokraten verhandeln müsse, daß sich die Verhältnisse zu den Sozialdemokraten ganz anders als bisher, viel günstiger, gestalten müssen. Da wir nicht annehmen können, daß der Vizekanzler Winkel er über Nacht aus einem Saulus ein nach rechts gerichteter Paulus geworden ist ... (Machold: „Herr Abg. Hornik, nicht so laut, er ist draußen!“) Er könnte auch hereinkommen, ich sage ihm das ohne weiteres. Es ist doch jener Herr, der auf Grund, ich weiß nicht, eines kleinen oder großen Ehrenwortes eines marxistischen Führers, die Waffensuche im Ottakringer Arbeiterheim einstellen wollte. (Jug. Wikany: „Sie haben wohl eine blühende Phantasie!“) Das ist zufällig eine erhärtete Tatsache, die Vizekanzler Winkel er selbst bekräftigt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie so phantasiavoll sind und etwas vergessen oder anders sehen, als es von dem betreffenden Beteiligten dargestellt wurde, es wäre denn, es würde wieder ihrer Geistigkeit in irgend einer anderen Form nachgeholfen worden sein.

Wir haben also aus den angeführten Gründen zu dieser Regierung nicht das rechte Vertrauen, und wir erklären ganz offen, daß wir keine Regierung unterstützen werden und daß der steirische Heimatschutz jede Regierung bekämpfen wird — denn wir sind keine Ministerstreber und -kleber —, welche gegen die gesamtdeutsche Lösung auftritt. Nehmen Sie das ruhig zur Kenntnis, Sie können aber auch schreien, wenn es Ihnen besser paßt. Es wird aber sehr charakteristisch sein, wie Sie sich zu dieser Frage stellen. Die Ihnen derzeit noch anhängenden Staatsangehörigen werden Ihnen dann zu dieser Ihrer Stellungnahme die Antwort erteilen, gerade so wie Ihren langjährigen Freunden und Helfern für die Hilfe bei der Stützung dieses Systems, das unsere Wirtschaft und unser Volk an den Abgrund gebracht hat, auch noch die Rechnung präsentiert werden wird. Wir erklären, wenn behauptet worden ist, daß der Heimatschutz Vorteile von den Notverordnungen der jetzigen Regierung gezogen hat — ich glaube, es war der Herr Abg. Rosenwirth, der behauptet hat, daß beim Heimatschutz keine Waffensuche vorgenommen worden ist, während beim Schußbund nach Waffen gesucht wurde —, so muß ich dem entgegenhalten, daß die Vorteile, die der Heimatschutz von der Regierung gehabt hat, in dem

Verbot einiger Versammlungen bestanden haben, und daß wir schließlich und endlich die Waffensuche durch die staatlichen Organe wohl zunächst darum nicht über uns ergehen lassen mußten, weil wir keinen Anlaß dazu gegeben haben, gegen uns so vorzugehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja nach dem 13. September die Entwaffnung des Heimatschutzes so gründlich besorgt worden, daß wir ja nichts mehr haben. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Wissen Sie es besser? Aber dafür sorgen schon die sozialdemokratischen Bürgermeister, daß Heimatschützern, die einmal einen Auszug machen und wegen der durch die Roten verursachten Unsicherheit durch einen Waffenpaß gedeckte Waffen bei sich haben, durch Gemeindevacheleute diese Waffen geraubt werden und ihnen unfer Mißbrauch der Amtsgewalt, trotz Vorzeigen des Waffenpasses, die Waffen abgenommen und beschlagnahmt werden. (Gangl: „Sie müssen dann mit ihnen stimmen!“) Verehrter Herr Abg. Gangl, wenn Sie jedesmal rot würden, sobald Sie mit dem Herzen und mit dem Stimmzettel mit den Sozialdemokraten gegangen sind, würden Sie aus dem Rotwerden nicht herauskommen. Also klopfen Sie an Ihre Brust und erforschen Sie Ihr Gewissen, und dann werden Sie, wenn Sie ehrlich sind, darauf kommen, daß derartige Bemerkungen gerade von Ihnen nicht am Platze sind. (Dr. Enge: „Herr Abg. Hornik: „Da müssen Sie mea maxima culpa sagen!“) Bei uns ist weder eine culpa noch eine maxima culpa. (Meyersner: „Wir brauchen keine Dreiviertelmehrheit!“) Wir haben unsere Stellungnahme zur Regierung davon abhängig gemacht, wie sie sich verhalten hat. Wir haben bisher nicht gesehen und gefunden, daß tatsächlich ein Rechtskurs, der Kurs eingeschlagen wurde, der die in unserer Verfassung, in der Geschäftsordnung liegenden Mängel und Hemmnisse für eine bessere Entwicklung beseitigt und der für die Zukunft verhindert, daß sich abermals so schädliche Einflüsse geltend machen, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben.

Aus diesem Grunde haben wir nicht nur die dringlichen Anfragen eingebracht, sondern auch unsere Resolutionsanträge gestellt. (Beifall beim Heimatsblock.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Professor Dr. Rintelen das Wort.

(Präsident Kölbl übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Rintelen: Ich bringe eine tatsächliche Berichtigung. Ich habe früher eingehend die Frage der Creditanstalt besprochen. Ich möchte nur auf die Ausführungen des Herrn Vordredners berichtigen, daß mir für die Verhandlungen in London nicht unrichtige Unterlagen gegeben worden sind. (Hornik: „Ich nehme das zur Kenntnis!“)

Hartleb: Hohes Haus! Nachdem der Reigen jener Redner, die heute hier im steiermärkischen Landtag gegen die Bundesregierung Sturm gelaufen sind, seine Angriffe vorgetragen hat, möchte ich als Vertreter einer jener Parteien, die dieser Bundesregierung angehören, die Ansicht des Landbundes zur Kenntnis bringen.

Der Landbund hat seit jeher wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund gestellt und möchte ich deshalb auch bei dieser Gelegenheit alles als ein Ganzes betrachten, was heute hier zur Debatte steht und zuerst die wirtschaftliche Seite einer kurzen Betrachtung unterziehen und dann erst von der politischen Seite unseren Standpunkt feststellen. Sicher ist das eine, daß unsere österreichische Bevölkerung nicht seufzt unter dem Drucke irgend einer Regierung, die sie kulturell und national drangsaliert, die ihre Meinungsfreiheit so weit unterbindet, daß es die Bevölkerung nicht aushalten würde, sondern sicher ist, daß die Bevölkerung unter wirtschaftlichen Sorgen seufzt, und deshalb ist es wohl notwendig, daß man die wirtschaftliche Seite einigermaßen im Auge behält. Es mag noch so interessant sein, sich über die Verfassungsmäßigkeit und Legalität der einen oder der anderen Maßnahme zu unterhalten, man wird zehn Meinungen hören können, wovon jede etwas für sich zu haben glaubt, das ist aber nicht ausschlaggebend. Die österreichische Bevölkerung würde das Versammlungsverbot und die Beschränkung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte in bezug auf die Zeitungen und Versammlungen sowie in bezug auf das Parlament mit dem größten Vergnügen ertragen, wenn man in der Lage wäre, die wirtschaftlichen Fragen zu lösen. Darüber bin ich mir vollständig klar, und da wirkt sich die Frage auf, ob die gegenwärtige Bundesregierung bestrebt ist, zu helfen, ob man ihr zumindestens den guten Willen zubilligen darf, soweit die Regierung Maßnahmen treffen kann, diese Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Wenn man die Fragen, die in der Wirtschaft eine ausschlaggebende Rolle spielen, sich vor Augen hält, so kann man im allgemeinen vier Gruppen unterscheiden. Die weitaus wichtigste ist die, daß alle jene, die etwas abzugeben haben, sei es Ware, sei es Arbeitskraft oder irgend eine Leistung, über Absatzschwierigkeiten klagen und niemand in der Lage ist, das, was er leisten könnte, voll auszunützen, weil eben diese Absatzschwierigkeiten hier sind. Sicher ist, daß jeder objektiv denkende Mensch, der einigermaßen Einblick in das Getriebe der Wirtschaft hat und der sich nicht Scheuklappen anlegt, die ihn hindern, über die Grenzen Österreichs hinauszuschauen, zugeben muß, daß niemand behaupten kann, nur in Österreich sei eine Krisenzeit, daß das Parlament, die Regierung so schlecht sei, daß es uns wirtschaftlich so schlecht gehe. Man muß zugeben, daß das eine Krise ist, die die ganze Welt erfaßt hat, gegen die sich alle Staaten mit dem Aufgebot aller Kräfte wehren. Die gescheitesten Leute sind sich nicht darüber im klaren, welche Maßregeln anzuwenden wären, um zu einer baldigen Lösung dieser schweren, tiefgehenden und langandauernden Wirtschaftskrise zu kommen. Wenn man die Frage der Absatzschwierigkeiten sich vor Augen hält und sich fragt, was das Parlament und die Regierung tun können, um in dieser Hinsicht eine Erleichterung zu schaffen, kommt man zur Erkenntnis, daß auch bei bestem Willen und bestem Verständnis, das vorhanden sein mag, gewisse Grenzen von vornherein gegeben sind. Wir müssen uns da etwas zurückerinnern an die

Entwicklung, die die Dinge auf der Welt, insbesondere in Europa, in der Nachkriegszeit genommen haben. Wie der Krieg zu Ende war, wie man mitten in Europa das große, alte, eingelebte Wirtschaftsgebiet Österreich-Ungarn zerrissen, in Teile aufgeteilt und diese einzelnen Teile durch hohe Zollmauern voneinander abgesperrt hat, ist die österreichische Industrie durch diese Zollmauern von ihren gegebenen Absatzgebieten getrennt worden. Wenn man beobachten mußte, daß in dem einen und dem anderen Staate, in Verbindung mit einem überspitzten Chauvinismus, eine Idee sich durchgesetzt hat, die in der Folge verheerend wirkte, daß die einzelnen Staaten geglaubt haben, sie müssen mit der nationalen Selbständigkeit unter allen Umständen auch die wirtschaftliche Selbständigkeit eringen und, wenn notwendig, auch sich sichern, wenn wir daran denken, daß die Nachfolgestaaten getrachtet haben, sich eigene Industrien zu schaffen, künstlich zu schaffen, obwohl die Voraussetzungen nicht da waren, und sich später schon aus Prestigegründen nicht bequemen wollten, diesen Standpunkt aufzugeben und wieder Käufer jener Industrien zu werden, die sie vorher versorgt haben, so ist das eine teilweise Erklärung für die Krise. Nicht nur diese Erscheinung ist zu verzeichnen, sondern vor allem eine ungeheure Verschuldung Europas an Übersee. Beachten Sie den Zinsendienst, der ins Ungeheuerliche geht, so daß eine Abhängigkeit gegenüber den überseeischen Staaten geschaffen wurde, von der wir uns in der Vorkriegszeit nichts hätten träumen lassen. Nun kam noch dazu, daß in einem oder dem anderen Staat die Währung zusammengebrochen ist und daß dies eine Unsicherheit des normalen Handelsverkehrs zwischen den Staaten und Völkern aufgeföhrt und diesen verhindert hat. Wenn man sich zurückerinnert und daran denkt, wie viel Mühe es gebraucht hat, um im Laufe von 13 bis 14 Jahren nach dem Kriege einigermaßen Ruhe und Ordnung herzustellen, daß aber Ereignisse, die auch nicht vom guten Willen einer europäischen Wirtschaft oder eines Parlamentes abhängen, eingetreten sind und die Ursache waren, daß hauptsächlich in Amerika und in anderen Gebieten, die für uns Absatzgebiete bedeutet haben, neue Voraussetzungen entstanden, die das Geschäft unmöglich gemacht haben, dann darf man nicht so kurzichtig sein und sagen, na, die Regierung ist halt schuld, wenn in der Regierung Ordnung wäre, wäre das nicht so. Vergessen wir nicht, daß das große Rußland mit seinen hunderten Millionen Menschen, die früher Abnehmer und Käufer der europäischen Industrie gewesen sind, zum guten Teil, aus verschiedenen Ursachen, einmal wegen des bolschewistischen Systems und dann wegen der Rechtsunsicherheit, die draußen herrscht, als Käufer verloren gegangen sind, aber auch durch das System, das in erster Linie darauf hinausgeht, dort zu kaufen, wo sie lange nicht zu zahlen brauchen. Denken wir daran, daß wir zu den armen Staaten gehören, daß wir nicht der Staat sind mit einer reichen Industrie und nicht in der Lage sind, den Bolschewiken zu sagen, wir liefern euch, zahlen könnt ihr auch in 5 bis 6 Jahren, wie Amerika und England es in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben. Denken wir daran, was in Indien vorgeht, daß

dort seit Jahren eine Bonkottbewegung eingeführt hat, die ihre Folgen für ganz Europa gezeigt hat. Wenn man die Statistik Englands ansieht, wie der Export Englands nach Indien zurückgegangen ist, wenn man sieht, welche Umstellung des Exports dort eingetreten ist, so muß man sagen, daß das die Ursache des Niederganges unserer Textilindustrie ist. Weiters ist zu bemerken, daß China, das einen ununterbrochenen Bürgerkrieg führt, auch nicht mehr als vollwertiger Käufer, nicht nur wegen seiner gesunkenen Kaufkraft, sondern auch wegen seiner Rechtsunsicherheit, in Betracht kommt. Wenn man sich vor Augen hält, daß mehr als tausend Millionen Menschen im Osten von Europa, die früher unsere Käufer gewesen sind, ausgeschieden sind aus verschiedenen Ursachen, zum Teil ganz und zum Teil teilweise ausgefallen sind, dürfen wir uns nicht wundern, daß eine allgemeine Krise in der europäischen Industrie eingetreten ist. Wenn wir denken, mit welchen überpizten Mitteln in Amerika die agrarische Produktion in den ersten Jahren nach dem Kriege fortgesetzt wurde, wie dort von Jahr zu Jahr um viele tausend Hektar die Anbaufläche hinaufgetrieben wird durch einen Finanzierungsbluff an der amerikanischen Bevölkerung, wie ihn die Weltgeschichte überhaupt noch nicht gesehen hat, und daß eine lange Zeit die Produktion unnatürlich gesteigert und aufrechterhalten wurde, so ist es klar, daß der Zusammenbruch kommen mußte, weil der Absatz nicht vorhanden war und nicht vorhanden sein konnte, weil die großen Landgesellschaften, die viele Millionen Dollar für die neuen Ländereien ausgegeben haben, die Neuemissionen dazu verwendet haben, um die alten Zinsen zu zahlen. Das ist nur so lange gegangen, bis einmal vor der Ernte die Lagerhäuser voll waren und keine neuen Anteilscheine mehr anzubringen waren. Wenn wir uns diese große Erschütterung, die den ganzen Erdball in ihrer vollen Wirkung miteinbezog, vor Augen halten, dann muß jeder, der objektiv und mutig genug ist, das eingestehen, daß aus allen diesen starken Gründen heraus Krisenerscheinungen vorhanden sind, die stärker sind als wir, daß wir in einer Zeit leben, wo es notwendig ist, alle Kräfte zusammenzunehmen, um aus den wirtschaftlichen Wirren herauszukommen. (Lebhafter Beifall. — Christlichsoziale Rufe: „Sehr richtig!“) Es ist da nichts schlechter, als in einer solchen Zeit Parteipolitik zu machen, die Wirtschaftsnot und das Elend dazu auszunützen, um sich parteipolitische Anhänger zu sichern. (Bravo-Rufe bei den Christlichsozialen.) Wenn gesagt wird, die bürgerlichen Parteien sind zu feig, um hinauszugehen und den Leuten in Versammlungen Rede zu stehen, so ist das falsch, Herr Abg. Gföller. Ich gebe Ihnen den Vorwurf zurück. Sie sind zu feig gewesen, es Ihren Leuten zu sagen, wir müssen in dieser Zeit und wegen dieser wirtschaftlichen Katastrophenerscheinungen unseren Oppositionsstandpunkt aufgeben (Beifall beim Landbund und den Christlichsozialen), wir müssen mit den anderen zusammenhalten. Dazu haben Sie den Mut nicht aufgebracht. Sie bringen den Mut nur auf, die anderen zu bekämpfen. (Gföller: „Für eine solche Politik können wir nicht eintreten!“) Wir werden uns hier im Landtag, Herr Abg. Gföller, über die Frage Kapita-

lismus oder Bolschewismus sicher nicht endgültig auseinandersetzen können, aber ich möchte eines sagen: Auch Ihre Partei und auch die Arbeiterschaft, auch die Leute, die Sie in die gesetzgebenden Körperschaften entsendet haben, würden es verstehen, wenn die Führer hergehen und sagen würden, stellen wir auf die Zeit der Wirtschaftskrise unsere politischen Forderungen zurück, arbeiten wir mit den Bürgerlichen zusammen, trachten wir, mit gemeinsamen Kräften die wirtschaftliche Not soweit als möglich zu lindern, um so gemeinsam und vielleicht schneller aus der Schlamastik herauszukommen, als es möglich wäre, wenn nur ein Teil der Volksvertretung das Bestreben hat und der andere Teil, der ebenso stark ist, sich in der Rolle der Opposition gefällt und die Wirtschaftskrise dazu benützt, um neue Anhänger zu gewinnen. (Gföller: „Wir waren ja bereit, aber man hat uns für diese Bereitschaft nur verhöhnt!“) Sie hätten es versuchen müssen, jene Leute, die in Ihren Reihen Sie daran gehindert haben, auszuschalten; ich zweifle nicht daran, daß es in Ihren Reihen Leute gibt, die Verständnis für diese Dinge aufgebracht hätten — Sie hätten dazu beitragen müssen, diejenigen auszuscheiden, die Sie daran hindern wollten. (Wolf: „Weil man die Arbeiterschaft Ihnen nicht ausliefern wollte!“)

Wenn man die Absatzschwierigkeiten, um bei diesem Kapitel zu bleiben, weiter betrachtet, muß man sagen, daß das erst in der Nachkriegszeit, zuerst durch die Friedensverträge und später durch die Handelsverträge festgelegte Meistbegünstigungssystem, in der Art, wie es damals festgelegt wurde, uneingeschränkt, unbedingt und ausnahmslos, daß dieses System sich geradezu unheilvoll für die europäischen Staaten ausgewirkt hat. Die Meistbegünstigungsklausel ist dem österreichischen Staat durch den Friedensvertrag sicher über Einflußnahme anderer liberaler Wirtschaftskreise aufgezungen worden, die sich gesagt haben, wir werden die Friedensverträge dazu benützen, um Österreich zu zwingen, jenen Staaten, mit denen es Handel treiben will, die uneingeschränkte, unbedingte Meistbegünstigung zu gewähren. Man hat sich damals in österreichischen, aber auch in reichsdeutschen Kreisen viel davon versprochen. Mir ist nicht unbekannt, daß in früheren Jahren führende Kreise den Standpunkt vertreten haben, daß es unmöglich sei, die Meistbegünstigung aufzuheben, daß das der einzige Schutz sei, die österreichischen Produkte im Ausland abzusetzen. Es waren die landwirtschaftlichen, die agrarischen Vertreter, insbesondere in Österreich, die rechtzeitig gewarnt haben, die aber lange nicht gehört wurden. Aber auch der damalige österreichische Delegierte Dollfuß hat als erster bei der Wirtschaftskonferenz in Genf im Rahmen des Völkerbundes die Frage der Meistbegünstigung und die Notwendigkeit der Lockerung dieser Bestimmung angeschnitten, und wenn es endlich gelungen ist, nach jahrelangem Kampf, in Stresa durchzusetzen, daß man jetzt offene Präferenzverträge erlaubt, daß die Staaten vernünftige Verträge tätigen dürfen und sagen, kauft du bei mir, so kaufe ich bei dir, so daß man nicht gezwungen ist, jeden Vorteil, den ich dem Käufer meiner Ware einräume, auch den einzuräumen, der bei mir nicht kauft, so ist das sicherlich

nicht zuletzt ein Verdienst der agrarischen Vertreter in Österreich und der Vorteil kommt nicht allein der Landwirtschaft zugute, sondern das sieht auch die Industrie selbst ein, daß es ganz falsch war, auf dem Geleise der Meistbegünstigung zu fahren. Stresa war eigentlich die Station, die uns das Tor aufgemacht hat zu einer verünftigen Lösung unserer handelspolitischen Fragen. Es ist sicher dem Landtage nicht unbekannt, daß man auch in den vorhergehenden Jahren wiederholt versucht hat, mit einer gewissen Präferenz in Handelsverträgen etwas zu erreichen. Ein klassisches Beispiel war der im Jahre 1930 mit Ungarn abgeschlossene Handelsvertrag. Nachdem damals Präferenzen noch nicht erlaubt waren, hat man einfach eine Form von Geheimvertrag gemacht. Die Regierung hat mit Recht geglaubt, damit einen großen Erfolg erzielt zu haben, weil die Ungarn unseren Wünschen in weitgehender Weise entgegengekommen sind. Wie aber andererseits Ungarn später den Vertrag nicht gehalten hat, hat sich herausgestellt, daß derartige Geheimverträge deshalb sinn- und zwecklos sind, weil ihre Einhaltung nicht vor einem internationalen Schiedsgericht zu erzwingen ist, weil eine Klage abgewiesen werden kann, weil von vornherein solche Verträge vom Standpunkte der Meistbegünstigung überhaupt verboten sind. Wenn es in Stresa gelungen ist, in dieses System Bresche zu schlagen, daß es den mittel- und osteuropäischen Staaten oder den Nachbarn dieser Staaten gestattet wurde, in ihre Verträge solche Präferenzklauseln aufzunehmen, so ist das ein Erfolg jener Regierung, die heute noch am Ruder ist, ein Erfolg, der viel zu wenig gekannt oder zumindest viel zu wenig gewürdigt wird. (Beifall bei den Christlichsozialen und dem Landbund.) Wie Stresa vorüber war, mußten wir feststellen, daß die Regierung keine Möglichkeit, keine Gelegenheit, die sich ergeben hat, versäumt hat, um mit den einzelnen Staaten Präferenzverträge zu bekommen. Wenn wir nicht in der Lage gewesen sind, den wichtigsten Vertrag, den mit Deutschland, zuerst zu machen, so hat das seine Gründe gehabt. Den auf Grund der Vereinbarungen von Stresa müssen alle Verträge der Europakommission zur Genehmigung vorgelegt werden. Wer weiß, welch großen Einfluß Frankreich im Völkerbund hat und mit welchem Argwohn es jede Annäherung Österreichs an Deutschland zu verhindern sucht, der muß es billigen, daß die Regierung zum Entschluß kam, zuerst andere Verträge im Sinne dieser Abmachungen der Kommission vorzulegen, um nicht dadurch, daß zuerst der Vertrag mit Deutschland kommt, den Widerstand Frankreichs wachzurufen. Wir haben inzwischen einen Präferenzvertrag mit Ungarn bekommen — die Meinungen über diesen Vertrag gehen auseinander. Ich bin der Meinung, daß dies nicht mehr lange dauern wird. Die günstigen Auswirkungen werden wir erst in ein bis zwei Monaten sehen, und dann wird die Bevölkerung anerkennen müssen, daß der Vertrag gut war und günstige Folgen gehabt hat. Es ist auch gelungen, mit Frankreich einen Präferenzvertrag hinsichtlich Holz zu machen, und zwar in einer ganz bedeutenden Menge, in einer viel größeren, als wir bisher ausgeführt haben: 15.000 Waggon Schnittmaterial mit einer

Rückvergütung von 25 französischen Franken pro Festmeter. Für uns ist das keine Kleinigkeit und wir haben als einziger Staat diesen Zollvorsprung von 25 Franken, also zumindest 7 österreichische Schilling. Es wird auch verhandelt mit der Tschechoslowakei und Polen sowie mit Deutschland.

Es wird gerade in der jetzigen Zeit immer wieder in Österreich der Versuch unternommen, jeden, der nicht ununterbrochen das Wort „national“ im Munde führt, den Vorwurf zu machen, er sei kein Deutscher, er sei ein schlechter Deutscher (Beifall bei den Christlichsozialen. — Peinlinger: „Sehr richtig!“), und wenn man es einmal wagt, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, so kann es einem passieren, daß das als Feindseligkeit gegenüber dem Deutschen Reich aufgefaßt wird. Wir sind weit davon entfernt, feindselig gegenüber Deutschland eingestellt zu sein, müssen aber doch sagen, daß gerade die Entwicklung, die der Warenverkehr zwischen Österreich und Deutschland in den letzten Jahren genommen hat, uns zwingt, die Forderung aufzustellen, daß unsere Bundesregierung bei den Handelsverträgen mit Deutschland die Nackensteife zeigt, die sehr oft von der Bundesregierung verlangt wird. (Peinlinger: „Sehr richtig! Jawohl!“), Ich möchte nicht von vornherein behaupten, daß Hitler oder die neue deutsche Regierung wieder die Absichten habe, den alten Zustand zu erhalten, wir wissen noch nicht, welche Absichten die Reichsregierung hat, da bis jetzt noch nicht verhandelt wurde — die Verhandlungen wurden nämlich mit dem Tode der Bestellung der neuen deutschen Regierung abgebrochen —, aber wir wissen, wie schlecht unsere Situation gegenüber Deutschland ist. Wenn wir uns unsere steirische Wirtschaft vor Augen halten, müssen wir alle zugeben, daß unser steirisches Wirtschaftselend zum guten Teil darauf zurückzuführen ist, daß wir unser Holz nicht anbringen. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Sehr richtig!“)

Da möchte ich nun einige Ziffern bringen, die, glaube ich, für die Öffentlichkeit nicht uninteressant sein dürften. Richtig ist, daß in Deutschland der Verbrauch an Holz infolge der Wirtschaftskrise ganz ungeheuerlich zurückgegangen ist, und das ist eine Erscheinung, die sich natürlich auch auf uns auswirken muß. Die deutschen amtlichen Statistiken sagen uns, daß Deutschland in den letzten fünf Vorkriegsjahren an Nutzholz einen jährlichen Verbrauch von 40 Millionen Festmetern gehabt hat. In den deutschen Wäldern wachsen im Jahre nicht mehr als 25 Millionen Festmeter Holz zu. Deutschland war daher damals gezwungen, jährlich 15 Millionen Festmeter im Ausland zu kaufen. Nachdem wir als Österreicher mit unserem Holz frachtlisch sehr günstig gelegen sind, ist ein Großteil davon in Österreich gekauft worden. Die deutsche Statistik sagt uns nun, daß der Holzverbrauch im Jahre 1931 nicht mehr 40 Millionen Kubikmeter, sondern 24 Millionen gegenüber einem Zuwachs von 25 Millionen betragen hat. Wir sehen also, daß Deutschland, das früher eines Zuschusses von 15 Millionen bedurfte, auf einmal ein Überschußland geworden ist und selbst 1 Million Kubikmeter Holz ausführen könnte. Das beweist wieder, daß die Deutschen jene Holzmenge,

die sie trotz allem doch noch einführen, zum größten Teile im Transithandel wieder exportieren. Und wenn wir die Ziffern der letzten Jahre anschauen, müssen wir vor allem eine Beobachtung machen, und müssen infolge des Umstandes und in Verbindung damit, daß Deutschland eine nationale Regierung hat, die sich ganz besonders die Aufgabe gestellt hat, den Bolschewismus zu bekämpfen, uns eine Hoffnung begründen. Die deutsche Holzeinfuhr in Zehntonnenwaggonen hat im Jahre 1927 843.000 Waggon betragen, 1928 war sie noch höher, nämlich 895.900 Waggon. Im Jahre 1929 war sie nur mehr 704.070, im Jahre 1930 nur mehr 561.810 und im Jahre 1931 waren es nur noch 315.810 Waggon gegenüber 843.000 Waggon im Jahre 1927, also eine Verminderung der Gesamteinfuhr um rund eine halbe Million Waggon. In derselben Zeit hat sich aber folgendes entwickelt: Die österreichische Einfuhr, das heißt die Holzeinfuhr Deutschlands aus Österreich, die 1927 75.620 Waggon betragen hat, im Jahre 1928 105.600 Waggon, ist im Jahre 1929 heruntergegangen auf 45.170 Waggon, im Jahre 1930 auf 36.580 und im Jahre 1931 auf 14.150 Waggon. Im abgelaufenen Jahre 1932, wo die amtliche Statistik noch nicht vorliegt, dürften es schätzungsweise noch 2000 Waggon gewesen sein. Also von 105.000 Waggon im Jahre 1928 auf derzeit 2000 Waggon herunter. Das würde zu verstehen sein, wenn auch die anderen Staaten in der Einfuhr im ähnlichen Maße zurückgegangen wären. Dann könnte man sich das erklären mit dem Rückgang des Verbrauches an Holz. Wenn wir aber nachsehen, wie die Geschichte mit Rußland aussieht, so finden wir folgendes: Rußland hat im Jahre 1927 nach Deutschland verkauft 28.700 Waggon, 1928 40.290 Waggon, im Jahre 1929 99.290, im Jahre 1930 130.220 und im Jahre 1931 109.730 Waggon. Die russische Einfuhr ist genau in demselben katastrophalen Ausmaße gestiegen, als wie die österreichische zurückgegangen ist. Hier glaube ich, gibt es für die nationale Regierung im Reiche Gelegenheit, einerseits den deutschen Brüdern in Österreich zu helfen und andererseits den Kommunismus auf das wirksamste zu bekämpfen. Das ist eine Hoffnung, die ich an diese Ziffern knüpfen möchte.

Wir haben aber nicht nur bei Deutschland so große Rückgänge im Export, wir haben bedauerlicherweise in den letzten zwei Jahren auch gegenüber Jugoslawien einen solchen Ausfall in unserem Export, obwohl Jugoslawien von der österreichischen Regierung immer so behandelt wurde, daß nur ja unserem Export nichts geschieht. (Zwischenruf *Leichin*.) Herr *Leichin*, ich sehe Ihnen später, wenn Sie in zusammenhängender Rede auf meine Ausführungen etwas zu antworten haben, als Gegenredner mit Vergnügen zur Verfügung. Gegenüber Jugoslawien haben wir noch vor zwei Jahren eine aktive Handelsbilanz gehabt, und im letzten Jahre haben wir zirka dreimal soviel dem Werte nach dort gekauft, als Jugoslawien von uns. Daß das in einer Zeit, wo es uns ohnehin so schlecht geht, nicht erträglich ist, und daß es auch nicht erträglich ist, daß das kleine, schwache Österreich gegenüber dem großen Deutschen Reich mit mehr als 200 Millionen Schilling im Jahre in der Handelsbilanz passiv ist, das muß allen

klar sein. Wenn wir uns aber die Bestrebungen unserer Regierung vor Augen halten und sehen, daß dieselbe bestrebt ist, mit allem Ernste einzugreifen und sich nicht gescheut hat, zu dem Zeitpunkte, wo infolge der labilen Verhältnisse, die nun einmal in der europäischen Wirtschaft vorhanden sind, der Zoll ein wirksames Mittel zur Regelung der Einfuhr nicht mehr darstellte, zum System der Verbote und Erlaubnis-scheine zu greifen, daß wir in Österreich zu dem einzig möglichen Wege der Präferenzverträge gekommen sind, das haben wir dieser heute so angegriffenen Bundesregierung zu verdanken. Ich fühle mich als Angehöriger einer der Regierungsparteien verpflichtet, diese Tatsachen, die für die Regierung sprechen, hier anzuführen, weil es an Angriffen nicht gefehlt hat. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Sehr richtig!“ — *Gföller*: „Aber ohne Notverordnungen!“) Darüber werde ich später noch sprechen.

Was die Frage der Absahschwierigkeiten anbelangt, so müssen wir nicht nur zugeben, daß die Regierung bei den Handelsvertragsverhandlungen alles getan hat, was im Bereiche der Möglichkeit gelegen ist, sondern wir müssen auch zugeben, daß gerade die Regierung Vollfuß den Mut gehabt hat, nicht immer sehr beliebte und sehr angefeindete Gesetze für Österreich zu erlassen, die eine geregelte Beschickung der landwirtschaftlichen Märkte in Österreich zur Folge gehabt haben und wenigstens ermöglichten, den Preisverfall, wie er in den Nachbarstaaten eingetreten ist, bei uns zu vermeiden. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Das war keine Kleinigkeit. Auch die Bauernschaft hat das nicht gleich zur Gänze verstanden, denn sonst hätte sie genug Sinn für diese Arbeit gehabt, um nicht von vornherein diese Gesetze schlecht zu machen und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat den Mut aufgebracht, das müssen Sie zugeben, daß sie nicht nur nicht untätig gewesen ist, sondern Maßnahmen getroffen hat, die von weitgehendem Verantwortungsbewußtsein für die Wirtschaft Zeugnis ablegen.

Ein weiteres Gebiet, auf dem die Wirtschaft sehr klagt, ist die Belastung der Wirtschaft mit öffentlichen und sozialen Lasten, die sich nicht in dem Ausmaße vermindert haben und auch nicht vermindern konnten, wie sich die Tragfähigkeit der Wirtschaft vermindert hat. Daß bei derartig großer Herabminderung des Absatzes der Produktion sich Auswirkungen einstellen mußten, die die Lasten, die früher noch erträglich erschienen sind, heute unerträglich machen, wird eigentlich von niemandem bestritten. Obwohl hier heute einigemal gesagt wurde, daß die Regierung daran denkt, sogar daranzugehen, auf sozialem Gebiete unter Umständen mit Notverordnungen das eine oder das andere zu machen, und dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, als ob das das allergrößte Verbrechen wäre, das man sich vorstellen kann, möchte ich es doch nicht unterlassen, die Forderung an die österreichische Bundesregierung zu erheben, sie möge die Gelegenheit, die sich jetzt ergibt, dazu benützen, um mit Notverordnungen diese schwere Frage, die das Parlament leider nicht lösen konnte, zu machen (Beifall beim Landbund und den Christlichsozialen), eine gründliche Reform, die sich nicht darauf beschränken darf, viel-

leicht bei der Landarbeiterversicherung das eine oder das andere zu machen, sondern die sich auf das gesamte Gebiet der Sozialversicherung für alle Stände erstrecken muß. Das ist die Forderung, die wir an die Regierung erheben, die wir namens der Wirtschaft erheben müssen, wenn wir es mit der Wirtschaft auf meinen, die wir aber auch namens der Sozialversicherungsinstitute erheben müssen. Wenn das nicht rechtzeitig geschieht, wird der Zusammenbruch der Institute, jener Einrichtungen, die Sie glauben schützen zu müssen mit jener Hartnäckigkeit, die schlecht, die nicht angebracht ist, weil die Wirtschaft die Belastung nicht ertragen kann, die Folge sein. (R e s c h: „Sehr richtig!“ — L e i c h i n: „Ob die Christlichsozialen Arbeiter damit einverstanden sein werden?“) Wir haben immer den Mut gehabt, für das einzustehen, was wir sagen, und ich werde in Versammlungen draußen genau mit der gleichen Offenheit über die Dinge reden, wie hier. Es gibt genug Arbeiter, und es gibt sozialdemokratische Abgeordnete genug, die selbst überzeugt sind und wissen, daß etwas geschehen muß, und wenn Sie dagegen donnern, bevor die Regierung noch dazugekommen ist, so ist das nicht ernst zu nehmen, es gibt manchmal auch Theaterdonner. (Beifall bei den Christlichsozialen. — L e i c h i n: „Den hört man von da drüben sehr oft!“)

Die Bundesregierung hat nicht nur die Aufgabe, in bezug auf diese Belastung der Wirtschaft etwas zu tun, die es ermöglichen soll, die Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen, leichter mit ihren Einnahmen auszukommen und da hat sie bereits den Anfang gemacht, sondern sie hat auch die Aufgabe, in bezug auf Zinsbelastung alle Schritte zu unternehmen, die unternommen werden sollen. Ich möchte überhaupt darauf hinweisen, daß eines der brennendsten Probleme, um die es sich handelt, das Problem der Kreditbeschaffung im unbedingt notwendigen Ausmaße ist. Bei uns in Steiermark sind die Verhältnisse noch schwieriger als in anderen Bundesländern, und zwar deswegen, weil allen österreichischen Bundesländern mehr langfristige Kredite zur Verfügung stehen, als bei uns. Wir sind das letzte Land, das eine Hypothekenanstalt bekommen hat in einer Zeit, wo der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen beinahe nicht mehr möglich gewesen ist wegen der Verhältnisse am Geldmarkte. Wenn die Regierung durch Notverordnungen Vorsorge getragen hat, daß Mittel des Bundes und der Nationalbank zur Verfügung gestellt werden, um Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen abzusetzen, so müssen wir ihr dankbar sein. (Beifall auf der Rechten.) Sie hat gezeigt, daß sie für die brennendsten Fragen der Wirtschaft Einsicht hat. (L e i c h i n: „Die Bauern werden enttäuscht sein!“) Herr L e i c h i n, Sie werden mich nicht davon überzeugen, daß das nicht richtig ist, Sie sind ja selbst nicht der Überzeugung, daß das schlecht ist. Aber Sie trachten, den guten Eindruck, den diese Maßnahme bei der Bevölkerung erwecken muß, zu verwischen, indem Sie irgend welche nebulose Gegenbeweise aufstellen. (L e i c h i n: „Das ist nur optisch!“)

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch einige Wünsche an die Regierung richten. Die anderen Par-

teien und Gruppen haben auch ihre Wünsche zur Kenntnis gebracht. Ich glaube, daß man bei der Frage des Kreditproblems die Regierung vor allem bitten muß, daß sie nicht mehr Zeit verstreichen läßt, als notwendig ist, um eine gründliche Reform des ganzen Kreditwesens durchzuführen. Dabei möchte ich vorausschicken, daß wir unbedingt auf dem Standpunkt stehen, daß die Währung der wichtigste Annex des Staates ist. Wenn die Nationalbank auch keine Staatsbank ist, so müssen wir unter allen Umständen auf dem Standpunkt stehen, daß Staat und Wirtschaft nur dann in Ordnung sein kann, wenn die Währung in Ordnung ist. Wir stellen keine Forderungen, die von einer Art sein könnten, durch welche die Währung gefährdet werden könnte, aber wir können uns vorstellen, daß bei gutem Willen, ohne Gefährdung der Währung, Mittel und Wege gefunden werden können, um dem dringendsten Kreditbedürfnis, vor allem nach Ermäßigung des Zinsfußes, Rechnung zu tragen. Wir können uns vorstellen, daß einerseits Nationalbank und Postsparkasse, die Kreditinstitute des Bundes selbst und was sonst in Betracht kommt, große Versicherungsgesellschaften, Mittel langfristig zur Verfügung stellen. Dadurch, daß wir langfristige Kredite bekommen und die Spar- und Raiffeisenkassen Kredite ablösen können, die dem Wesen nach nicht dahin gehören, eigentlich langfristige Kredite sein müssen, machen wir Kredite flott und setzen sie in die Lage, wieder Personalkredite geben zu können, was ihnen heute nicht möglich ist, weil sie ihre Mittel in lang- und mittelfristigen Krediten festgelegt haben. Die Nationalbank ist in den letzten Jahren einige Male mit dem Zinsfuß heruntergegangen. Auch hier müssen wir zugeben, daß es die Regierung nicht daran fehlen ließ, darauf Einfluß zu nehmen, daß der Nationalbankzinsfuß heruntergesetzt wurde. Die Bevölkerung ist leider sehr vergeßlich, man muß es ihr manchmal etwas in Erinnerung rufen. Wir haben noch im Jahre 1931, Mitte des Jahres, einen Nationalbankzinsfuß von 12 Prozent in Österreich gehabt, und wir sind heute auf 6 oder 6 $\frac{1}{2}$ Prozent, und da ist es falsch, zu behaupten, daß in der Richtung nichts geschehen sei. (Dr. R i n k e l e n: „Sehr richtig!“) Richtig ist, daß die Kreditnehmer die Auswirkung nicht in dem Maße zu spüren bekommen haben, als sich das ziffernmäßig bei der Nationalbank darstellt. (Dr. R i n k e l e n: „So ist es!“) In dieser Richtung gehen meine Wünsche an die Bundesregierung. Ich würde bitten, daß die Bundesregierung verschiedene Dinge, die ihr in die Hand gegeben sind, verschiedene Begünstigungen und Erleichterungen davon abhängig macht, daß die Kreditinstitute die Zinsspanne erniedrigen. Man hat gestern, wie ich höre, eine Notverordnung erlassen, die wohl die wichtigste Voraussetzung schafft für die Herabsetzung der Zinsspanne, nämlich die Angestelltenverträge bei den Geldinstituten zu beseitigen oder zu ändern. Sie waren ein absolutes Hindernis für die Reform der Kreditinstitute und unseres Kreditwesens. Bevor das nicht geschehen war, war das ganze Gerede Wasser, sonst nichts anderes. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Sehr richtig!“) Das war die erste und wichtigste Voraussetzung. Man kann keine Banken

zusammenlegen, abbauen, wenn man sich sagen muß, man hat das Geld nicht, um die Abfertigungen zu zahlen, die auf Grund der Verträge zu bezahlen sind. (Jira: „Die hohen Einzelverträge der Direktoren!“) Der erste Schritt ist daher sicher geschehen. Ich bin der Meinung, daß die Regierung weitere Schritte in Aussicht hat und daran wird denken müssen, auch die Rentensteuer, die bei den einzelnen Krediten sehr hoch ist, die bis 10 Prozent der Zinsen beträgt, herabzusetzen, daß man aber neben der Ermäßigung der Rentensteuer auch die Lohnabgabe, die auch im erhöhten Ausmaße die Geldinstitute belastet, abbauen muß, und daß man verschiedene andere Dinge, die Möglichkeit, bei der Nationalbank billiges Geld in Anspruch zu nehmen, davon abhängig macht, daß das entsprechende Geldinstitut seine Zinspanne vermindert. Das wird gesünder sein, als im Geseze zu sagen, der Zinsfuß darf nicht höher sein, als sonst. Mit letzterer Maßnahme haben andere Regierungen schlechte Erfahrungen gemacht. Die Maßnahmen, welche die österreichische Regierung auf dem Gebiete trifft, müssen zwei Merkmale tragen: Erstens dürfen sie nicht die Währung schädigen und zweitens dürfen sie nicht nur dem helfen, der schon einen Kredit hat, sondern dürfen auch nicht verhindern, daß der, der einen Kredit braucht, einen solchen bekommt. Gesezliche Bestimmungen über den Zinsfuß haben ebenso wie Moratorien und Exekutionsaufschub nur den geschützt, der schon einen Kredit hat, haben aber demjenigen, der einen Kredit sucht, größte Schwierigkeiten gemacht. Diese Fälle sind manchmal noch dringender als andere. Wir müssen daher an die Bundesregierung das Ersuchen richten, ohne Rücksicht auf die Angriffe, die hier gegen sie erhoben werden, auf dem Gebiete das Notwendige zu machen, mit Notverordnung zu machen, weil das Parlament nicht imstande ist, das rechtzeitig durchzuführen. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Leichin: „Das ist eine demagogische Einstellung!“) Über die demagogische Einstellung werden wir noch reden.

Eine weitere wichtige Seite, die die Wirtschaft betrifft, ist die, Arbeit zu schaffen, die Möglichkeit zu schaffen, vom Heer unserer Arbeitslosen wenigstens einen Teil wieder von Rentenempfängern zu arbeitenden Menschen zu machen. Auch auf dem Gebiete müssen wir der Regierung zugeben, daß sie in den paar Tagen, wo sie die sogenannte Diktatur führt, schon die ersten Schritte gemacht hat, wenn es auch nicht ein 100prozentiger Erfolg wird. Wenn wir 30.000 Menschen mehr beschäftigen können, so haben wir 30.000 Zahler mehr und 30.000 Empfänger weniger bei der Sozialversicherungsanstalt; es wirkt sich das also doppelt aus. Es sind schon in der abgelaufenen Zeit sehr viel Programme gemacht worden, die alle sehr schön sind, und jedem einzelnen Verfasser dieser Programme billige ich den guten Willen und die gute Absicht zu. Man hat zum Beispiel gemeint, mit Siedlungsbauten und mit Straßebauten, mit Meliorationen usw. zu helfen. Aber das eigentliche Kernprojekt, das hat die Regierung gemacht, indem sie gestern Vorsoorge getroffen hat für die Finanzierung solcher Dinge, denn ohne Geld sind die schönsten Dinge

für die Kaß, denn ohne Geld kann man weder Siedlungsbauten noch sonst etwas machen und daher müssen wir der Regierung sagen: Auf dem Wege nur so weiter! (Beifall bei den Christlichsozialen und beim Landbund. — Gföller: „Das ist der demokratische Bauer!“) Ich komme schon noch zurück auf die Demokratie.

Das sind die vier wichtigsten Kapitel, die, vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen, uns hinsichtlich der Frage, ob die Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat oder nicht, interessieren. Ich bin der Überzeugung, daß die wichtigsten dieser Fragen mit dem Parlament nicht rechtzeitig hätten gelöst werden können, und wir können nicht solange warten, bis die Wirtschaft zusammengebrochen ist. Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn wir gesagt hätten: Ja, Ihr seid zusammengebrochen, wir konnten aber den demokratischen Weg nicht verlassen. Es gibt ein Notrecht auch für die Wirtschaft, und für diese muß alles zurückstehen, auch die demokratische Form, wenigstens vorübergehend.

Es ist gesprochen worden, ob es legal ist, diese Notverordnungen zu machen oder ob es nicht ein Verfassungsbruch ist. Man hat getrachtet, ein starkes Wort zu finden, als ob die Regierung geradezu ein Verbrechen begangen hätte (Gföller: „Nach dem Strafgesez, ja!“), weil sie sich entschlossen hat, in dieser Notzeit die Verantwortung allein zu tragen. Man könnte sich vorstellen, daß man sich strengt an die in Österreich existierenden Geseze hält und daß die Wirtschaft dabei zugrunde geht, dann würde man der Regierung auch den Vorwurf nicht erspart haben. Schließlich ist es umstritten, ob Ihre Auslegung die richtige ist oder die der anderen. Es ist wohl verständlich, wenn diejenigen, die die Verantwortung tragen, sich das Recht nehmen, die anderen Herren, die nicht mitarbeiten und die nicht wollen, die es ablehnen, die Verantwortung zu tragen, wenigstens daran zu hindern, die Bevölkerung ununterbrochen in der maßlosesten Weise aufzuheizen gegen diejenigen, die zum Agitieren keine Zeit haben, weil sie arbeiten müssen. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Wer in der Regierung sitzt und arbeiten muß, wer ein Amt zu verwalten hat und es ernst nimmt und seine Pflicht tut, der kann nicht jeden Tag in eine Versammlung gehen. Es ist keine Feigheit, sondern eine Notwendigkeit, daß man diejenigen, die in wirklich übertriebener und wirklich persönlicher, gehässiger und unerantwortlicher Weise die Regierung, die ihre Pflicht tut, in Wort und Schrift immer wieder angegriffen haben, nunmehr daran hindert.

Auch die Bevölkerung versteht diese Maßnahmen. Man kann mit den Leuten aus allen Lagern sprechen und alle werden sagen: Ja, wir können es schon verstehen, daß man diese Lügen und Verleumdungen einmal abdröseln muß und sich das nicht gefallen lassen kann. Wenn lauter verantwortungsvolle Redner und Zeitungsreiber gewesen wären, die wissen, daß Journalisten und Redner in einer Volksversammlung nicht nur große Rechte, sondern auch Pflichten haben, so wären diese Maßnahmen nicht notwendig geworden.

Aber wenn sie sich überhaupt nicht die Mühe nehmen, sachlich in die Materie einzudringen, wenn man zumeißt feststellen muß, daß sie die Gesetze, über die sie schimpfen, nicht gelesen haben und die Dinge überhaupt nicht kennen, daß sich keiner dieser großmauligen Kerle eigentlich die Mühe gibt, die Gesetze oder die Statistik zu lesen, da muß man den Maulkorb hernehmen, und es ist gut, daß die Regierung diesen Maulkorb gefunden hat. (Beifall bei den Christlichsozialen und beim Landbund.) Das hat mit der Demokratie nichts zu tun. Ich kann mir schon vorstellen, daß in einer Situation, wo es sich für das österreichische Volk und die österreichische Wirtschaft, um Sein oder Nichtsein handelt, man mit allen Mitteln der Diktatur, mit allen Mitteln des Faschismus, die Demokratie in Schutz nehmen muß. Etwas anderes ist nicht beabsichtigt (Wolf: „Das genügt ja!“), und der Landbund, der in dieser Regierung ist, und solange er es ist, wird die Diktatur und die Notverordnungen als das ansehen, was sie vom Anfang an sind, als Notmaßnahmen für eine Zeit außerordentlichen Notstandes, für eine Zeit, bis bei den Oppositionsparteien die notwendige Vernunft und das notwendige Verantwortungsgefühl eingekehrt ist, und man dort bereit ist zur positiven Mitarbeit im Interesse des gesamten Volkes. Wir sind Demokraten (Wolf: „Auf Kündigung!“), aber glauben Sie, daß man der Demokratie einen Dienst erweist, wenn man es hemmungslos so weitergehen läßt? Eines von den zwei Extremen werden Sie bekommen, entweder eine rote Diktatur oder eine nach rechts gerichtete. Haben Sie dann etwas von der Demokratie oder haben Sie ihr damit etwas genügt? Dann haben Sie uns genau so zugrunde gerichtet, wie mit Ihrer Halsstarrigkeit die Sozialversicherungsinstitute. (Rosenwirth: „Mit einer schwarz-blauen ebenso!“)

Der Landbund hat aus seiner nationalen Einstellung nie ein Hehl gemacht. Wir werden als deutsche Männer selbst wissen, was wir zu tun haben, um unseren Pflichten nachzukommen. Wenn man manchmal auf die Arbeit mehr Wert legt, als auf das fortwährende Heilrufen, so ist das Geschmacksache. Der eine schreit nur, der andere denkt, arbeiten muß ich auch, denn mit dem Schreien allein ist es nicht getan. Wir werden gerne bereit sein, den Kopf und den Rücken hinzuhalten für die nationale Sache und jeder Gefahr mit der ganzen Kraft entgegenzutreten, wir werden jeden Versuch, die Demokratie stärker oder länger auszuschalten, als es notwendig ist, ebenso entgegenzutreten. Gegen was wir uns aber verwahren, das ist das, daß die Leute, die nie arbeiten gelernt haben, die nie den Ernst des Lebens kennengelernt haben, uns darüber belehren wollen, was deutsch sein heißt, und die glauben, sie allein hätten das Monopol darauf, national zu fühlen und zu denken und als nationale Menschen gewertet zu werden. Wenn man national wirtschaftet und trachtet, den nationalen Bauern auf seinem Boden zu erhalten, so ist das die vollständigste nationale Arbeit, die man überhaupt leisten kann.

Sie sagen, es widerspricht der Demokratie, wenn eine Regierung am Ruder bleibt, die nicht eine absolut sichere Mehrheit hat, bei der es sogar vorkommt, daß

in einzelnen Landtagen Beschlüsse zustande kommen, die die Regierung auffordern, zu gehen, wie dies sogar auch im Bundesrat der Fall war. Zugegeben, auf den ersten Blick mag es so sein, aber wenn man näher hinsieht, so stimmt das nicht. Richtig ist, daß in ein paar Landtagen eine Front sich gebildet hat und daß eine solche Front möglicherweise auch heute hier im steirischen Landtage gebildet wird, die mit einer oder zwei Stimmen Mehrheit sagen wird, die Regierung muß gehen. Diese Front ist um eine oder zwei Stimmen stärker, als die Front der Regierungsparteien, sie ist aber eine Front, die nur einig im Verneinen, im Negativen ist, unfähig, die Arbeit zu übernehmen, die die Regierung jetzt leistet. (Beifall bei den Christlichsozialen und beim Landbund.) Stellen Sie sich vor, die Regierung würde gehen. Glaubte jemand, daß dann Messner und Machold zusammen den Karren aus dem Dreck ziehen werden und daß Reichl in die Speichen greifen wird, aus lauter Sympathie für die anderen, wo sie sich heute so manche Freundlichkeiten gesagt haben? Das ist nur eine faktische Front, innerlich sind sie uneins wie nur denkbar. Sagen Sie mir nur eines, wo Sie einig sind. In kultureller Hinsicht, in nationaler Hinsicht, in Hinsicht auf die Staatsauffassung? Sind sie es in wirtschaftlicher Hinsicht? Nein, nein, nein und abermals nein, einig sind Sie nur, wenn es sich darum handelt, über die gegenwärtige Regierung zu schimpfen. Aber mit dem Schimpfen können wir dem Volke nicht helfen, meine Damen und Herren, die Zeiten sind zu ernst. Es heißt, wenn man sich auch nicht populär macht, die Verantwortung mitzutragen, und wir erklären — im Gegensatz zum Redner des Heimatschutzes, der erklärt hat, sie werden jede Regierung bekämpfen, die nicht ihrer Ansicht entspricht —, daß der Landbund mit allen Kräften mit jeder Regierung arbeiten wird, die bereit ist, in erster Linie die Belange der Wirtschaft zu verteidigen und dabei alles zu vermeiden, was gegen die nationale und sonstige Einstellung des Landbundes verstößt. Wenn man hier versucht, dem Bundeskanzler Dollfuß Absichten zu unterlegen in der Richtung, daß er vielleicht ein Vorarbeiter für die Legitimisten wäre, so glaube ich, auch aus meiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß hier wohl folgendes sagen zu dürfen: Wenn ich es auch nicht beschwören möchte, daß es in der christlichsozialen Partei Leute gibt, die zu solchen Dingen zu haben wären oder sind, so gehört Dr. Dollfuß nicht dazu. So gut kenne ich ihn. Ich glaube auch, daß Vizekanzler Winkler und Bundeskanzler Dollfuß, der Landbundvertreter und der Vertreter der Christlichsozialen, wohl stark genug sein werden, den Herrn Fey, wenn es notwendig ist, in die Zügel zu nehmen. Schließlich haben wir schon öfters gezeigt, daß wir nicht aus Pappe sind.

Die Regierung soll sich bewußt sein, daß sie aus Männern besteht, und soll sich nichts aus den Beschimpfungen machen, und sie soll den Weg gehen, der der Wirtschaft zuträglich ist, und sie kann sicher sein, daß die Wirtschaft ihr dafür dankbar sein wird. (Beifall bei den Christlichsozialen und dem Landbund.)

Präsident: Da der Herr Abg. G a ß auf das Wort verzichtet hat, so kommt als nächster Redner der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter M a c h o l d.

Machold: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat sich seine Antwort auf die gestellten dringlichen Anfragen sehr leicht gemacht. Vor allem hat er erklärt, daß die Regierung sich in einer Zwangslage befunden hat, weil das Parlament nicht beisammen ist. Aus dieser Zwangslage hätte sich die Regierung sofort befreien können, sie hätte im Handumdrehen diese Präsidentenkrise regeln können und das Parlament wäre wieder beisammen und die Zwangslage beseitigt gewesen. Wenn die Bundesregierung Vorschläge gemacht hätte, um die Lücke in der Geschäftsordnung auszufüllen, wäre dies sofort im Parlament erledigt worden. Rein wirtschaftsfördernde Maßnahmen sind es, nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes, die es notwendig gemacht haben, daß die Regierung nicht erst die Beratung im Parlament abwartete, sondern daß sie diese dringenden wirtschaftsfördernden Maßnahmen sofort macht usw. Die Regierung hat die Parlamentskrise benützt, um diese wirtschaftsfördernden Maßnahmen sofort durchzuführen. Da muß man schon die Frage aufwerfen, warum hat die Regierung, die nicht erst von gestern im Amte ist, nicht schon früher an diese Maßnahmen gedacht? Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, daß über das Budget schon drei, vier Monate verhandelt worden ist. Er weiß genau, daß die Regierung nicht einmal rechtzeitig dem Parlament diese Vorlagen vorgelegt hat. Man kann nicht sagen, daß die Regierung schon alles vorbereitet hatte für die Beratung dieser wirtschaftsfördernden Maßnahmen und deren Durchführung. Man muß feststellen, daß die Regierung D o l l f u ß, die geraume Zeit im Amte ist, Monate hat verstreichen lassen und nichts gemacht hat in wirtschaftsfördernden Maßnahmen. Sie hat nur ein einziges Programm gehabt, das Fortwursteln. Das Programm, das die Regierung einmal schnell gemacht hat, sind die Notverordnungs-gesetze.

Der Herr Landeshauptmann hat auch einige konkrete Dinge angeführt, die gemacht werden mußten: die Kreditbeschaffung, die notwendige Zinsfußherabsetzung. Wir wissen alle, daß sich der Zinsfuß nach dem Zinsfuß der Nationalbank richtet. Ja, hat die Regierung nicht schon früher Zeit genug gehabt, auf die Nationalbank einen entscheidenden Einfluß auszuüben, daß von der Nationalbank der Zinsfuß herabgesetzt wird? Mußte das im Wege einer Notverordnung gemacht werden? Das war nicht unbedingt notwendig.

Wenn der Herr Landeshauptmann bei Besprechung des Creditanstaltsproblems weit zurückgegangen ist, sehr weit ausgeholt hat, mußte man auch in die Vergangenheit zurückgreifen, mußte sich erinnern an die Tatsache, daß in einer Zeit, die zum Glück hinter uns liegt, von einer Reihe von Parteien Bankgründungen durchgeführt worden sind, die dann von einer großen und von einer noch größeren Bank aufgesaugt werden mußten, und daß dann Hunderte von Millionen hinausgeworfen worden sind für diese Parteibanken. Man mußte sich auch daran zurückerinnern, daß diese

Kreditinstitute Spekulationsgeschäfte betrieben haben in Auslandsvaluta, dann hineingefallen sind durch den Sturz des französischen Franken, wobei Unsummen von Volksvermögen ins Ausland gegangen sind. Das ist auch notwendig zu sagen im Zusammenhang mit der Feststellung des Herrn Landeshauptmannes, daß die Kreditinstitute sich tatsächlich in Schwierigkeit befanden.

Der Herr Landeshauptmann hat auch den Beschluß der Landesregierung angeführt und hat gesagt, selbst die steiermärkische Landesregierung hat eine einschränkende Bestimmung in diesen Beschlusßantrag aufgenommen, welche besagt, soweit es sich nicht um wirtschaftsfördernde und der Verfassung nicht widersprechende Maßnahmen handelt, sollen alle diese verfassungswidrigen Dinge aufhören. Der Herr Landeshauptmann meint nun, daß dadurch die Mehrheit der Landesregierung anerkannt hat, daß die jetzige Regierung solche verfassungsmäßige und wirtschaftsfördernde Notverordnungen gemacht hat. Das ist nicht richtig. Die Beschlußfassung ging unter ganz besonderen Umständen vor sich. Wir haben erklärt, da diese Verordnungen verfassungswidrig sind, müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, sie abzulehnen, da von allen diesen Notverordnungen, die erlassen worden sind, nicht eine einzige in ihrer späteren Auswirkung wirklich volkswirtschaftsfördernd und industriefördernd sein wird. Der Vertreter des Heimatblockes hat diese Auffassung nicht geteilt, er hat die Aufmarsch-, Versammlungs- und Presseverbote betont und gemeint, es könnte solche Verordnungen geben, die wirtschaftsfördernd sind. Wir konnten für diese Einschränkung ohneweiters stimmen, weil nach unserer Meinung alle diese Verordnungen weder wirtschafts- noch industriefördernd sind. So ist die Beschlußfassung in der Landesregierung zustande gekommen.

Wenn die Gewerbeordnung herangezogen wird und der Erfolg darin erblickt wird, die Konsumgenossenschaften zu sekkieren, so hat einen Teil der Beantwortung Herr Kollege R e i c h l übernommen. Es gibt nicht nur Arbeitergenossenschaften, sondern auch andere Konsumgenossenschaften, die genau so wie wir durch die Verordnung getroffen worden sind. Es wird diese Notverordnung nicht einmal begrüßt von der Handelskammer selbst. Der Herr Landeshauptmann hat den Standpunkt der Grazer Handels- und Gewerbe-kammer übersehen, die sich dagegen ausgesprochen und erklärt hat, daß sie nicht will, daß die Konsumgenossenschaften dem Gremium angehören, weil sie sich vor den Vertretern der Konsumgenossenschaften fürchten. Der Herr Landeshauptmann hat auch gesagt, wenn es zu Neuwahlen kommt, werden die Gewerbetreibenden erzählen, daß diese Gewerbeordnung nur durch uns zustande gekommen ist; ich glaube, es wird sehr schwer sein, die Wähler auf diese Plattform zu bringen, der Erfolg wird jetzt nicht und auch in nächster Zeit nicht zum Ausdruck kommen. Die Konsumgenossenschaften werden sich den gegebenen Verhältnissen fügen müssen. Vorläufig haben die Konsumgenossenschaften nur an Mitglieder Waren verkaufen dürfen. Wenn irgend einmal ein anderer in ein Konsumvereinsgeschäft gekommen ist, es sind ja

auch Spizel hingeschickt worden, so hat ihn schon der Gewerbetreibende angezeigt, die Steuerbegünstigung wurde aufgehoben. Da werden nun jetzt die Konsumgenossenschaften die Sache anders machen. Wir werden an die Bevölkerung herantreten, und der Schlag, den man unseren Vereinen versetzen wollte, wird wahrscheinlich auf andere zurückfallen. (Pichler: „Da müßte die Regierung dann eine neuerliche Notverordnung herausgeben!“)

Zur Begründung der Verfassungswidrigkeit des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes möchte ich im allgemeinen folgendes sagen und gleichzeitig möchte ich dies auch Herrn Abg. Hartleb sagen:

Wir haben ein Notverordnungsrecht in der Verfassung, und ich erinnere die Herren an die Verfassungskämpfe des Jahres 1929. Da haben die bürgerlichen Parteien verlangt, daß dem Bundespräsidenten ein Notverordnungsrecht eingeräumt werde. Wir waren dagegen. Nach langen Kämpfen wurde uns das Gesetz aufgezwungen und der Präsident der Republik hat jetzt ein Notverordnungsrecht.

Wenn Sie schon das Parlament nicht einberufen, beziehungsweise dies verhindern, warum wenden Sie nicht die verfassungsmäßigen Rechte des Bundespräsidenten an, die in der Verfassung verankert sind? Das hätte doch noch einigermaßen eine verfassungsmäßige Begründung. (Hartleb: „Dann braucht man wieder einen Unterausschuß des Parlamentes!“) Da brauchen Sie den Unterausschuß des Parlamentes, beziehungsweise den Hauptausschuß, und diese Verordnung müßte dann, wie es bei einer echten Demokratie der Fall ist — nicht in einer Diktatur —, wieder ratifiziert werden. Darum, meine Herren, dieses Notverordnungsrecht, dieses kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917! Es besteht noch, es hat aber kein Mensch gedacht daran, daß es wieder ausgegraben werden soll, man hat vergessen, es wieder aufzuheben. Es ist Tatsache, daß wir das Notverordnungsrecht im Jahre 1929 nach langen Verfassungskämpfen dem Bundespräsidenten gegeben haben. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz nicht mehr anwendbar ist, sonst hätte man dieses Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten nicht gebraucht. (Dr. Enge: „Sie haben ja selbst zugestimmt!“) Die Tatsachen sind aber so, wie ich sie angeführt habe, und ich glaube kaum, daß Sie in der Lage wären, das Gegenteil zu beweisen.

Der Herr Landeshauptmann hat bei der Creditanstalt sehr lange versucht, den Widerstand des Herrn Landesrates Meyszner irgendwie abzuschwächen. Die ausführlichen Darlegungen haben aber Herrn Landesrat Meyszner offenbar von seinem Plan nicht abbringen können, die in der letzten Sitzung schon angekündigte Überführung des Heimatschutzes in Steiermark zu den Nationalsozialisten herbeizuführen. Es war vergebliche Mühe, Herr Landeshauptmann, da ist nichts zu machen, der steirische Heimatschutz läßt sich nicht bekehren.

Wenn der Herr Landeshauptmann nach London gefahren ist und dort selbst die Beratungen geführt hat,

so hat das bei sehr vielen Leuten ein heftiges Kopfschütteln ausgelöst. Es war in einem Weihnachtsartikel (Rufe bei den Christlichsozialen: „Osterartikel!“), in welchem der Herr Landeshauptmann erklärt hat, daß eigentlich die vom Finanzminister Juch eingegangene Haftung ungesetlich war. (Doktor Rintelen: „Das Verfahren war ungesetlich!“) Wenn ich sage, diese Haftung war ungesetlich, kann ich nicht zu solchen Verhandlungen gehen. Das steht im diametralen Gegensatz zu meiner grundsätzlichen Auffassung. Herr Landesrat Meyszner hat in der letzten Landtagsitzung ... (Dr. Rintelen: „Ich darf es doch nicht anerkennen, wenn ich hinausfahre, das wäre doch ganz verfehlt. So führe ich keine Prozesse, daß ich die Forderungen meiner Gegner zuerst anerkenne, das macht man umgekehrt!“ — Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich stelle fest, Herr Landeshauptmann, daß Ihre Auffassung von damals mit der zukünftigen Handlung sich nicht in Übereinstimmung befindet.

Herr Landesrat Meyszner hat mir als Vertreter des Herrn Landeshauptmannes den Vorwurf gemacht, daß ich von der Waffensuche in den Häusern der Partei gewußt habe. Ich weiß nicht, woher Meyszner diese Kenntnis nimmt. (Dr. Enge: „Er hat es vermutet!“) Ich möchte nur folgendes feststellen: Diese Waffensuche ist von Wien, vom Sicherheitsministerium, angeordnet worden. Ob der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen davon gewußt hat, kann ich nicht beschwören (Heiterkeit), aber der Sicherheitsminister hat sie zweifellos angeordnet, und ich habe, Herr Landesrat Meyszner, nicht nur nichts davon gewußt, sondern unmittelbar vorher hat mich der Untersuchungsrichter aus dem Kaffehaus geholt, wo ich Zeitungen gelesen habe, und hat mir den Beschluß des Gerichtes vorgelegt. Das war der Moment, wo ich von dieser Waffensuche in Kenntnis gesetzt wurde. Ich kann sagen, daß ich der Meinung bin, daß das eine Schweinerei war, daß man mich nicht verständigigt hat, und ich kann auch sagen, daß, wenn ich einmal Gelegenheit habe, mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuß zusammenzukommen, ich mich darüber beschweren werde, wie ich als Stellvertreter des Landeshauptmannes behandelt wurde, und ich werde ihm sagen, daß das eine Ungehörigkeit war. Man hätte unter allen Umständen und unbedingt den amtierenden Landeshauptmann in Kenntnis zu setzen gehabt. Da wäre gar nichts geschehen, ich hätte nicht die Möglichkeit und Gelegenheit gehabt, meine Parteigenossen etwa zu warnen, denn Sie wissen ganz genau, daß mir dann der schwere Vorwurf des Mißbrauches der Amtsgewalt gemacht worden wäre, und ich hätte als Landeshauptmann-Stellvertreter in einem solchen Falle keine Gnade gefunden. Ich hätte also schon mit Rücksicht auf meinen Eid unter diesen Umständen keine Verständigung von dieser Mitteilung an meine Parteigenossen weitergeben können.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Hartleb: Der Herr Kollege Hartleb hat die wirtschaftlichen Ursachen unserer Notlage in sehr sachlicher Weise geschildert, und ich unterstreiche das, was

er anfangs seiner Rede gesagt hat. Es ist so: durch den Krieg, durch die Folgen des Krieges, durch die Tatsache, daß wir ein kleines, amputiertes Land sind, das eingestellt war auf industriellen Verbrauch und das dann gezwungen gewesen ist, hinauszugehen und mitzukonkurrieren auf dem Weltmarkte, sowie infolge einer Reihe von anderen Tatsachen geht es uns so miserabel in diesem Land. Wir sind in eine Wirtschaftskrise hineingeraten, die nicht unsere Schuld ist, und deren Grund sicherlich in der allgemeinen kapitalistischen Wirtschaftskrise gelegen ist. Herr Hartleb hat nur übersehen, etwas dabei zu sagen, daß nämlich diese allgemeine Krise in diesem Umfange und in dieser Schärfe noch niemals da war, und daß man daraus den Schluß ziehen könnte, daß das eine Krise des Systems ist und daß man dieser Krise noch nirgends Herr geworden ist, weder in Frankreich, noch in Amerika, wo es keine Sozialisten gibt, noch in England. (Zwischenruf: „Auch in Rußland nicht!“) In Rußland arbeiten die Menschen wenigstens. (Hartleb: „Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, über das reden wir in der nächsten Landtagsitzung!“) Ich bin gerne bereit, mich mit Ihnen, Herr Hartleb, darüber auseinanderzusetzen. Herr Präsident Hartleb, da haben Sie aber besonders unrecht, wenn Sie sagen — das gilt im allgemeinen, für alle Menschen, das gilt unisono —, daß wir nicht den Mut gehabt haben, unsere Leute über die Krise aufzuklären. In tausend Versammlungen haben wir den Leuten auseinandergesetzt, daß die Löhne reduziert, gekürzt werden müssen, daß wir auf das und jenes werden verzichten müssen, weil wir bei der Wirtschaftskrise im eigenen Land nicht in der Lage sind, aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen. Es ist also total unrichtig, wenn gesagt wird, daß wir nicht versucht haben, unseren Leuten die Ursachen der Krise darzulegen. Das haben wir nicht einmal, sondern ununterbrochen gemacht.

Der Appell des Herrn Präsidenten Hartleb, daß wir nicht mitarbeiten am Aufbau, geht auch ganz daneben. Wir haben wiederholt Wirtschaftsprogramme aufgestellt und den Leuten gesagt, bitte, auf diesem Wege kommen wir aus diesem Sumpfe heraus. Sie haben diese Wirtschaftsprogramme übersehen. Wir haben uns wiederholt, ohne irgend welchen Dank zu verlangen, im Interesse der Wirtschaft und gegen unsere sonstige Parteiauffassung veranlaßt gesehen, der Regierung zu helfen. Ich erinnere nur an die Creditanstaltsache. Was war der Dank dafür? (Dr. Rinkelen: „Da haben Sie ja große, eigene Interessen gehabt!“ — Rufe: „Hört!“ bei den Christlichsozialen und beim Landbund. — Gföller: „Verleumder!“) Wir haben die Interessen der Arbeiter gehabt, weil sonst die Fabriken geschlossen worden wären und wieder das Heer der Arbeitslosen vermehrt worden wäre. Das waren unsere Interessen! Sachliche Erwägungen allein wegen der Arbeitslosen. (Hartleb: „Haben wir andere Interessen gehabt?“) Ich habe das auch nicht behauptet, von uns ist dieser Vorwurf nicht ausgegangen.

Herr Präsident Hartleb hat auch diese Gelegenheit benützt, um für eine Herabminderung der sozialen

Lasten zu plaidieren. Wollen Sie das Krankengeld der armen Kranken vermindern? Wissen Sie, daß die armen Leute überhaupt nichts mehr zum Leben haben, wenn jemand in der Familie krank wird? (Hartleb: „Es gibt andere Möglichkeiten!“) Also, Sie wollen das Krankengeld nicht kürzen. Es ist ohnedies karg und kurzfristig genug. Denn wenn ein Versicherter 40 Wochen krank ist, bekommt er ohnedies nichts mehr! Er ist dann angewiesen auf die Gemeinde und die hat auch nichts. Wollen Sie die Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung kürzen, wollen Sie ein noch größeres Heer von verzweifelt Menschen schaffen, denen alles ganz egal ist, weil sie nichts mehr zu erwarten haben auf dieser Welt? Das kann doch nicht sein, das ist unmöglich! Es ist notwendig, daß diese sozialen Einrichtungen aufrechterhalten werden.

Sie reden weiters von der Währung. Sie sagen, man muß die Währung aufrechterhalten. Ich bin da ganz Ihrer Meinung, daß die Währung eines Landes der Gradmesser der Wirtschaft ist, aber wir können nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß der Schilling im Ausland ganz anders bewertet wird. Wir haben im Inland ja nur mehr einen Zwangskurs des Schillings. Im Ausland wird trotz aller dieser Devisenvorschriften, die nichts genützt haben, der Schilling ganz anders bewertet. Es ist zum Glück nicht zutreffend, daß durch die Verordnung hinsichtlich der Banken die Kollektivverträge der Angestellten tangiert worden sind, sondern es heißt, daß Kollektivverträge abgeschlossen werden können nach wie vor. Aber nicht diese Kollektivverträge der Angestellten sind am Schillingsturze schuld, sondern es sind ganz andere Ursachen. Die Kollektivverträge sind dabei das wenigste. Wenn man die Lantienmen, welche die Leute bekommen, die nichts gearbeitet haben für die Banken, wenn man alle diese Zuwendungen für die Aktionäre hernehmen würde, dann wären die Banken gewiß nicht in diese Lage, in diese Schwierigkeiten gekommen.

Nun zur Arbeitsbeschaffung. Wir haben schon im Finanzausschusse, wir haben bei jeder Gelegenheit, auch hier im Hause, dieselbe Auffassung gehabt und entwickelt, daß wir nur gerettet werden können, wenn man für die Arbeitslosen und arbeitswilligen Menschen Arbeit schafft. Was haben wir erreicht, was hat denn die Regierung nach dieser Richtung hin gemacht, für die Sie hier das hohe Lied gesungen haben? Gar nichts hat sie gemacht. Glauben Sie, daß diese Regierung jetzt im Wege der Notverordnungen etwas machen wird? (Hartleb: „Das wird sie!“) Wir zweifeln sehr daran. Es würde mich und meine Parteifreunde wirklich herzlich freuen, wenn das der Fall wäre, aber wir befürchten sehr, daß das wieder nur papierene Versprechungen bleiben werden und diese Menschen leider nichts davon haben werden.

Und so, meine Damen und Herren, glaube ich, kann man wohl von unserem Gesichtspunkte aus diese Erörterung, die ja wahrscheinlich nicht zur Gänze erledigt ist, sondern die bei nächster Gelegenheit wird fortgesetzt werden müssen, beenden. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Interpellationsbeantwortung,

das habe ich ja schon erklärt, keine befriedigende Antwort gegeben, es ist dadurch keine Klarheit geschaffen worden, und es ist notwendig, daß durch Beschlußanträge der Wille der Mehrheit zum Ausdruck kommt. Es sind Beschlußanträge eingereicht und verlesen worden vom Heimatschutz, und ich erkläre, daß wir bis auf Punkt 6, der sich gegen den marxistischen Landeshauptmann-Stellvertreter richtet, für den wir selbstverständlich nicht stimmen werden — es würde das auch nichts nützen, denn es müßte ja erst die Verfassung geändert werden —, daß wir also mit Ausnahme dieses Punktes 6 für diese Beschlußanträge stimmen werden, und unter der gegebenen Situation werden wir auch für die Beschlußanträge Dr. Hübler und Reichl stimmen. Wir beantragen, daß über alle Beschlußanträge die namentlich Abstimmung erfolgt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kammerhofer: Verehrte Damen und Herren! Wir sind leider gezwungen, noch einmal auf die Beantwortung unserer verschiedenen Anfragen zurückzukommen. Die Auskunft, die uns der Herr Bundesminister Dr. Rintelen über die Creditanstalt gegeben hat, kann und darf uns nicht ganz befriedigen (Pichler: „Das ist gut!“ — Krenn: „Ein sehr guter Ausdruck!“ — Heiterkeit bei den Christlichsozialen), weil der Herr Bundesminister mit Absicht oder nicht mit Absicht aufgezeigt hat, welche Bevormundung und Belastung uns aus der Londoner Verpflichtung erwächst, weil er uns wohl aufgezeigt hat die heruntergerechnete Belastung der Bevölkerung von 140 Millionen Schilling zu $4\frac{1}{2}$ Prozent, weil ihm aber scheinbar ganz entfallen ist, daß nebenbei noch eine Bundesschuld A und B aus der gleichen Bankaffäre besteht, die letzten Endes sicher auch die österreichische Wirtschaft bezahlen wird. Wir müßten oder es wäre auch noch die Frage aufzuwerfen, wieso überhaupt in einer Zeit, wo die christlichsoziale Partei Regierungspartei, führende Regierungspartei war, es möglich gewesen ist, daß eine Bank derart unterbilanziert, daß für die Allgemeinheit, für die gesamte Industrie und für das gesamte Volk eine solche Belastung herauskommt. (Zwischenruf: „Ja, und in Nordamerika?“)

Bei der Antwort, die uns der Herr Bundesminister über die Demonstration der Bundesangestellten beziehungsweise der Eisenbahnangestellten gegeben hat, können wir uns trotzdem nicht des Eindruckes erwehren, daß bei der Maßregelung der Angestellten der Bundesbahnen in erster Linie das Parteibuch maßgebend war. Alle nationalen Angestellten und diejenigen, welche Angehörige der Linken dieses Hauses sind, wurden rücksichtslos gemäßregelt, während andere Angestellte, die vielfach das gleiche Verbrechen hatten, nicht wie die Vorgenannten behandelt wurden.

Wenn der Herr Landeshauptmann die Anfrage, die wir weiters an ihn gerichtet haben, betreffs seiner Vertretung für den Fall, daß er nach Wien reist, mit einer Leichtigkeit beantwortet, fast mit Leichtsinigkeit darüber hinweggeht, so möchte ich mir doch erlauben darauf aufmerksam zu machen, daß die Bevölkerung draußen mit dem nicht so einverstanden ist. (Krenn:

„Das Vorgehen des Heimatschutzes nicht versteht!“ — Mikola: „Sehr richtig!“) Wenn der Herr Landesrat Meyszner die Vermutung ausgesprochen hat, daß vielleicht dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold eine Unvorsichtigkeit unterlaufen ist, weil in Kapfenberg das Bundesheer in einer Art begrüßt worden ist — „Wir sind bereits von ihrem Kommen verständigt“... (Pichler: „Was greifen Sie dann jetzt den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Machold an, mit dem Sie dann abstimmen werden?“) Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, schauen Sie, es hilft Ihnen nichts, wenn Sie noch so schön singen, den Heimatschutz werden Sie nicht mehr hineinlegen, in Steiermark schon gar nicht. Die Bevölkerung ist mehr oder weniger über diese Vorfälle, über diese Schießerei in Kapfenberg aufgeregt, wenn anschließend daran ganze Täler durch Sabotageakte an der telephonischen und telegraphischen Verbindung abgeschnitten werden. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, ob Sie die Anzeige schon bekommen haben, daß in derselben Nacht, wie in Kapfenberg die Schießerei war, das ganze Gebiet von Aflenz bis Mariazell telegraphisch und telephonisch trockengelegt war. Von der Gendarmerie, die dazugerufen worden ist, und von dem technischen Personal der Post- und Telegraphendirektion sind diese Sabotageakte einwandfrei festgestellt worden. (Pichler: „Jetzt sprechen Sie für die, mit denen Sie abstimmen werden!“ — Meyszner: „Wir haben gelernt von den Herren!“ — Hornik: „Es ist das zur Aufklärung des Abg. Gaugl notwendig!“) Der Herr Bundesminister, der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen, hat genau so versucht, uns weiszumachen, wie Präsident Harleib, daß die jetzigen Notverordnungen der Bundesregierung eine unbedingte Notwendigkeit für die Wirtschaft sind. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Parteien, die derzeitigen Regierungsparteien, die in den letzten Jahren die ganze Wirtschaft zugrunde regiert haben, heute sich in Form von Notverordnungen nur aus dem Wasser ziehen wollen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Zwischenruf Krenn.) Wenn wir uns die Frage klar vor Augen führen, Herr von Parteignaden gewählter Obmann des Betriebsrates des Landes-Krankenhauses Graz, wer ist verantwortlich für die Zustände der Wirtschaft, wie wir sie heute hier feststellen müssen, wie sie von allen Seiten, auch von Ihnen, festgestellt worden sind, so müßten wir antworten, doch sicherlich nur die führenden Regierungsparteien in den letzten 10 bis 14 Jahren. Diese Regierungsparteien haben geführt, in den verschiedenen Kombinationen und Koalitionen, in der Bundesregierung haben sie, die Christlichsozialen, den führenden Ton angegeben, während der ganzen Zeit, und sind meiner Meinung nach sicher nicht so unschuldig und unbeteiligt an den Zuständen, dem Elend der heutigen Wirtschaft. (Pichler: „Jetzt sind Sie dagegen, daß die Regierung Maßnahmen ergreift, daß es besser werden soll!“) Wir können diesem System, dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringen, weil ich Ihnen gerade gesagt habe, daß sie 14 Jahre lang zugesehen hat, wie Handel, Gewerbe, Industrie und Arbeitskraft vernichtet, zerstört worden

sind, und jetzt wollen Sie... (Dr. Enge: „Hätten Sie einmal Wunder gewirkt!“) Herr Doktor, Sie fühlen sich wahrscheinlich betroffen, Sie haben auch in früheren Jahren zu diesen Regierungsparteien dazugehört. (Dr. Enge: „Haben wir Wunder wirken können?“ — Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, keine Privatgespräche.

Kammerhofer (fortfahrend): Wir sind daher nicht in der Lage, diese Maßnahmen, die die Regierung heute im Notverordnungswege herausgibt, gutzuheißen, insbesondere denjenigen Teil nicht gutzuheißen, der sich auf verschiedene Gebiete begibt, die nichts mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu tun haben. Wir stellen hier einwandfrei fest, daß die Regierungsparteien, die heute in Form der Diktatur diese Notverordnungen herausgeben, die der Wirtschaft helfen sollen, für die Vergangenheit, für den Zusammenbruch, für das Herunterkommen der Wirtschaft verantwortlich gemacht werden müssen. (Resch: „Ein schöner Abschluß!“ — Dr. Enge: „Hätten Sie selbst gearbeitet!“ — Rottenmanner: „Der Vaugoin hat uns nicht wollen!“) Wenn uns heute von verschiedenen Seiten Unbelehrbarkeit vorgeworfen wird, nehmen wir diesen Vorwurf ruhig hin, wir sind unbelehrbar (Thaller: „Weil das notwendige Verständnis fehlt!“), weil wir auf den Standpunkt stehen, daß dieses System, als die Verfechter der individualistischen Gesellschaftsauffassung, der Demokratie und des Liberalismus, auf die Dauer nicht fähig sind, die Wirtschaft und alles, was daran hängt, zu retten. Uns ist schon lange klar geworden, daß eine gute Wirtschaftsführung, eine gute Wirtschaftsmöglichkeit, in erster Linie von einer hochaktiven, guten Außenpolitik abhängt, und die letzten 10 bis 14 Jahre beweisen, daß die bisherigen Systemparteien nicht fähig sind, eine derartige aktive, gute Außenpolitik zu betreiben. (Pichler: „Also Kammerhofer der nächste Außenminister!“) Ich habe noch die Möglichkeit, es zu werden, für Sie ist es bereits zu spät (Heiterkeit), es ist ausgeschlossen, daß Sie auf diesen Posten noch vorrücken. Für uns leuchtet heute mehr denn je das Morgenrot, in unserem Bruderreiche draußen haben sich in den letzten Wochen große Umwälzungen vollzogen, die auf maßgebende Teile unseres deutschen Volkes nicht ohne Einfluß geblieben sind. Draußen hat sich eine Front aufgerichtet, schwarz-weiß-rot und das Hakenkreuz, und diese Front, diese Welle, die mit ungeheurer Kraft und Vehemenz gegen alles bisherige, gegen die bisherigen Systemparteien aufgetreten ist, sie in den Boden gestampft hat, diese Front wird auch zu uns nach Österreich kommen, und ich bin heute schon überzeugt, und Sie fürchten es schon lange, daß diese nationale Front in Österreich in Zukunft diese Aufgaben übernehmen wird, die Sie bisher nicht zu vollbringen vermocht haben. (Beifall beim Heimatblock.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich schreite daher zur Abstimmung. (Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe. Es ist für sämtliche Beschlusanträge die namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich gebe diesem Antrage ohne weiteres statt.

Dr. Hübler (zur Abstimmung): Ich würde beantragen, über alle Anträge gemeinsam namentlich abzustimmen. Ein Punkt ist strittig, der wird ausgenommen, das ist Punkt 6, und sonst kann über alle Anträge gemeinsam namentlich abgestimmt werden.

Präsident: Sind die Herren damit einverstanden?

Machold: Es kann auch so gemacht werden.

Kammerhofer: Ich möchte beantragen, daß laut § 51, Absatz 3, der Geschäftsordnung das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wird.

Präsident: Das geschieht ohnedies jedesmal. Ich habe das Ergebnis bis jetzt noch nie geheimgehalten. Ich lasse zunächst abstimmen über die Beschlusanträge des Heimatblockes, und zwar über die ersten fünf Punkte. Landesrat Menszner hat dieselben vorgelesen.

Dr. Hübler: Ich habe gemeint eine gemeinsame Abstimmung über alle Beschlusanträge, trotzdem sie von verschiedenen Parteien eingebracht wurden, mit Ausnahme des Punktes 6 des Beschlusantrages des Heimatblockes.

Präsident: Wenn alle übrigen Antragsteller damit einverstanden sind, kann es mir recht sein, kann ich die Abstimmung so durchführen. (Dr. Enge: „Jetzt kommt gleich die Koalition zum Ausdruck!“)

Hartleb: Nachdem die Motive, die die einzelnen Parteien zur Antragstellung verursacht haben, verschiedene sind, möchte ich vorschlagen, von diesem Standpunkte, über alle Anträge unter einem abzustimmen, Abstand zu nehmen, damit man feststellen kann, ob der Heimatblock für die sozialdemokratischen Anträge und, umgekehrt, ob die Sozialdemokraten für die Anträge des Heimatblockes stimmen werden. Der Präsident hat jedenfalls das Recht, zu entscheiden.

Präsident: Nachdem die Antragsteller selbst in dieser Form die Abstimmung wünschen, habe ich keine Ursache, dem entgegenzutreten.

Ich lasse also abstimmen über sämtliche Beschlusanträge, es sind im ganzen sieben, also alle, mit Ausnahme des Punktes 6 des Beschlusantrages des Heimatblockes. Ich ersuche die Abgeordneten, die für die Anträge sind, mit „Ja“, die dagegen sind, mit „Nein“ zu stimmen.

Ich bitte den Schriftführer, die Namen zu verlesen.

(Über Namensaufruf stimmen mit Ja die Abgeordneten:

Aust, Bachner, Elser, Fohringer, Gföller, Hornik, Dr. Hübler, Jira, Kammerhofer, Leichin, Machold, Menszner, Muchitsch, Oberzaucher, Opschall, Pfortner, Regner, Rosenwirth, Roßbacher, Rottenmanner, Reichl, Schranz, Walcher und Wolf.

Mit Nein stimmen die Abgeordneten:

Bauer, Dr. Enge, Ferner, Gaf, Gaugl, Gudenus, Hansmann, Hartleb, Kölbl, Krenn, Mikola, Millwisch, Peintinger, Praßl, Rainer, Resch, Dr. Rintelen, Schisko, Singer, Schellnegger, Thaller, Ing. Witzany und Zenz.)

Es haben für diese Beschlusanträge 24 Abgeordnete mit „Ja“ und 23 mit „Nein“ abgestimmt. Es sind daher diese Beschlusanträge mit einer Stimme Mehrheit angenommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten, dem Heimatblock und den Großdeutschen. — Unruhe. — Dr. Enge: „Wie soll man das durchführen?“ — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich ersuche um Ruhe und bitte, die Abstimmung nicht zu stören.

Es erfolgt nunmehr die Abstimmung über den Punkt 6 des Beschlusantrages, der von Seiten des Heimatblockes gestellt wurde. Es wird auch über diesen Punkt die namentliche Abstimmung durchgeführt. Ich bitte die Abgeordneten, die dafür sind, mit „Ja“, die dagegen sind, mit „Nein“ zu stimmen.

(Über Namensaufruf stimmen mit Ja die Abgeordneten:

Hornik, Dr. Hübler, Kammerhofer, Meyszner, Kofenmanner, Reichl, Schranz und Walcher.

Mit Nein stimmen die Abgeordneten:

Aust, Bachner, Bauer, Elser, Dr. Enge, Ferner, Fohringer, Gaf, Gaugl, Gföllner,

Gudenus, Hansmann, Hartleb, Jira, Kölbl, Krenn, Leichin, Machold, Mikola, Millwisch, Muchitsch, Oberzaucher, Operschall, Peintinger, Pfortner, Praßl, Rainer, Regner, Resch, Dr. Rintelen, Rosenwirth, Rosbacher, Schisko, Singer, Schellnegger, Thaller, Ing. Wihany, Wolf und Zenz.)

Für diesen Beschlusantrag haben 8 Abgeordnete mit „Ja“ und 39 mit „Nein“ gestimmt. Der Beschlusantrag ist daher abgelehnt und hiemit ist auch die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Ich bitte noch einen Augenblick. Ich beantrage nunmehr die außerordentliche Tagung zu schließen und ersuche die Abgeordneten, diesem Antrage zuzustimmen. (Nach einer Pause.) Ist einstimmig angenommen.

Auf Grund dieses Beschlusses erkläre ich gemäß § 13, Absatz 3, der Landesverfassung die außerordentliche Tagung des Landtages für geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 22 Uhr 30 Minuten.)